

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



27. Juni 1986
Jg. 7 Nr. 13

G 7756 D

Preis:
2,50



Wahlen: Das Landtagswahlergebnis in Niedersachsen ist ein Erfolg der Reaktion Seite 4



WEU: Koordinierung europäischer Militäraktionen außerhalb des NATO-Operationsgebietes Seite 10



Waldheims Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich: Förderung von Chauvinismus und Antisemitismus Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Wahlen: Das Landtagswahlergebnis in Niedersachsen ist ein Erfolg für die Reaktion.	4
Anti-AKW-Demonstrationen: Große Koalition zur "Inneren Sicherheit"	7
Katholische Kirche: Lohn und Arbeitsbedingungen höheren Profiten anpassen!.....	7
Neue Heimat: Entweder Pleite der Neuen Heimat und leere DGB-Kassen oder Knast für die Funktionäre.....	8
Bundestagsvorwahlkampf gegen DGB und Neue Heimat	9
WEU: Koordination europäischer Militäraktionen außerhalb des NATO-Operationsgebietes	10
Dokumente der WEU-Versammlung	11

Auslandsberichterstattung

Südafrika / Azania: 10. Jahrestag des Soweto-Aufstandes – Imperialisten gegen Boykott und Sanktionen.....	12
Namibia: Befreiungsorganisationen schließen Bündnis	13
US-Telefonarbeiterstreik: Beide Seiten loben den Abschluß ..	14
Frankreich: Streiks im öffentlichen Dienst	14
Philippinen: Kündigt die Aquino-Regierung die US-Basen?.....	15
Brasilien: Das "Proalcool-Programm" für den Profit der Zucker- und Automobilindustrie	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen: Widerstand in der US-Armee	18
Entwicklungshilfe für die imperialistische Expansion	18
Grüne Militärpoltik von Flensburg bis Dresden.....	18
KPD-Parteitag: Die Vereinigung mit der GIM ist nahe, und wie soll's dann weitergehen?.....	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
----------------------------	----

Hamburg: "Noske, Zörgiebel,

Mediziner gegen Kampfstoffe CS und CN

Auf einer Expertenanhörung der bayerischen SPD-Landtagsfraktion Anfang Juni hat der Münchner Toxikologe Dr. Max Daunderer ebenso wie andere Mediziner den Einsatz der Kampfstoffe CS und CN durch die Polizei scharf verurteilt. Die CSU hatte ein gemeinsames Landtagshearing abgelehnt. Daunderer, der ein einschlägiges Toxikologie-Handbuch veröffentlicht hat, ist ein international anerkannter Fachmann in der Diagnostik und Therapie von Vergiftungen. Er wies bei dem Hearing darauf hin, daß die chemischen Kampfstoffe CS und CN für den Kriegsfall entwickelt worden sind. Bekanntlich wurde CS 1964 erstmals von den Amerikanern in Südvietnam angewandt. Die Einführung in Bayern wurde nach einer für die Presse inszenierten Vorführung am 7.7.81 auf dem Gelände der ehemaligen SS-Kaserne in Dachau beschlossen (vgl. PB vom 15.8.81, S. 37). Nach dem CS-Einsatz bei den Osterdemonstrationen in Wackersdorf hat Daunderer 42 schwerkranke Patienten behandelt, die u.a. Hautverbrennungen 1. und 2. Grades erlitten hatten. Alle Patienten hätten über Atemnot, Übelkeit und Hautveränderungen geklagt. Als Spätfolge sei Hautkrebs bei wiederholter Berührung "eher wahrscheinlich". Als "unfaßbar und fürchterlichen Eingriff" bezeichnete er, daß die Polizei bei Ärzten in Wackersdorf Wasservorräte zum Ausspülen der Augen beschlagnahmte. — (elf)

Zur Landtagswahl – Aktionen für Wahlrecht

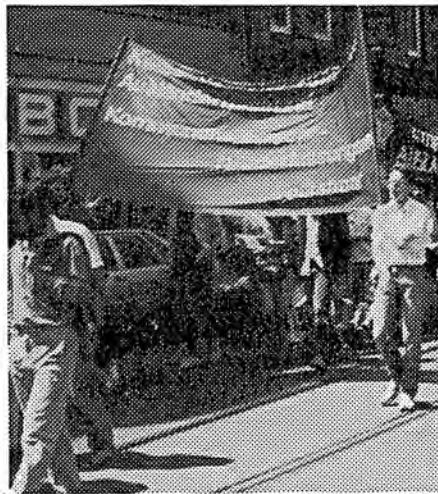
Hannover. Wie schon in der letzten Ausgabe berichtet, bildete sich zu den niedersächsischen Landtagswahlen ein großes Bündnis, um die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung der Ausländer zu stärken.

Bereits am 6. Juni hatten BWK, DIDF, GIM, KPD, SAG und Volksfront eine gemeinsame Veranstaltung durchgeführt. Sie nutzte dazu, die Gesichtspunkte "Ausländerfeindlichkeit – Arbeiterfeindlichkeit" und "Beseitigung jeglicher Sondergesetzgebung" zu stärken. Differenzen gab es unter den 60 Teilnehmern um die Frage "Doppelte Staatsbürgerschaft" und um die Berücksichtigung der sozialen Interessen (z.B. Beseitigung unterer Lohngruppen).

Die Demonstration zum Landtag am 14.6. (vor dem Wahltag) mit bis zu 500 Teilnehmern fand große Beachtung. Eine Delegation überbrachte nach einer Zwischenkundgebung in Nähe des Landtags eine Resolution der ausländischen Organisationen. Die GRÜNEN wollen diese in den nächsten Landtag einbringen. Mit einem internationalen Kulturfest wurde die Aktion abgeschlossen. Auszug aus dem Brief an den Landtag:

"Obwohl Sie also von uns keinerlei Mandat haben, greift dieser Staat und auch die Landesregierung und Landtag in viele Bereiche unseres Lebens derart weitreichend ein, wie es den elementarsten Maßstäben der Menschenwürde widerspricht..."

Wir wissen allerdings auch, daß wir, selbst wenn wir Sie wählen dürften, unter Ihnen keine große Auswahl hätten! Zu unverhohlen haben die großen Parteien die **Vertreibung** von uns



"Wahlrecht ohne Bedingungen!"

Ausländern als angebliches Mittel zur Lösung der Arbeitslosigkeit propagiert, und dies durch zahlreiche gesetzliche Maßnahmen eingeleitet. Zu offen wird die Ausländerfeindlichkeit auch in der Öffentlichkeit geschürt, zu offen dem Treiben von rassistischen und neofaschistischen Gruppen, die uns bedrohen und angreifen, zugeschaut. ... Wir fordern: Aktives und passives Wahlrecht für Ausländer – ohne Bedingungen; Entscheidungsrecht für Ausländer in allen Angelegenheiten, die ihr Leben betreffen; Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche." — (ard)

Scheels deutscher Dreh

Der Krach, den die im Bundestag gehaltene 17.-Juni-Rede des früheren Außenministers ("Ostverträge") und Bundespräsidenten Scheel bei der äußersten Rechten hervorrief, könnte den Eindruck erwecken, als habe Scheel den bundesdeutschen Anspruch auf die Einverleibung der DDR aufgegeben. Die "Welt" etwa empörte sich: "Von der Einheit reden", die Revanchistenverbände krakeelten: "Tritt der ehemalige Bundespräsident noch für die deutsche Einheit ein?" Das Gelärme gehört zum Täuschungsmanöver. Scheel strickt an der gleichen Masche wie von Weizsäcker: deutsche Einheit in und durch eine europäische Friedensordnung. "... die Schaffung einer solchen europäischen Friedensordnung wäre selbst schon die Verwirklichung des Ziels der deutschen Einheit." Läßt sich aber – und wie –

die DDR nach "Europa" locken? Scheel versucht's so: Man müsse anerkennen, daß die DDR ihr eigenes Wertesystem habe (Marx war ein "kluger Deutscher" in der Tradition des "deutschen Humanismus" und könne allein schon deswegen nicht nur Falsches gesagt haben). Man dürfe nicht verlangen, daß die DDR ihr Wertesystem einfach aufzugeben habe; auch wir hätten, ebenso wie die DDR über ihres, über unser Wertesystem nachzudenken. "... wäre eine Entwicklung ganz unvorstellbar, an deren Ende beide Seiten auf der Grundlage ihres unterschiedlichen Werteverständnisses vor sich selbst und vor der Welt vom anderen mit Achtung denken und sprechen?" Also: Die DDR könne, wenn sie sich nur in den Rahmen "Europas" stellt, einen – natürlich gemäßigten – Sozialismus beibehalten, und von der BRD hätte sie dann nur Achtung zu erwarten. So Scheel. Was er indes nicht sagte: daß das "Wiedervereinigungsgebot" des Grundgesetzes gestrichen werden soll, d.h. er rückte vom Rechtsanspruch der BRD auf die DDR nicht mit einer Silbe ab. Das sagt über den Rest der Rede alles. – (scc)

IGM-Vorstand brütet Tarifei = Flexibilisierung geschlüpft

Der IGM-Vorstand hat über die Tarifbewegung 1987, die Fortsetzung des Kampfs um die 35-Stunden-Woche, beraten. Das Handelsblatt vom 19.6. 86 faßte diesbezügliche Äußerungen von Hans Janßen so zusammen: "... auch künftig solle es ein tarifvertraglich gesichertes Normalarbeitsverhältnis geben, bei dem die Dauer, nämlich 35 Stunden, und die Bezahlung verbindlich festgelegt seien. Die Verteilung dieser Arbeitszeit innerhalb der Woche könnte sich dann nach den Wünschen der Arbeitnehmer und den Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte richten. Keinesfalls stünde

dabei der freie Samstag oder der Acht-Stunden-Tag zur Disposition. Abgelehnt werde auch ein 'Jahresarbeitszeitkonto', das in der Praxis die Einführung von Saisonarbeit bedeute, Möglich sei ein um einen Freitag oder Montag verlängertes Wochenende ... Die jetzt mögliche Bandbreite der Arbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden ... muß nach der Vorstellung der IG Metall entfallen". Als ob es nur die Vorstellungen der IG Metall gäbe! Die Kapitalisten lassen keine Gelegenheit aus, flexiblere Arbeitszeiten zum Tarifziel 1987 zu erklären. Sie meinen damit einen Arbeitszeitmix, kurze Arbeitszeiten, Teilzeit, ebenso wie längere, bei einer Verlängerung der betrieblichen Produktionszeiten in die Nacht und ins Wochenende.

Der DGB-Hauptvorstand hat im April in einer Stellungnahme zur Flexibilisierung erklärt, diese sei ein blankes Unternehmerinteresse, und die Unternehmerbehauptung, sie schaffe dem Arbeitnehmer Zeitsouveränität, sei im Regelfall falsch. Die IGM setzt sich von dieser kritischen Position ab und will sich mit den Kapitalisten vor allem darüber streiten, daß Flexibilisierung auch den Beschäftigten nütze. Die konkreten Entscheidungen über die Form der Flexibilisierung sollen betrieblich fallen. Dort haben aber die Kapitalisten alle Druckmittel, um klarzustellen, daß den Beschäftigten nützt, was für "ihr" Unternehmen gut ist. – Bei dem Versuch, einen Weg aufzutun, wie man Arbeitszeitverkürzungen und Flexi-Forderungen der Kapitalisten zusammenbringen kann, demonstriert der IGM-Vorstand auch das Ziel "Arbeitsplätze schaffen". Je stärker Arbeitszeiten individuell flexibel festgelegt werden, desto besser die Rationalisierungsmöglichkeiten, desto geringer der Druck für und die Kontrolle über Neueinstellungen. – (rok)

Lange – Personen wechseln, SPD bleibt SPD"..... 22

Ausländerpolitik: Demonstrationen gegen reaktionäre Ausländerpolitik..... 22

Boehringer Mannheim: Neues Schichtmodell in Kraft..... 23

Landtag: Viele Überstunden, aber keine Stelle mehr dafür..... 23

WAA: Nötig nach Tschernobyl: Kritik des imperialistischen Energieprogramms 24

Karstadt: Per Einigungsstelle Arbeit auf Abruf verhindert..... 25

Berufsverbote: Prozeß gegen Kieler Lehrer..... 25

Kommunalpolitisches Forum: Zusammenarbeit der kommunalen Opposition: Ansprüche werden gestellt 26
"Alternatives Stadtqualitätsprogramm"..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

IG DruPa Bayern: Landesbeiratstagung gegen Flexibilisierung, Nacht- und Schichtarbeit..... 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

3 Männer und ein Baby: Weder sinnvoll noch originell..... 30

Meier: BRD-Film über die DDR: Spießig, aber nicht spaßig..... 30

Fernsehdiskussion: Forschungsminister Riesenhuber sammelt Punkte..... 30

Ausstellung: Was fordert die Luftwaffe von der Industrie?..... 31

Vergewaltigung in der Ehe: Zu einem besonders widerlichen Kapitel bürgerlicher Justiz 31

Waldheim: Förderung von Chauvinismus und Antisemitismus..... 32

Spezialberichte

EG: EG, EWS und europäische Währungsunion: gegen wen richtet sich der "Stabilitätspakt EWS"?... 34

Unterschiedliche Interessen hindern britische Vollmitgliedschaft . 35

Die IG Farben über "europäische Währungsunion"..... 38

Zur Diskussion: Was ist die ECU?..

Titelbild: Soweto, 1978



Kardinal Friedrich Werner, der Erzbischof von München und Freising, unterstützte die revanchistischen Vorhaben der "Sudetendeutschen" durch die Veranstaltung eines Pfingstgottesdienstes auf dem Treffen der Sudetendeutschen am 18. Mai und versprach den Anwesenden Rückhalt durch die Kirche bei ihrem Vorhaben, den "Riss" zur CSSR zu ketten. – (uld)

Wahlen

Das Landtagswahlergebnis in Niedersachsen ist ein Erfolg für die Reaktion

Nachdem die Wahl vorbei ist, scheint außer Spesen nichts gewesen, alles beim Alten und die ganze Aufregung umsonst. Der Schein trügt, die Parteien haben in dieser Wahl ihre Konzeptionen getestet. Das Wahlergebnis wird Konsequenzen haben, weil sich CDU und FDP unter schwierigen Ausgangsbedingungen durchsetzen:

Die SPD erwartete sich ein gutes Ergebnis. Das Kabinett Kohl stand nach der § 116-Kampagne als Arbeitgeberausschuß da. Die allgemein-politische Zuordnung der CDU/FDP-Politik wurde für viele unterstrichen wenn nicht durch eigene, so doch über Bekanntenkreis und Familie unmittelbare persönliche Erfahrungen mit der Sozialpolitik der Regierung. Schließlich war der Landtagswahlkampf nicht nur richtungsmäßig mit der Bundespolitik verbunden. Da fast alle wichtigen Gesetze durch den Bundesrat müssen, hätte ein SPD-Sieg die Handlungsfreiheit der Regierung empfindlich eingeengt. Schließlich hatte die ganz aufs Großagrarische abgestimmte Agrarpolitik der Regierung die Bauern verbiert, so daß sie nicht wie sonst meistens dem Ruf des bürgerlichen Lagers folgen wollten.

Dazu traten Ereignisse, die die lebensbedrohende Gefährlichkeit imperialistischer Politik sichtbar machten. Die BRD war in die Libyen-Aggression der USA voll integriert und erschien als verfügbare Reserve des US-Imperialismus. Der Reaktor-Unglücksfall in Tschernobyl bewies, daß der blinde Glaube in den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt gerade

der technisch-wissenschaftlichen Grundlage entbehrte. Diese Ereignisse wurden allgemein als günstig für die Grünen beurteilt, denen man dramatische Stimmengewinne vorhergesagte.

Von der breitesten Öffentlichkeit wurde erwartet, daß eine Mehrheit für SPD und Grüne zur Ablösung von Albrecht führen würde, daß dies wiederum zu einer Krise der Regierung Kohl führen müsse, so daß dann mit den Bundestagswahlen 1987 ein Ende der Wende gegeben sei. Solche Überlegungen gaben gewiß mehr die Hoffnungen breiter Massen wider als die Pläne der SPD. Gleichwohl hätte diese auf solche Hoffnungen in gewissem Maße eingehen müssen. Mit dem Wahlergebnis ist aber die politische Wirkung solcher Hoffnungen weitgehend dahin. Eine Ablösung der Regierung Kohl/Genscher auf diesem Wege erwartet dieselbe breiteste Öffentlichkeit jetzt nicht mehr.

Konsequenzen der SPD

Die SPD kann jetzt ihre Politik offen darlegen. Prompt sagt Brandt, nun sei die SPD so zu stärken, daß an ihr vorbei keine Regierung gebildet werden könne. Der Schleiertanz ist also vorbei, die große Kopulation auf Grundlage von Recht und Ordnung steht an. Den Boden hierfür hat die SPD programmatisch bereitet. Das vom Gothaer Programm vorgeschriebene Ziel – Verbesserung der materiellen Lage der werktätigen Massen durch Wirtschaftswachstum – ist dahin. Im neuen Programm spricht sie sich noch für die Linderung der Armut aus. Vor-

aussetzung selbst hierfür bleibt aber der internationale Wirtschaftserfolg der BRD. Konsequent erkennt die SPD in ihrer Wirtschaftspolitik den Anspruch des Unternehmers auf günstige Verwertungsbedingungen an. Daß die Hamburger SPD jetzt Koalitionsangebote von der FDP kriegt, ist davon die Folge. Gerade SPD-Bürgermeister Dohnany geht immer klarer auf die angebotsorientierte Theorie zu, in der niedrige, unter der Armutsgrenze liegende Löhne als Voraussetzung volkswirtschaftlichen Erfolges behandelt werden. Freilich sind diese Entwicklungen in der betroffenen Öffentlichkeit noch nicht angekommen. Der abgelaufene Wahlkampf hat jedoch gezeigt, daß die SPD sorgfältig auf Abgrenzung zu den Grün-Alternativen achtete. Die SPD hat in praktisch keiner Frage sich um eine einheitliche Position mit den Grünen bemüht, nicht in der Steuerpolitik, nicht in der Arbeitszeitpolitik und schon gar nicht in der Energie- und Umweltpolitik. Auf keinem Gebiet gibt es bis jetzt eine beschließbare, in Gesetze zu giebende Übereinstimmung von SPD und Grünen. So kann eine Koalition nicht entstehen, sondern bloß eine Steigbügelhalter-Rolle für die Grünen. Der niedersächsische Landtagswahlkampf hat deswegen nicht nur die numerische Mehrheit für die von vielen gewünschte rot-grüne Koalition verfehlt. Diese ist viel eher numerisch nicht zustande gekommen, weil inhaltlich nichts in dieser Richtung zustande kam.

BRD plant den Bau von weitreichenden Lenkflugkörpern

Gemeinsam mit Großbritannien und den USA läßt die BRD zwei Konsortien gegenwärtig den Bau eines Lenkflugkörpers planen, der von Flugzeugen aus abgeschossen werden kann und eine Reichweite von 600 Kilometern haben soll. Das Projekt hat die Bezeichnung "Long Range Standoff Missile (LRSOM)". Die Beteiligung der BRD war erst möglich, nachdem 1984 die WEU die letzten Rüstungsbeschränkungen für die BRD aufgehoben hat. Das Verteidigungsministerium bestreitet dies zwar, aber genauso wie die "Cruise Missile" fallen auch die LRSOM in den Bereich der ballistischen Raketen. Das Ministerium spricht dagegen verharmlosend von Entwicklung "moderner konventioneller Munition". Mit den neuen Lenkflugkörpern wären die Luftwaffen der beteiligten Länder in der Lage, von

Flugzeugen aus Ziele hunderte Kilometer weiter anzugreifen, ohne selbst in den Wirkungsbereich der gegnerischen Luftabwehr zu kommen. Die zwei mit der Sache befaßten Konsortien sind Boeing, MBB und British Aerospace bzw. General Dynamics, Dornier und Huntington. (FAZ, 11.6.86 – jok)

Stoltenbergs Haushalts sperre: rüstungsbedingt

Angeblich wegen Mehrausgaben zur Unterstützung der Bauern gegen die Schäden aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl – in der Presse wird von 500 Mio. DM gesprochen, die die Bundesregierung laut Atomgesetz zu zahlen habe – sowie wegen höherer Zahlungen an die EG hat Finanzminister Stoltenberg am 18. Juni eine Haushaltssperre nach § 41 Bundeshaushaltssordnung angeordnet. Damit werden 2% der Verwaltungsausgaben und 3% der nicht gesetzlich vorgeschrie-

benen Zuschüsse und Zuwendungen der Ministerien gesperrt, zusammen 1 Mrd. DM. Die bürgerliche Presse hat die Maßnahme begrüßt – Stoltenberg trete wieder einmal dem Anspruchsdenkern entgegen und beuge zudem frühzeitig Neigungen im Kabinett zu Wahlgeschenken vor. Von wegen Wahlgeschenke! Erst zwei Wochen vorher hatte der Finanzausschuß des Bundestags 3,3 Mrd. DM für neue MRCA-Tornados bewilligt. Stoltenberg spart für Rüstung. – (rül)

Kooperation von VW und Ford in Südamerika

VW und Ford verhandeln über eine "industrielle Kooperation" in Argentinien und Brasilien, um Rationalisierungen und öffentliche Subventionen durchzusetzen. Beide behaupten in ihren Bilanzen Verluste für 1985 und stellen sich gegen Forderungen der brasilianischen und argentinischen Regierungen, mehr Investitionen und



Otto Wolff von Amerongen und der alte und voraussichtlich neue niedersächsische Ministerpräsident Albrecht

Der Erfolg der Bürgerlichen

Der bürgerliche Wahlkampf münzte die Wirtschaftsbelebung der letzten Jahre bis auf den letzten Pfennig ins Politische um. Das wissenschaftlich-technische Risiko der Energie zu bezahlbaren Preisen und das soziale und politische Risiko des überschüssigen Angebotes an Arbeitskräften sei zu tragen. Es sei zu befürchten, weil es die Grundlage für das Gedeihen der Wirtschaft bilde. CDU und FDP suchten die inhaltliche Konfrontation mit der Kritik aus der Arbeiterbewegung und aus dem grün-alternativen Bereich. Sie suchten eine Mehrheit, um diese Kritik politisch wirkungslos zu machen. Vor diesem Hintergrund gibt die Hetze gegen die Grünen einen Sinn, die als Kindermörder, Gewalttäter, Gefahr für die ganze Gesellschaft wie für jeden einzelnen hingestellt wurden. Weil die bürgerliche Propaganda

die Wirtschaftsprosperität konsequent mit der reaktionären Politik verbindet, erscheint alles existenzgefährdend, was gegen diese Politik wirkt. Besonders geschickt nutzt das bürgerliche Lager die Möglichkeiten der Zwei-Parteien-Konstellation. Die FDP tritt als Garant gegen eine wegen vielen christlichen Arbeiterstimmen fürs Sozialreformerische anfällige CDU auf. Sie steht für reichhaltiges flexibles Arbeitskräfteangebot und für Steuerbegünstigungen. Dieses hat dann auch gelangt, um der CDU einen hauchzarten sozialen Anstrich und die FDP über die fünf Prozent zu bringen.

Zur Situation der Grünen

Die Grünen machten sich Hoffnungen auf Zulauf v.a. aus Kreisen der Selbständigen und auf Kosten der FDP. Die außerparlamentarische sozialistische und anarchistische Linke machte

sich große Hoffnungen auf einen Sieg der Rot-Grünen. Die DKP, die ihre Kandidatur zu den Bundestagswahlen bereits abgemeldet hat, rief in Niedersachsen – obwohl kandidierend – kaum verhüllt auf, rot-grün und also nützlich zu wählen. Im großen und ganzen wirkte in der Linken die Tendenz zum Rückzug aus der Wahlauseinandersetzung fort. Die Wirkungen auf die Parteipolitik der Grünen wurde aber erstmals sehr deutlich. Die bürgerliche Öffentlichkeit hat vorweggenommen, was sie mit einer grünen Partei machen würde, die sich als Plattform sozialistischer Kritik begreift: Sie würde sie fix und fertig machen, weil der eigene Anhang der Grünen vielleicht Kompromisse und Taktieren mit revolutionären Richtungen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse duldet, niemals jedoch bereit wäre, sich vermittelt durch Parteipolitik für solche Interessen vorspannen zu lassen. Instinktiv reagiert die Partei und sucht Vertrauen bei dem Wohlanstand zu bilden, der sie wählt. So sagte Schily laut *taz* im Kommentar zum Wahlergebnis, es "sei der CDU-Kampagne 'nichts entgegengesetzt' worden. Die Grünen seien kaum in die Printmedien gekommen, es sei ihnen 'allgemein in der Medienstrategie nicht allzuviel gelungen'. Für einen Wahlkampf brauche man eben einen hauptamtlichen Apparat von politischen Leuten, die von den technischen Aufgaben entlastet sind." Die grüne Partei wird von Richtungen, die ihre Basis im Proletariat haben, beansprucht. Prompt beginnt man sich innerhalb der Grünen vor Einwirkungen der Basis zu sichern und stärkt den Parteiapparat, der Wohlanstand verbürgt. Wenn, sobald und soweit jedoch die Grünen ihren Charakter als Basisbewegung und damit ihre Distanz zu den Institutionen der bürgerlichen Ge-

Neueinstellungen vorzunehmen. VW und Ford beherrschen 40% bzw. 23% des brasilianischen und 16% bzw. 15% des argentinischen Automobilmarktes. VW-Sprecher O. Witzel drohte mit beträchtlichen Konsequenzen für die Ökonomien beider Länder. – (sie)

BRD aggressivste Exportmacht im Maschinenbau

Die westdeutschen Imperialisten sind die weltweit aggressivsten Exporteure von Produkten des Maschinenbaus und der chemischen Industrie. Das geht aus einer neuen Untersuchung der OECD hervor, über die jetzt das "Institut der deutschen Wirtschaft" des BDI berichtet hat. Die OECD hatte für 1984 die Industriegüterexporte aller Imperialisten auf den Weltmärkten untersucht. Bei zehn dieser insgesamt 35 Industriewarengruppen waren westdeutsche Kapitalisten die weltweit größten Exporteure, bei 14 Produkten an zweiter Stelle. Mit Abstand

größte Exportmacht sind die westdeutschen Imperialisten bei Produkten der Chemieindustrie und des Maschinenbaus sowie bei allen verarbeiteten Produkten zusammengenommen. Für die Lohnabhängigen in der BRD ist dieser Triumph ihrer Ausbeuter auf dem Weltmarkt ein doppelter Schaden: einer, den sie schon erlitten haben durch räuberischen Lohnabbau und Arbeitsetze in den letzten Jahren, und einer, der ihnen bevorsteht, weil die Kapitalisten die bei diesem Vormarsch einkassierten Profite nutzen werden, um Antreiberei und Lohnsenkung weiter voranzutreiben. – (rül)

... und immer noch "Vertreibungsschäden"

Anfang Juni trafen in Bonn Vertreter der Bundestagsfraktion von CDU/CSU und der Vertriebenenverbände zusammen. Sprecher der Vertriebenen beschwerten sich, daß der Präsident des Bundesausgleichsamtes angeordnet

habe, Vermögensschäden von "Ausiedlern" aus Osteuropa ab 1. Juli nicht mehr als "Vertreibungsschäden" anzuerkennen. Das will die Union sofort korrigieren. Noch in diesem Monat wird die Fraktion einen Gesetzentwurf im Bundestag einbringen, um auch künftig solche Leute in Osteuropa, die "deutsch" fühlen, mit den finanziellen Vorteilen des Lastenausgleichsgesetzes zur Übersiedlung nach Westen zu bewegen. "Im Mittelpunkt der weiteren Aussprache standen Fragen des Bauernverbandes der Vertriebenen im Zusammenhang mit der Wahrung der Eigentumsrechte in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße", berichtet der "Deutsche Ostdienst". Dregger sagte den Vertriebenen eine sorgfältige Dokumentation aller "Eigentumsrechte Vertriebener" durch die Bundesregierung zu. Das Versprechen auf Beute soll dem BRD-Revanchismus auch in Zukunft treue Anhänger sichern. – (rül)



Das Bild zeigt den vom Frankfurter Appell organisierten Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit 1984, Station Hannover. Die Volksfront, die den Marsch unterstützte (siehe Bild), gab zu den diesjährigen Landtagswahlen die Broschüre "Ausländerpolitik in Niedersachsen" heraus, um, so das Vorwort, dazu beizutragen, daß die staatlich betriebene Ausländerfeindlichkeit als Arbeiterfeindlichkeit begriffen und bekämpft wird".

sellschaft verlieren, werden sie politisch überflüssig, sind sie als FDP bereits vorhanden. Auch diese Tendenzen in der grünen Partei würden geschwächt, wären die Grünen gezwungen, sich mit Organisationen und einer Politik auseinanderzusetzen, die vom Interessenstandpunkt des Proletariates aus die Gesellschaft kritisiert.

Auswirkungen des Wahlergebnisses auf den Klassenkampf

Das bürgerliche Lager ist ideologisch gefestigt, weil es für eine Politik, die in der Armut breiter Massen die Voraussetzung für den Wohlstand sieht, eine parlamentarische Mehrheit bilden konnte. Die Ausbreitung einer so offenkundigen menschenverachtenden Ideologie schafft dem Faschismus ein verbreitertes Agitationsfeld. Die Verbindungen von Konservativen und Faschisten nehmen zu. Die Sozialdemokratie

ordnet ihre Kritik dem Interesse an der Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitalismus unter. Sie hat einen erfolgreichen Wahlkampf geführt, ohne der Gesellschaftskritik, die sich bei den Grün-Alternativen und in der Arbeiterbewegung findet, inhaltlich auch nur einen Millimeter entgegenkommen zu müssen. Die Auswirkungen auf die Klassenkampf sind schon zu spüren. Eifrig hat IGM-Janzen erklärt, man setze sich zwar das Ziel, die Arbeitszeitverkürzung auf 37,5 Stunden für alle durchzusetzen, sei aber im Gegenzug zu weiterer Flexibilisierung bereit...

Wer sich auf die Interessen der Arbeiterklasse bezieht, sollte nach diesen Wahlen zugeben, daß es heute nicht denkbar und nicht erfolgversprechend ist, die Bildung einer proletarischen Klassenpartei aus den Grünen heraus oder womöglich in den

Grünen oder gar aus der SPD heraus, ganz zu schweigen in der SPD, voranzubringen. Nicht einmal Inhalte, die für proletarische Politik wesentlich sind, können so transportiert werden. Fast niemand spricht davon, daß ohne die politische Entrechtung der Arbeiter ausländischer Nationalität, und d.h. der Arbeiterklasse, eine offen bürgerliche Mehrheit parlamentarisch gar nicht aufkäme, und merkwürdig matt bleibt die Kritik am aufkommenden Faschismus. Wie könnte aber auch die Theorie vom Herrenvolk schlagkräftig kritisiert werden, wenn nicht kritisiert, sondern als fast selbstverständliches hingenommen wird, daß die bürgerliche Gesellschaft die schwersten Arbeiten, denen sie systematisch den Ruch der Verächtlichkeit anhängt, Arbeiter verrichten läßt, die sie der politischen Rechte beraubt hat. — (jöd, maf, scc)

Neuer Auslieferungsversuch trotz anerkanntem Asyl

Laut "Türkei-Information" hat das Bundesinnenministerium am 12.6. den türkischen Antifaschisten S. Yagiz festgenommen und hält ihn in der JVA Flensburg in Auslieferungshaft. Die "Türkei-Information" schreibt: "S. Yagiz ... genießt in Schweden politisches Asyl. Als er am Donnerstag, dem 12.6., mit drei weiteren Freunden die deutsch-dänische Grenze bei Padborg überqueren wollte, wurde er von Beamten des Bundesgrenzschutzes festgenommen. Einzige 'Grundlage' dieser Festnahme ist ein Festnahmevermerk der türkischen Polizei, das diese 1983 über Interpol ausgeschrieben hatte." S. Yagiz, der in der Türkei vor 1980 Mitglied der revolutionären Organisation Devrimci Yol war und deshalb mehrfach gefoltert wurde, ist im Besitz eines Internationalen Flüchtlingspasses gemäß der Genfer

Konvention. Offenbar will die Bundesregierung ihn dennoch an die türkische Junta ausliefern. Die "Türkei-Information" ruft dazu auf, in Protesttelegrammen an das Justiz-, Innen- und Außenministerium in Bonn die sofortige Freilassung von S. Yagiz zu verlangen. (Quelle: "Türkei-Information", c/o G. Kurban, Hindenburgstr. 49, 3012 Langenhagen 1. — (rül)

VW/SEAT: Einverleibung perfekt

Nach der Übernahme von 51% der Anteile hat VW jetzt Geschäftsführung und Vorstand des spanischen Automobilkonzerns SEAT neu gebildet und paritätisch bzw. mehrheitlich mit Leuten aus der eigenen Konzernführung besetzt. VW hat für die Mehrheitsbeteiligung, die noch 1986 auf 75% und bis 1990 auf 100% erweitert werden kann, ca. 1,3 Mrd. DM bezahlt — ein Spottgeld angesichts der Tatsache, daß eines der beiden großen Werke ge-

rade erst modernisiert worden ist und daß die spanische Regierung 3 Mrd. DM Altschulden von SEAT übernommen hat. Mit der Einverleibung erhält VW einen neuen Markt und steigt in großem Maßstab in die Kleinwagenproduktion ein. Die lohne sich, so der Vorstand, heutzutage nur noch in Spanien — aufgrund des niedrigen Lohnniveaus. VW will ca. 10% der SEAT-Arbeiter entlassen und die Produktionskapazitäten von 300000 auf 400000 PKW steigern. — (scc)

Sozialwahlen: "Versicherungsgemeinschaften" gewinnen

Bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen haben die Listen der so genannten "Versicherten-Wählergemeinschaften" erneut bei den meisten Kassen die Mehrheit der Sitze in den Selbstverwaltungsorganen gewonnen. Das geht aus einer Übersicht über die Wahlergebnisse hervor, die das "Handelsblatt" am 19. Juni ver-

Anti-AKW-Demonstrationen**Große Koalition zur
"Inneren Sicherheit"**

Am 1. Juli will die Bundesregierung weitere Finanzmittel für die personelle und materielle Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz beschließen. Für den BGS sollen zusätzlich drei große Transporthubschrauber, mehrere Sanitätsfahrzeuge und Wasserwerfer angeschafft werden.

Nach den Demonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf am 7.6.86 hat die CDU/CSU die Diskussion zur "Inneren Sicherheit" verstärkt und zusammen mit der FDP eine Reihe von Verschärfungen durchgesetzt. In einem Interview in der "Bild" vom 14.6. sprach sich der bayerische Ministerpräsident Strauß dafür aus, den Druck auf die FDP zu den Bundestagswahlen zu erhöhen, um endlich eine Verschärfung des Landfriedensbruch-Paragraphen und des Vermummungsverbotes durchzusetzen.

Bereits am 12.6. verurteilten die bei Bundesinnenminister Zimmermann versammelten Innenminister der Länder einmütig die "Gewalttäten" "gewalttätiger Demonstranten" bei den Demonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf. Eine Verständigung über rechtliche und polizeiliche Konsequenzen soll nicht erzielt worden sein. Die SPD-Innenminister von Hessen und Nordrhein-Westfalen, Winterstein und Schnoor, hielten die vorhandenen Rechtsmittel, die Ausrüstung und personelle Stärke der Polizeien für ausreichend. Aus der Ecke der SPD kam Zustimmung für die Verbesserung des "polizeitaktischen Einsatzes" und der "schnelleren und schärferen Bestrafung der Gewalttäter". Während

die CDU den Einsatz von CS-Gas für geeigneter hält, wollen sich die SPD-Innenminister mit CN-Gas begnügen. Zu einer Störung der Großen Koalition in Sachen Innere Sicherheit wäre es allenfalls im Vorfeld der Innenministerkonferenz gekommen, Hessens Innenminister Winterfeld hatte erwogen, dem Treffen fernzubleiben, weil es eine Wahlkampfveranstaltung der Union sei.

Am 13.6.86 tagten hohe Beamte aus den Justizministerien der Länder. Bundesjustizminister Engelhard kündigte eine verschärzte Gangart der Justiz an: Festgenommene sollen schneller einem Staatsanwalt und einem Richter zugeführt werden und härter bestraft werden. Wie bereits in Wackersdorf praktiziert, sollen Staatsanwälte und Richter "vor Ort" die Ermittlungen für diese Art Schnellverfahren einleiten.

Die Reaktion will die verschärzte Unterdrückung der politischen Opposition. Der Bayernkurier prägt für die "gewalttätigen Demonstranten" den Begriff von "Terroristen neuer Art". Zimmermann veröffentlicht zur rechten Zeit seinen Verfassungsschutzbereich, und Möllemann ruft schließlich nach dem Einsatz der "Anti-Terror-Gruppe" GSG 9. Gezielt gegen die Grünen schreibt der Bayernkurier, daß insbesondere das gewaltdeckende Umfeld besorgniserregend sei, und fordert, daß, wer die "Gewalttäter" schütze, ihr Tun rechtfertige, wer Verständnis zeige, der mache sich mitschuldig und müsse bestraft werden. Stoltenberg hatte zuvor mit seiner baskischen Parallelie die Grünen ins Visier genommen und damit unverhohlen Verbotsdrohungen gegen diese ausgestoßen.

Vorstandssprecher Beckmann von den Grünen wirft Bund und Ländern vor, sie verfolgten die Strategie, die

Demonstrationsfreiheit auszuhöhlen. Der Einsatz von Reizgas mache deutlich – so Beckmann –, daß die Regierungen bereit seien, Grundrechte gegenüber den Interessen der Atomenergie in den Hintergrund zu rücken. Der Druck der Reaktion scheint zu wirken, denn Beckmann äußerte auch, daß die Anti-Kernkraftbewegung ihre Aktionsformen öffentlich beraten sollen, und dazu gehöre, daß sie sich "im Vorfeld" von jenen Gruppen distanzieren, die Gewalttätigkeiten wollten. Bei den Bonner Friedensdemonstrationen sei es gelungen, die "Gewalttäter" zu isolieren. Es müßten Möglichkeiten geprüft werden, der "Gewaltfalle" der Polizei zu entkommen.

Gleichzeitig haben die Grünen eine Große Anfrage im Bundestag "Polizeiterror gegen Gegner der Atomenergie" eingebracht und verlangen eine Bundestagsdebatte. Eine Kritik des Energieprogramms würde die Kritik der staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen stärken.

Quellenhinweis: Bayernkurier vom 14.6.86; TAZ, FAZ, Die Welt, 9.-19.6.86 – (sie)

Katholische Kirche**Lohn und Arbeitsbedingungen höheren Profiten anpassen!**

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat die kirchliche Behauptung, daß die Beschäftigten mit ihrer Eigensucht das entscheidende Hemmnis für die Wiedereinstellung der Arbeitslosen seien, ausgeweitet. Am 9. Juni stellte J. Stingl, Ex-Arbeitsamtspräsident, eine Erklärung des ZdK vor: "Abbau der Arbeitslosigkeit. Thesen des ZdK zur Gestaltung der Arbeitsgesellschaft".



Am 20. Juni haben die Regierungsparteien das neue Schwerbehindertengesetz verabschiedet. Damit treten einschneidende Verschlechterungen in Kraft. U.a. entfällt in den ersten sechs Monaten nach Einstellung jeder Kündigungsschutz. Dies, so Blüm höhnisch im Bundestag, werde "Einstellungshemmnisse" bei den Kapitalisten beseitigen. In Wirklichkeit wird damit der Druck auf Schwerbehinderte verschärft. Die anfangs geplante Überprüfung aller Behindertenbescheinigungen hat die Regierung nach zahlreichen Protesten gestrichen. – (rül)

öffentlicht. Danach errangen bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Listen einer "BfA-Gemeinschaft", DAG-Fraktion und eine Liste von DAK, ULA, Beamtenbund und christlichen Gewerkschaften zusammen 27 Sitze gegenüber 11 Sitzen für Listen der DGB-Gewerkschaften. Bei der Barmer Ersatzkasse gewann die "Interessengemeinschaft von Mitgliedern der BEK" mit 34 Sitzen die absolute Mehrheit, Listen der DGB-Gewerkschaften dagegen nur 14 Sitze (vorher 12). Bei der DAK gewannen ebenfalls sogenannte "Arbeitnehmervereinigungen" die Mehrheit der Sitze. Bei der Technikerkrankenkasse gewannen solche Vereinigungen ebenfalls die Mehrheit, die DGB-Listen fielen von sieben auf fünf Sitze. Für ihre Kostendämpfungsprogramme hat die Reaktion damit in den Selbstverwaltungsorganen der Kassen nur wenig Widerstand zu erwarten. – (rül)

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken nimmt die Gewerkschaften ins Gebet. In getreuer Nachfolge der Arbeitgeberverbände wiederholt das ZdK deren Verdrehung: Die Löhne "sind jahrelang so stark gestiegen, daß Arbeit in den Betrieben durch Sachkapital ersetzt wurde". Lohnabbau sei das Gebot der Stunde und auch der katholischen Soziallehre: "Arbeitgeber und Gewerkschaften tragen für eine Änderung dieser Entwicklung entscheidende Mitverantwortung. Maßvolle Tarifabschlüsse und Verminde rung der Lohnnebenkosten müssen zu einer Stabilisierung der Arbeitskosten führen, damit der Schattenwirtschaft entgegengewirkt werden kann und mehr Spielraum für Investitionen entsteht."

Als Hebel dafür, daß die Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeitskräfte steigern und höhere Profite erzielen können, will das ZdK die Arbeitszeitverkürzung genutzt sehen, anders würden die Kapitalisten keinen einstellen können: "Zur Einstellung neuer Arbeitskräfte kann Arbeitszeitverkürzung nur beitragen, wenn die gerade Erwerbstätigen einen teilweisen Einkommensverzicht leisten. Aus der Sicht der christlichen Soziallehre müssen wir an die Tarifparteien appellieren, diese ökonomischen Bedingungen im Kampf um Einkommen aus Arbeit und Kapital in Solidarität mit den Arbeitssuchenden zu beachten."

Das ZdK wendet sich gegen die gewerkschaftlichen Anstrengungen, tariflich und gesetzlich garantierte Arbeitsbedingungen für alle Lohnabhängigen bzw. für alle Beschäftigten einer Branche gegen die Angriffe der Kapitalisten zu sichern, indem es behauptet: "Unterschiedliche Gestaltung der tariflichen und betrieblichen Arbeitszeiten schaffen neue Möglichkeiten, die Bedürfnisse des arbeitenden Menschen mit betrieblichen Erfordernissen abzustimmen und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen." Gegen überbetriebliche Tarifvereinbarungen verlangt das ZdK "neue Formen der Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit auf Unternehmensebene". Das Ziel dabei sind "vielfältige, auf die Lage der einzelnen Betriebe abgestimmte Regelungen". Als Beispiele folgen: mehr Teilzeitarbeit, Aufteilung vorhandener Arbeitsplätze, Übernahme von Auszubildenden "nicht gleich zur vollen Arbeitszeit" und ähnliche Vorschläge zur Belegschaftsaufspaltung.

Wenn die Gewerkschaften ihr Vorgehen weiter von der sozialdemokratischen Strategie der Arbeitsplatzschaffung und -sicherung bestimmen lassen, werden sie gegen die Flexibilisierungsstrategie der Kapitalisten und deren christliche Absicherung kaum standhalten können.

Quellenhinweis: Dokumentation des ZdK, Abbau der Arbeitslosigkeit ...
– (gba)

Neue Heimat-Untersuchungsausschuß

Entweder Pleite der Neuen Heimat und leere DGB-Kassen oder Knast für die Funktionäre

"Ein Wahlkampfhit der Reaktion für 1987 und später wird angerührt", schrieben wir in den Politischen Berichten 3/86. So wird es kommen; aber knüppeldicker, als wir mutmaßten. Unter dem Druck von Banken, Presse und Regierungskoalition hatten sich DGB und Neue Heimat auf Bundesländer-Gespräche zur Abwendung eines Konkurses unter dem "neutralen" Vorsitz von Bundesbauminister Schneider (CSU) im April eingelassen. Die Reaktion jubelte und versprach sich Steuerung und propagandistische Nutzung eines qualvollen Siechtums der Neuen Heimat mit verheerenden Folgen für andere gemeinwirtschaftliche Unternehmungen und Streikkassen des DGB. Heute wissen wir, daß DGB und Neue Heimat die Reaktion für's erste geschickt verladen haben. In aller Stille wurden vorher alle Anteile von Vermögens- und Treuhandgesellschaften der Einzelgewerkschaften und des DGB an der Neuen Heimat auf die Beteiligungsgesell-

len den Regierungsparteien den ideologischen, politischen und juristischen Großangriff. Nach einer Großen Anfrage an Bundesbauminister Schneider folgte am 4.6. ein schroffer CDU/CSU/FDP-Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der am 5.6. im Bundestag beschlossen wurde. Der Ausschuß soll nicht nur der ideologischen Beerdigung gemeinnützigen Wirtschaftens und der Verhetzung des DGB dienen. Er soll direkt Empfehlungen für eine "faktische" Haftung des DGB und der Einzelgewerkschaften erarbeiten, um im Zusammenspiel mit den Banken nach 1987 besser den Konkursknüppel schwingen zu können; dazu sollen durch genaue Vernehmungen bis hinauf zu einfachen Mitarbeitern der Neuen Heimat liegengebliebene Strafverfahren aufgearbeitet und neue vorbereitet werden. Heuchlerisch wird an einem wunden Punkt der DGB-Sanierungsbemühungen bei der Neuen Heimat angesetzt. Unter dem



Bereits 1982 wurden 450 Mitarbeiter der Neuen Heimat in Düsseldorf von Polizei und Staatsanwälten stundenlang festgehalten.

schaft für Gemeinwirtschaft und die Vermögens- und Treuhandgesellschaft des DGB mbH übertragen und die Streikkassen zunächst aus der Schußlinie gezogen (1). Mit abgeschlossenen Notverkäufen von 63.709 Mietsozialwohnungen per 26.3.86 konnten über 1,6 Mrd. DM erlöst werden, genug, um die bis Anfang 1987 gestundeten kurzfristigen Zins- und Darlehenstillegungen aus dem Kreis von ca. 2 Mrd. DM Schulden des gemeinnützigen Zweiges und ca. 15,1 Mrd. der ehem. privaten NH-Töchter Städtebau und International abzulösen und die Konkursgefahr zu bannen. (2)

Kohl, Strauß und Lambsdorff befah-

Druck der Reaktion wurde der Personalbestand der Neuen Heimat von 4982 in 1980 auf 3500 in 1986 durch Frühensionierungen usw. verringert; muß die Neue Heimat weiterschrumpfen, sind Massenentlassungen im Norden zu befürchten. "Rabiat der Personalabbau", schreien CDU/CSU/FDP scheinheilig und drohen gleichzeitig all jenen Beschäftigten mit Strafparagraphen, die sich an der Demontage der Neuen Heimat nicht freiwillig beteiligen wollen.

"Sittenwidrige Verschleuderung von Vermögenswerten und Verschleppung" eines Konkurses, schreien sie und setzen heuchlerisch an einem anderen

Bundestagsvorwahlkampf gegen DGB und Neue Heimat
Gerster (CDU/CSU): "Die Neue Heimat steht ... für den größten Wirtschafts- und Sozialskandal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ... Heute präsentiert die Neue Heimat ein 17-Milliardenloch und versucht, sich durch rabiaten Personalabbau und durch Notverkäufe aus der Verantwortung für Mieter und Mitarbeiter zu stehlen, Notverkäufe, die rechtlich höchst bedenklich sind ... Verkauft die Neue Heimat weiter Wohnungen unter dem Verkehrswert an Anleger, machen sich möglicherweise Verkäufer wie Käufer strafbar ... Verschleuderung von Vermögenswerten und sittenwidrige Verschleppung eines drohenden Konkurses.

Der Mieter weint, der Bonze lacht, Genosse Filz dies möglich macht. Auf dem letzten Gewerkschaftstag (1980) waren wir noch alle guter Hoffnung ... Damals verließ der neue Vorsitzende des DGB, Breit, den Gewerkschaftstag mit der Bemerkung, er wolle mit einem großen Besen lücken- und schonungslos aufklären. Heute, vier Jahre später, wissen wir leider, daß von den Verantwortlichen keine Aufklärung zu erwarten ist. Sowohl beim Hamburger Untersuchungsausschuß wurde abgeblockt, wie auch gegenüber der Bundesregierung abgeblockt wird; ... werden die Funktionäre darauf eingeschworen, nur ja nicht an das Thema Neue Heimat zu röhren.

An diesem Punkt können wir nicht weiter tatenlos zusehen."

Dr. Sperling (SPD): "Betroffen von dem, was bei der Neuen Heimat geschehen ist, sind zuallererst die Mieter. Betroffen sind auch die Steuerzahler ... und mit ihnen die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden. Es klingt ein wenig aberwitzig, aber dennoch stimmt es: Für die öffentlichen Kassen wäre es billiger, beim Kauf der Wohnungen der Neuen Heimat so zu helfen, daß diese Wohnungen auch in Zukunft gemeinnützig und sozial gebunden bleiben. Das wäre billiger, als die Wohnungen durch beliebige Erwerber unter Verlust der Preis- und Belegungsbindungen aufzukaufen zu lassen. Denn unser Steuerrecht läßt Verluste aus Vermietung und Verpachtung und darüber hinaus eine Steuersparspekulation für diejenigen zu, die das Erwerbermodell nutzen. Das hat das Land Nordrhein-Westfalen beim Kauf von 2400 Wohnungen in Konkurrenz zu einem Immobilienhändler ausprobiert. Je stärker man einen Konkurs befürchten muß, desto mehr ist schnelles Handeln geboten, um das nicht erleben zu müssen.

(Lachen bei der CDU/CSU und FDP)
 Denn bei einem Konkurs wären die öffentlichen Kassen noch einmal betroffen, weil die Bürgschaften und Darlehen sämtlich nachrangig gesichert sind."

Dr. Müller (Bremen): Das "wichtige bei dieser Frage ist natürlich, daß dieser Neue-Heimat-Skandal ein wirklich gigantisches Ausmaß an Wirtschaftskriminalität aufgedeckt hat und weiter aufdecken wird..."

Wir werden uns bei dem Antrag der



NH-Mieter: Keine Rede von ihren Wohnraumansprüchen und Rechten

CDU (auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, d.Verf.) aber enthalten, weil wir einen eigenen Antrag zur Untersuchung haben. Er unterscheidet sich in einem Punkt ganz entscheidend – das fehlt mir bei Ihnen von der CDU →: den Banken. Ich glaube, daß hier selbstverständlich im Bereich der Kreditvergabe ebenfalls eine Aufsichtspflicht verletzt worden ist ... Mir geht es darum, alles aufzudecken, was passiert ist, gerade um die Gewerkschaften aus der Situation herauszuholen, daß sie ständig mit Hilfe der Neuen Heimat ... diskreditiert werden können."

Quellenhinweis: Protokoll der Sitzung des Bundestages vom 5.6.1986, Drucksache 10/16957.

wunden Punkt der Sanierungsbemühungen an. Zunächst wurden vorwiegend Wohnungen en bloc an die gewerkschaftseigene BG-Immobilienellschaft verkauft. Insgesamt 21 365. Es waren Mietsozialwohnungen aus den Beständen der 50er und 60er Jahre mit hohem Anteil an Lohnabhängigen in unteren Lohngruppen und Rentnern. An Mietverträgen, Kündigungsschutz, Nachwirkung öffentlicher Bindungen und gewerkschaftspolitischem Zugriff für die betroffenen Mieter änderte sich erstmal nichts. Diesen Ausweg hat die Reaktion letzten Winter durch Kreditsperre verlegt. Eher zögernd wurden 10 506 Mietsozialwohnungen an ehemalige Mieter verkauft, für die sich auch erst mal nichts verschlechterte. Sodann wurde 1985 zeitweilig auf en-bloc-Verkäufe an andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen mit Hilfe von Ländern und Gemeinden gesetzt. Es konnten aber nur 5 832 Wohnungen in

München, Wiesbaden, Frankfurt und Nordrhein-Westfalen abgesetzt werden; auch für die davon betroffenen Mieter änderte sich zunächst erst mal nichts. Allerdings betrafen diese Verkäufe zur Abwendung eines Konkurses Regionen, in denen der Mietsozialwohnungsbesitz der Neuen Heimat noch überwiegend wirtschaftlich verwaltet werden kann. Überschuldet und mit erheblichen Wohnungsleerständen steht die Neue Heimat hingegen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und großen Teilen NRW's da. CDU- und SPD-Landesregierungen versuchten, sich hier teilweise zum "Nulltarif" aus der vermeintlichen Konkursmasse zu bedienen. Zunehmend setzten daher DGB und Neue Heimat auf en-bloc-Verkäufe an private Miethäfe zu Dumping-Preisen zur vorläufigen Abwendung eines Konkurses. 26006 Mietsozialwohnungen gingen so über den Ladenisch (3). Gerade die Propagandisten

eines ungezügelten Wohnungsmarktes rufen die hierdurch verunsicherten Sozialmieter zu Zeugen auf, um DGB- und Neue Heimat-Vorständler, Aufsichtsräte und Mitarbeiter notfalls vor dem Kadi weizukochen und die Streikkassen wieder zu öffnen.

SPD und Grüne haben dem Untersuchungsausschuß zugestimmt. Die SPD hat sich längst vom gemeinnützigen Wirtschaften verabschiedet. Sie bietet Mithilfe bei der Auflösung der Neuen Heimat an, will nur möglichst unbeschadet heraus. Bei den Grünen scheinen Kräfte an Gewicht verloren zu haben, die sich für Erhalt und Vergrößerung des Bestandes preis- und standardgebundener Wohnungen und für umfassendere Schutzrechte bei Eigentumsumwandlung und Kündigungen ausgesprochen haben.

Quellenhinweis: (1) Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage, Bt-Drs. 10/5452, S.14; (2) a.a.O., S. 2, 7; (3) a.a.O., S. 5 – (ped)

Reaktivierung der WEU

Koordination europäischer Militäraktionen außerhalb des NATO-Operationsgebietes

Vom 2. bis 5. Juni fand in Paris die diesjährige parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) statt. Die WEU-Parlamentarier, entsandt aus den nationalen Parlamenten der Mitgliedsländer, faßen auf Grundlage von Berichten eine Reihe von Empfehlungen an den Ministerrat der WEU. Es ging insgesamt um eine Bilanzierung der Bemühungen um die "Wiederbelebung" der WEU. Im Oktober 1984 hatten Genscher und Cheysson aus Frankreich die "Wiederbelebung" dieser Organisation eingeleitet, indem sich erstmals wieder die Außen- und Verteidigungsminister der sieben Mitgliedsländer zu Beratung über gemeinsame Schritte trafen. Inzwischen haben sich diese Treffen wiederholt; das letzte fand Ende April in Venedig statt.

Alle Mitgliedsländer der WEU (Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Italien, Großbritannien, BRD) sind EG-Mitglieder, darüber hinaus (bis auf Frankreich) integriert in die NATO-Kommandostruktur. Welche Bedeutung hat darüberhinaus das Militärbündnis WEU für die europäischen Imperialisten?

Der Versammlung lag der Bericht "Sicherheit und Terrorismus" vor, in dem die Notwendigkeit eines europäischen Militärbündnisses begründet wird: "Doch hat es sich oft gezeigt, daß Krisen, die außerhalb Europas entstehen, höchst nachteilig für die Beziehungen zwischen WEU-Mitgliedsländern sein können und daß weder Konsultationen zwischen Regierungsvertretern in der NATO noch solche, die manchmal im Zusammenhang der europäischen politischen Zusammenarbeit abgehalten werden, völlig in der Lage sind, den Platz von Konsultationen einzunehmen, welche in der WEU abgehalten werden könnten. Die ersten wären in Wirklichkeit hauptsächlich Konsultationen zwischen den USA und ihren Verbündeten und könnten einen wahren europäischen Konsens nicht erreichen, wenn ein solcher notwendig wäre. Die zweiten schließen praktisch von den Konsultationen Schritte aus, die unternommen werden müssen, um gemeinsame Entscheidungen unter Rückgriff auf Streitkräfte zu ergreifen." Da in der NATO nichts geht ohne die USA und in der EG nicht über Militärisches beschlossen werden kann, brauchen die europäische Imperialisten also die WEU. Außerdem ist das Operationsgebiet für die WEU im Gegensatz zur NATO keinen territorialen Beschränkungen unterworfen.

Wie weit die europäischen "Sicherheits"interessen gehen, zeigen die

Beispiele aus dem Bericht, in denen Mitgliedsländer außerhalb der NATO militärisch tätig geworden sind. Zum Schutze ihrer Übersee-Territorien schickten Großbritannien und Frankreich Truppen zu den Malwinen bzw. nach Kanakry. Aufgrund eines Abkommens entsandte Frankreich Armee-Einheiten in den Tschad, wo sie südlich der libyschen Grenze zum Einsatz kamen. Schließlich unterhielten die Niederlande, Belgien und Italien im Rahmen der UN Militäreinheiten außerhalb Europas. Die WEU-Versammlung verlangt bei all diesen europäischen Interventionen eine bessere Koordination zwischen den WEU-Ländern, um dem kriegsführenden Mitglied eine bessere Unterstützung zu kommen zu lassen und um militärische Fehler zu vermeiden, wie sie Frankreich nach Auffassung des Berichter-

statters im Tschad beging. Als Instrument europäischer Kriegscoordination empfiehlt die Versammlung, in Krisenfällen den Artikel VIII des WEU-Vertrages anzuwenden. Danach kann ein Mitgliedsland das Zusammentreten des WEU-Rates, also der Außen- und Verteidigungsminister, erwirken, wenn der Frieden oder die Sicherheit gefährdet ist. Konkret sollten also zukünftige Operationen wenn nicht geplant so doch zumindest abgesprochen werden von den WEU-Außen- und Verteidigungsministern, damit alle "Gefahren, wo immer sie auf dem Erdball auftauchen," zur Anwendung gemeinsamer europäischer Maßnahmen führen können.

Neben den bekannten Gefahren aus den unterdrückten Ländern und den Ländern des Warschauer Paktes hat die Versammlung jetzt die Gefahr des "internationalen Terrorismus" entdeckt. Die Bekämpfung des Terrorismus soll nicht mehr nur Sache der jeweiligen Innenministerien sein. Die Versammlung erklärt ausdrücklich die WEU für zuständig, da der "internationale Terrorismus" eine militärische Bedrohung der westlichen Sicherheit darstelle. Damit werden Kriegsaktionen wie der US-Angriff auf Libyen zu direkten WEU-Aufgaben gemacht.

Unter dem Stichwort "Reaktivierung der WEU" ist auch über eine mögliche Erweiterung der WEU beraten worden. Die Versammlung ist aber der Meinung, daß die Gewinnung europäischer Schlagkraft Priorität hat gegenüber einer Vergrößerung der WEU. Insbesondere bei Dänemark und Griechenland sei Vorsicht geboten, weil sie sich z.B. anlässlich der EG-Erklärung vom 14. April gegenüber Syrien und Libyen gegen eine Verurteilung dieser Länder stellten. Bei Spanien und Portugal, das einen Aufnahmeantrag gestellt hat, soll die Sache wohlwollend geprüft werden.

Außerdem sprach sich die Ver-



Links: Britische Truppen im Malvinen-Krieg; rechts: Lufttransportgeschwader 61 der Bundeswehr im Äthiopieneinsatz. Über die WEU will die BRD auch an Militäraktionen beteiligt sein.

statters im Tschad beging. Als Instrument europäischer Kriegscoordination empfiehlt die Versammlung, in Krisenfällen den Artikel VIII des WEU-Vertrages anzuwenden. Danach kann ein Mitgliedsland das Zusammentreten des WEU-Rates, also der Außen- und Verteidigungsminister, erwirken, wenn der Frieden oder die Sicherheit gefährdet ist. Konkret sollten also zukünftige Operationen wenn nicht geplant so doch zumindest abgesprochen werden von den WEU-Außen- und Verteidigungsministern, damit alle "Gefahren, wo immer sie auf dem Erdball auftauchen," zur Anwendung gemeinsamer europäischer Maßnahmen führen können.

Neben den bekannten Gefahren aus den unterdrückten Ländern und den Ländern des Warschauer Paktes hat

sammlung für eine forcierte Aufrüstung der konventionellen Fähigkeiten aus im Rahmen der bestehenden Angriffsplanungen der NATO. Die europäische Rüstungskooperation, insbesondere im Weltraum- und Flugzeugbereich, soll intensiviert werden. Die WEU-Agentur für Rüstungskooperation erhielt den Auftrag, die Möglichkeiten eines europäischen Marktes für zivile und militärische Computer und eines europäischen Computernetzwerks zu prüfen. Schließlich soll Kanada mehr in das Eureka-Projekt und die europäische Weltraumforschung eingebunden werden.

Quellenhinweis: Dokumente und Protokolle der 32. Sitzung der Versammlung der WEU in Paris vom 2. - 5.6.86; Brüsseler Vertrag i.d. Fassung v. 23.10.84; FAZ, 6.6.86 - (jok, anw)

Dokumentiert

**Versammlung der
Westeuropäischen Union**
32. ordentliche Sitzung (Erster Teil)

Empfehlung

über Sicherheit und Terrorismus – die Bedeutung von Krisen in anderen Teilen der Welt für Europa

Die Versammlung,

- (i) Erwägend, daß Artikel VIII des geänderten Brüsseler Vertrages eine wesentliche Grundlage für die europäische Zusammenarbeit in außenpolitischen Angelegenheiten ist;
- (ii) Erwägend, daß in bestimmten Gebieten keine westliche Organisation in der Lage ist, den Platz des WEU-Rates bei der Anwendung dieses Artikels des Vertrages einzunehmen;
- (iii) Die Tatsache bedauernd, daß die sieben Regierungen noch keinen Gebrauch vom WEU-Rat gemacht haben, um die Angelegenheiten zu überprüfen, die eine Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Stabilität begründen;
- (iv) Erinnernd indessen an ihre Empfehlung 396 betreffend den Bündnismechanismus für den Umgang mit Entwicklungen außerhalb des NATO-Territoriums, und seine Überzeugung wiederholend, "daß im Falle solcher Entwicklungen, die die Verbündeten gemeinsam als direkt bedrohlich für die vitalen Interessen des Bündnisses erkennen, die schnelle Unterstützung aller Verbündeten innerhalb des Territoriums zur Verfügung stehen muß, um die Aufmärsche der Vereinigten Staaten außerhalb des Territoriums zu unterstützen";
- (v) Daran erinnernd, daß die Erklärung von Rom die Befürigung des WEU-Rates bekräftigt, eine aktive Rolle bei der Anwendung des Artikel VIII zu spielen;
- (vi) Daran erinnernd, daß die Beziehungen zwischen verschiedenen Mitgliedsländern und Ländern außerhalb Europas fortwährenden Meinungsaustausch zwischen den WEU-Ländern erfordern;
- (vii) Erwägend, daß die Fortsetzung des Krieges zwischen Iran und Irak eine ernste Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit ist;
- (viii) Erwägend, daß das Wiederausbrechen des internationalen Terrorismus ebenfalls eine ernste Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit ist und die westliche Gesellschaft ernstlich in Unordnung bringen könnte, wenn effektive Gegenmaßnahmen nicht ergriffen werden;
- (ix) Die Tatsache begrüßend, daß die internationale Gemeinschaft begonnen hat, die Herausforderung des Terrorismus anzunehmen, jedoch das Fehlen jeder bedeutenden Vereinbarung über die für diesen Zweck zu gebrauchenden Mittel und die Folgen dieser Uneinigkeit bedauernd, erwägend, wie notwendig es ist, über die zu gebrauchenden Mittel einig zu sein;
- (x) Bedauernd, daß keine effektiven koordinierten Maßnahmen, weder präventive noch repressive, gegen die terroristischen Aktionen vor der Aktion der Vereinigten Staaten gegen Libyen ergriffen wurden, erinnernd, daß die Mitglieder der Versammlung politischen und diplomatischen Kanälen zur Lösung des Problems des internationalen Terrorismus den Vorzug geben, während sie keine anderen geeigneten Maßnahmen ausschließt, wenn es sich als unmöglich erweist, durch Verhandlungen zum Erfolg zu kommen;
- (xi) Als einen bescheidenen Schritt vorwärts begrüßend

die Ziele, die von den Zwölf am 27. Januar und am 14. und 22. April 1986 bekanntgegeben wurden, und die entschlossenen diplomatischen und juristischen Maßnahmen, die auf dem Gipfel von Tokio am 5. Mai 1986 vereinbart wurden;

- (xii) Erwägend, daß nur die Koordination von Maßnahmen, die von den fraglichen Staaten ergriffen werden, der Situation, die durch den internationalen Terrorismus hervorgebracht wurde, begegnen kann;
- (xiii) Daran erinnernd, daß diese Koordination umso mehr notwendig ist, nachdem Libyen zwei Raketen auf die Insel Lampedusa abgeschossen hat, was einen wahren Kriegsakt gegen ein Mitgliedsland der WEU darstellt,

empfiehlt, daß der Rat

I. 1. Den Artikel VIII des abgeänderten Brüsseler Vertrages effektiv anwendet, wie er es bei der Übernahme des Paragraphen 8 der Erklärung von Rom im Oktober 1984 plante und, im besonderen, jedesmal zusammentritt, wenn Krisen außerhalb des Gebietes des Nordatlantikpaktes ein solches Handeln verlangen, und wenn immer Beratungen unter den Zwölf ungewöhnlich erscheinen, der Situation zu begegnen;

2. Die Entwicklungen im Krieg zwischen Irak und Iran aufmerksam verfolgt und:

(a) sich für die Rückkehr zu einem gerechten dauerhaften Frieden einsetzt;

(b) jede Verletzung des Kriegsvölkerrechts von beiden Seiten aufs schärfste öffentlich anprangert;

(c) die Handlungen der Mitgliedsländer vereinigt, um jeder Ausweitung des Krieges vorzubeugen und die Sicherheit der Schifffahrt im Golf zu gewährleisten;

3. Bekräftigt, daß die Entwicklung des internationalen Terrorismus die Anwendung des Artikels VIII des abgeänderten Brüsseler Vertrages ins Spiel bringt und, in diesem Zusammenhang:

(a) internationale Beratungen für Antiterroristen-Aktionen betreibt und effektiv daran teilnimmt;

(b) systematisch die in den Zwölf-Mächte-Erklärungen vom 27. Januar und vom 14. und 22. April 1986 aufgeführten Entscheidungen anwendet;

(c) eine Charta abfaßt, welche die Prinzipien darlegt, denen ihre Unterzeichner sich verpflichten würden, im Falle terroristischer Aktion zu folgen;

(d) die präventiven und repressiven Maßnahmen koordiniert, welche Mitgliedsstaaten genötigt sind, wegen der Entwicklung terroristischer Operationen zu ergreifen;

(e) die von Mitgliedsländern ergriffenen Maßnahmen vereinigt, wie die effektive Abschreckung jedes Landes von der Gewährung von Unterstützung und Ermutigung für Organisationen, die Terrorismus ausüben;

(f) eine Vereinbarung sucht zwischen Mitgliedsländern, daß ihre Gerichte sich nicht mit der Begründung, daß der Akt (oder die Akte) des Terrorismus aus politischen Gründen ausgeführt wurde, weigern werden, Auslieferungsanträgen für überführte Terroristen zuzustimmen.

II. Für dieses Zwecke billigt die Versammlung den Aufruf zum Handeln, den ihr Präsident an den Rat richtete, und empfiehlt, daß der Rat die entsprechenden WEU-Agenturen anhält, ohne Verzögerung über die verschiedenen Aspekte der Bedrohung zu berichten, die der internationale Terrorismus für das westliche Verteidigungssystem, Individuen und die öffentlichen Freiheiten darstellt, und die Maßnahmen festlegt, die die Mitgliedsländer ergreifen sollten, um dem Terrorismus effektiv entgegenzutreten.

Südafrika/Azania

10. Jahrestag des Soweto-Aufstandes – Imperialisten gegen Boykott und Sanktionen

Ausnahmezustand heißt Verhängung des Kriegsrechts

Am 12.6., vier Tage vor dem 10. Jahrestag der Aufstandsbewegung von Soweto, verhängte das Rassistenregime in Pretoria erneut den Ausnahmezustand. Botha begründete in einer Fernsehansprache diesen Schritt als Schutz gegen erwartete "terroristische" Gewaltaktionen des ANC zum Jahrestag von Soweto; ein Geheimdokument der SACP (South Africa Communist Party), die bekanntlich die Führung im ANC innehaben, gäbe darüber Aufschluß. "Schwarze Revolutionäre erfreuen sich nicht spontaner Unterstützung von Seiten der Schwarzen und deshalb müssen sie zu gewalttätigen Methoden greifen." (The Wallstreet Journal, 13.6.) Die Panikmache der Regierung bewirkte einen Ansturm der weißen Bevölkerung auf die Waffengeschäfte des Landes. Der Ausnahmezustand, der diesmal landesweit verhängt worden ist, kam nicht ganz unerwartet. Seit der offiziellen Aufhebung des acht Monate dauernden letzten Ausnahmezustandes am 7.3.86 gab es täglich Übergriffe der südafrikanischen Polizei und der Sicherheitskräfte, die mit Unterstützung rechter Gruppen die Schwarzen in den townships terrorisierten. Der Hauptgrund für die erneute Ausrufung des Ausnahmezustandes wird darin gesehen, daß die Führung der organisierten Widerstandsbewegung getroffen werden sollte. Trotz Untertauchens von Hunderten von Aktivisten gelang dem Rassistenregime noch am 12.6. die Inhaftierung führender Bürgerrechtskämpfer, Apartheid-Gegner und Gewerkschafter aus einer Vielzahl von Organisationen, die den 10. Jahrestag von Soweto vorbereiteten. In Pretoria, Johannesburg und Durban stürmte und durchsuchte die Polizei auch kirchliche Gebäude, in denen Oppositionsorganisationen Büros unterhielten. Inzwischen sollen über 3000 Aktivisten inhaftiert sein, darunter der Präsident von AZAPO, Saths Cooper. Hinzu kommt, daß Botha zwei Ergänzungen der ohnehin bereits rigorosen Sicherheitsgesetzgebung durch das Parlament in Kapstadt zu bringen suchte, was jedoch an der Weigerung der indischen und farbigen Abgeordneten scheiterte: Die Verfügung, wonach der Minister für "Ruhe und Ordnung" Personen bis zu 180 Tagen in Polizeigehwahrsam setzen und Teile des Landes zu Unruhegebieten erklären kann, bedarf jedoch nur seiner Unterschrift. Straßensperren der Polizei und der Sicherheitskräfte blockieren die Zufahrtsstraßen der Townships, Armeekolonnen sind

überall präsent. Die Financial Times berichtet von sieben getöteten Schwarzen pro Tag, eine Verdopplung der Todesrate seit 12.6.

Zu den Ausnahmeverfügungen gehören rigorose Presserestriktionen, die noch einschneidender sind als die Bestimmungen vom letzten Jahr. Ab sofort dürfen keine "subversiven oder demoralisierenden Äußerungen oder Ausschreitungen" fotografiert, zitiert oder gefilmt werden. Jeder Verstoß gegen diese Reglementation wird mit Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren und/oder einer Geldstrafe bis zu umgerechnet 17 000 DM geahndet.

Landesweite organisierte Arbeitsniederlegung

Im Vorfeld des 16.6. waren politische Aktivitäten jeder Art verboten worden. Erlaubt wurden nur Gottesdienste. Friedensnobelpreisträger Tutu, der am 13.6. überraschend von Botha empfangen worden war (beide stimmten überein, "Südafrikaner, Antikommunisten und Christen" zu sein, Times, 14.6.), hielt unbekleidet den Gottesdienst in einer Kirche in Johan-

ausländische Unternehmen erklärten den Montag zum bezahlten Ferientag oder verzichteten auf Strafmaßnahmen gegen Streikende. Alle Schulen des Landes blieben geschlossen.

Seit dem 18.6. unterbrechen Hunderte von Schwarzen in den Supermärkten von Johannesburg ihre Arbeit, um gegen die Verhaftungen zu protestieren. Eine bekannte Managergruppe sandte eine Protestnote an den Minister für Law and Order: Allzuvielen Gewerkschaftsführer seien eingesperrt, es fehlten die für die Verhandlungen mit dem weißen Management notwendigen schwarzen Funktionäre.

Commonwealth und UNO-Konferenz verurteilen Westmächte

Ebenfalls am 12.6. erfolgte die Veröffentlichung des Berichtes der Commonwealth-Kommission über Südafrika. Die Kommission war im Oktober 1985 mit dem Auftrag gebildet worden, "praktikable Wege für die Evolution eines Dialoges mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika" zu finden. Der Bericht kommt zu einem vernichtenden Urteil über die Apartheid; der Regierung wird der Wille zu grundlegenden Reformen abgesprochen. Die Kommission läßt keinen Zweifel daran, daß Sanktionen notwendig sind, um die südafrikanische



Ein Jahr nach dem Soweto-Aufstand – Trauerfeier für die von dem Rassistenregime Ermordeten

nesburg. 90% aller Schwarzen folgten dem Aufruf der Organisationen AZAPO, UDF, CUSA, COSATU und anderer und blieben am 16.6. der Arbeit fern. Im Vergleich zu 1976 zeigt die landesweite Befolzung der Arbeitsniederlegung eine neue politische Qualität. Die Pendlerzüge und Busse trafen völlig leer in Kapstadt, Durban und anderen Städten ein. Das Busunternehmen Putco, das täglich 670 000 schwarze Arbeiter befördert, stellte seinen Betrieb ein. Zahlreiche

sche Regierung zur Demontage der Apartheid zu zwingen. Im anderen Fall werde sich die Frustration der Jugend so steigern, daß es "zu einem Guerillakrieg wie in Asien" kommen werde. In diesem Fall würde die gesamte wirtschaftliche Struktur des Landes zerstört (Handelsblatt, 20.6.).

Offensichtlich richtet sich dieser Bericht direkt an Frau Thatcher, die sich bisher der Verhängung von Sanktionen mit der Begründung widersetzt, erstens, derartige Maßnahmen

seien noch in keinem Fall erfolgreich gewesen (siehe Rhodesien). Zweitens würden in Südafrika die Schwarzen härter als die Weißen getroffen, und drittens würden in Großbritannien mehr als 100 000 Arbeitsplätze gefährdet. Die Entscheidung über weitgehende Maßnahmen soll auf einer Gipfelkonferenz des Commonwealth am 2. bis 5. August in London fallen.

Der Premierminister Australiens legte Großbritannien "in seinem eigenen Interesse" Sanktionen nahe; Präsident Kaunda von Sambia drohte mit dem Austritt aus dem Commonwealth, falls keine entscheidenden Maßnahmen gegen Südafrika in London zustande kämen; Kanada hat eine Reihe abgestufter Sanktionen gegen Südafrika bekanntgegeben, u.a. einen Importboykott südafrikanischer Produkte; auf der OAU-Konferenz im Juli will Robert Mugabe den Aufbau einer panafrikanischen Kampftruppe gegen Südafrika vorschlagen.

Auf der fünftägigen "Weltkonferenz über Sanktionen gegen das rassistische Südafrika" in Paris hat Oliver Tambo (ANC) die Bundesregierung und andere westliche Regierungen wegen ihrer Ablehnung von Sanktionen scharf angegriffen. Bezeichnenderweise blieben BRD, Großbritannien und USA der Konferenz fern; Frankreich und Japan nahmen als Beobachter teil. In seiner Eigenschaft als gegenwärtiger Vorsitzender der OAU verlangte der senegalesische Präsident Abdou Diouf die sofortige Verhängung obligatorischer und umfassender Wirtschaftssanktionen, ferner rief er zu einem Hilfsprogramm für die "Frontstaaten" sowie für den ANC, PAC und SWAPO auf.

Als Vorsitzender der Blockfreien verlangte R. Gandhi gleichfalls obligatorische Sanktionen. Er nannte den kleinen Reformversuch Pretorias ein "diabolisches Machwerk" und forderte die totale Zerstörung der Apartheid.

EG: Kein Verzicht auf Handelspartner Südafrika

Aufgrund des anhaltenden westdeutschen und britischen Widerstandes gegen Sanktionen hat die EG konkrete Maßnahmen auf den Den Haager Gipfel Ende Juni verschoben. Es ist damit zu rechnen, daß keine einschneidenden Sanktionen und Boykottmaßnahmen beschlossen werden; jedes Mitgliedsland der EG unterhält Handelsbeziehungen zu Südafrika. Weitreichende Sanktionsbeschlüsse sind bisher nur von Irland und Dänemark gefaßt worden. Die Niederlande, die seit 25 Jahren die Apartheid verbal verurteilt, wünscht keine durchgreifenden Sanktionen, hauptsächlich wegen des starken Engagement des Royal Dutch-Shell-Konzerns und der Bedeutung des Hafens von Rotterdam für den Rohöllexport nach Südafrika.

Belgiens Unternehmen haben über Zaire traditionelle Beziehungen zu Südafrika. Der Diamantenmarkt von Antwerpen ist Hauptumschlagsplatz für De Beers Diamanten. Portugal und Griechenland fürchten einen Exodus der Europäer aus Südafrika; 700 000 Portugiesen und 130 000 Griechen würden bei einer Rückkehr die Länder "belasten". Einem Vorschlag der BRD, Großbritanniens und Frankreichs von wenig wirkungsvollen Maßnahmen wird sich die Mehrzahl der übrigen EG-Staaten nicht widersetzen.

USA und BRD: kein Verzicht auf das Bollwerk Südafrika

Die USA haben sich vorerst geschickt aus der Affäre gezogen. Am 19.6. wurden im Kongreß die bisher schärfsten Sanktionsforderungen erhoben. Das Repräsentantenhaus verlangte ohne Gegenstimmen den Abbruch aller Wirtschaftsbeziehungen: ein umfassendes Handelsembargo sowie Rückzug sämtlicher US-Unternehmen. Bekanntlich wird der Senat diesen weitreichenden Maßnahmen nicht zustimmen, das Veto Reagans ist ebenfalls sicher. Bezeichnenderweise verhinderten am selben Tag die USA im Verein mit Großbritannien durch ein Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution für begrenzte Wirtschaftssanktionen.

Während die größten Minenhäuser wie Anglo-American Corp. und Gold Fields aufgrund anhaltender "Traumergebnisse" im Bergbau ihr Investitionsprogramm mit Tempo weiter ausbauen, wächst die Sorge der Imperialisten um die weitere politische Entwicklung im Land. Harry S. Oppenheimer, ehemaliger Vorsitzender der Anglo-American und der De Beers Consolidated, nennt als Ursachen für die "Gewalttätigkeit unter den städtischen Schwarzen" unerfüllte Hoffnungen, wirtschaftliche Rezession und Arbeitslosigkeit". Sanktionen und Boykotts erscheinen ihm zur Beruhigung der Lage denkbar ungeeignet. Die von Oppenheimer vorgeschlagene Marschroute lautet: Abbau der Restriktionen des Arbeitsmarktes für Schwarze, Aufbau eines föderativen politischen Systems entlang von Gruppenrechten im "multirassischen" Staatsgebiet, Staatsbürgerschaft für alle bei Sicherung der "Minderheitenrechte" der Weißen.

Der Kurs Oppenheimers, den Genscher implizit teilt und dem auch F.J. Strauß folgen könnte, scheint für die Bundesregierung konsensfähig. Am 19.6. setzten sich die Koalitionsfraktionen gegen Sanktionsforderungen der SPD und der Grünen mit ihrer Entschließung durch, den Dialog fortzusetzen, "mit sämtlichen politisch relevanten Kräften in Südafrika, von der Regierung und der sie tragenden nationalen Partei über die weiße parlamentarische Opposition bis zu den



Elende Wohnverhältnisse für die jugendlichen Farmarbeiter auf einer Farm der Weißen in Südafrika – Genscher: "Den Schwarzen in Südafrika geht es besser als sonstwo in Afrika"

Kirchen, den Gewerkschaften und den authentischen Führern der schwarzen Mehrheit". Genscher formulierte das allgemeine Unbehagen: Der Kommunismus habe nur dann eine Chance, wenn aus den Rassenunruhen Rassenkrieg werde.

Quellenhinweis: Europa-Archiv, Handelsblatt, Financial Times, FAZ, FR, NZZ, Times, Herald Tribune, TAZ, versch. Ausg. – (and)

Namibia

Befreiungsorganisationen schließen Bündnis

Repräsentanten von 16 verschiedenen politischen Gruppen, Kirchen und Organisationen haben Ende April ein Treffen in Ai-Gams (das ist der Namens-Nam für Windhoek) durchgeführt, um zu beraten, wie sie gemeinsam gegen die fortdauernde Besetzung Namibias durch Südafrika vorgehen können. Sie beschlossen einstimmig eine Erklärung, in der sie das Recht des namibischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und die Einhaltung der Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrates der UN fordern, die allgemeine Wahlen unter internationaler Kontrolle vorsieht. Die Vertreter verpflichteten sich, "die namibische Bevölkerung zu mobilisieren und problembewußt zu machen, damit sie sich dem Status quo widersetzt; eine Kampagne konstruktiver Schritte durchzuführen, die auf die unverzügliche und bedingungslose Durchführung der Resolution 435 abzielt; auf die Beisetzung der sogenannten Übergangsregierung und die Einstellung einer international anerkannten und demokratisch gewählten Regierung hinzuarbeiten, die das namibische Volk wahrhaft vertritt; die Kampagne ge-

gen die Zwangseinziehung zum Militärdienst fortzusetzen". Um für diese Ziele besser gemeinsam vorgehen zu können, richteten die Organisationen einen Ausschuß ein, der ihre Tätigkeiten koordinieren soll. Die Erklärung von Ai-Gams unterzeichneten sieben Parteien und Befreiungsorganisationen der politischen Opposition, darunter die SWAPO, die SWANU, der Damara-Rat und der Mbanderu-Rat, außerdem die Nationale Studentenorganisation Namibias, die Stimme der Frauen Namibias sowie alle dem Namibischen Rat der Kirchen angehörenden christlichen Kirchen und Verbände.

Die Zusammenkunft richtete sich vor allem gegen das Vorhaben der Regierung Botha, die im letzten Jahr eingesetzte "Übergangsregierung" im August dieses Jahres zur offiziellen Regierung Namibias zu deklarieren. Die "Übergangsregierung" unterstützt die Bemühungen Südafrikas, durch Zwangskreutierungen unter der namibischen Jugend die "Südwestafrikanischen Gebietsstreitkräfte" zu schaffen, die sie als Grundstein einer "namibischen" Armee bezeichnet, die aber tatsächlich unter südafrikanischem Oberkommando steht. Daß sich alle Oppositionsparteien auf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Aufbau dieser Truppe geeinigt haben, ist ein bedeutender Fortschritt.

Obwohl die Übergangsregierung kurz vor dem Treffen ein Verbot aller politischen Versammlungen verhängt hat, das bis zum August gelten soll, konnte das Treffen stattfinden.

Quellenhinweis: SWAPO-Informationsbulletin, Mai 1986, Nr. 19; Namibia vom 9.5.86 – (uld)

USA-Telefonarbeiterstreik Beide Seiten loben den Abschluß

Nach 17 Tagen Streik der 155000 Telefonarbeiter von AT&T (American Telephone and Telegraph) sind die Tarifverhandlungen zu einem abstimungsfähigen Tarifvertrag für die nächsten drei Jahre gekommen. Die Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder soll bis Ende Juni eingeholt sein. Der Streik wird jedoch bis zur Abstimmungentscheidung aufrechterhalten. Die Führung der Gewerkschaft CWA (Communication Workers of America) lobt ihre Standhaftigkeit, keinen Konzessionen zugestimmt zu haben. Die AT&T-Kapitalisten werden in der Wirtschaftspresse gelobt für Konzessionen, die sie durchgesetzt haben.

AT&T hat die Erhöhung der Löhne und Sozialleistungen auf 10,2% über drei Jahre festgeschrieben können. Das hatten die Kapitalisten am Tag vor Streikbeginn angeboten. Kosten wird

sie das 745 Mio. Dollar (AT&T-Gewinne 1985: 1,156 Mrd. Dollar, im ersten Vierteljahr 1986: 550 Mio. Dollar). AT&T hat die Streichung des automatischen Inflationsausgleichs und von Akkordprämien durchgesetzt. Für Techniker wird es drei statt einer Lohngruppe geben. In der untersten Gruppe erhalten sie 40% weniger Lohn. Etwa 3000 Techniker sollen nun pro forma entlassen werden; sie können sich zu dem niedrigeren Lohn wieder einstellen lassen.

Die Gewerkschaftsführung stellt als positiv in den Mittelpunkt einen Dreijahresplan zur Sicherung der Arbeitsplätze. 1985 hat AT&T 24000 Beschäftigte entlassen, und weitere Rationalisierung steht bevor. Nach dem Plan werden 21 Mio. Dollar in einen Fonds eingezahlt, der paritätisch mit AT&T- und Gewerkschaftsvertretern besetzt ist. Arbeiter erhalten aus diesem Fonds Mittel für eine einjährige Umschulung. Bei Besetzung einer Stelle kommen sie in die erste Wahl. Die Gewerkschaft soll rechtzeitig über Rationalisierungs- und Entlassungsmaßnahmen informiert werden und darf die Einstellungspolitik überprüfen.

In der US-Tarifpolitik ist das nach der Automobilindustrie der zweite Industriebereich, in dem eine Abmachung zur Sicherung der Arbeitsplätze getroffen wird – auf Kosten des Lohnniveaus –, in der die Gewerkschaft ein Mitspracherecht hat. Die Kapitalisten hoffen nun, daß in sieben weiteren regionalen Telefon-Firmen mit insgesamt etwa 350000 Beschäftigten dieser Tarifvertrag ebenfalls durchgesetzt werden kann. Es handelt sich dabei um die Nachfolger der Bell Telephone Co., die der AT&T-Konzern aufgrund höchstrichterlichen Urteils aufteilen mußte (AT&T behielt den Ferngesprächsbereich).

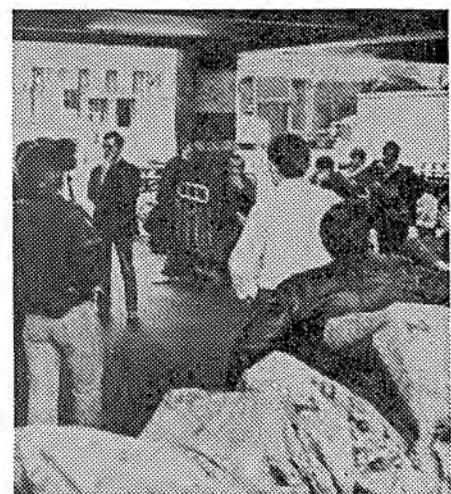
Wirtschaftsexperten sehen die Zugeständnisse der AT&T-Kapitalisten als minimal an. Z.B. hatte AT&T bislang schon ein Umschulungsprogramm. Neu ist die Mitsprache der Gewerkschaft nach "europäischem" Muster. Sie rechnen vor, daß AT&T mit diesem Abschluß und einer durchschnittlichen Steigerung der Produktivität von derzeit 5% pro Jahr in der Lage sein wird, über die nächsten drei Jahre die Lohnkosten erheblich zu drücken. Sie fragen allerdings gleich, ob das Erreichte genug sei, um AT&T gegen die Konkurrenz in den USA im überregionalen Telefongeschäft und im Anlagenbau, die nicht gewerkschaftlich organisiert ist, sowie gegen die Japaner zu feiern. Die heftige Konkurrenz im Ferngesprächsgeschäft ist eine Folge der von der Reagan-Regierung betriebenen Aufhebung der staatlichen Regulierung des Nachrichtensektors.

Quellenhinweis: Business Week, 30.6.1986; New York Times, 18.6.1986; AFL-CIO-News, 7.6.1986 – (her)

Frankreich

Streiks im öffentlichen Dienst

In den letzten beiden Wochen haben die französischen Gewerkschaften zu einer Reihe von 24-Stunden-Streiks und Demonstrationen aufgerufen, um gegen diverse Pläne der konservativen Chirac-Regierung gegen die Beschäftigten zu protestieren. Am 11.6. fand der Streik bei der RATP (Pariser Metro- und Busbetriebe) statt, zu dem – bis auf eine – alle dort vertretenen Gewerkschaften gemeinsam aufgerufen hatten, zum erstenmal seit 1977. Der Streik wurde einheitlich befolgt, nur 5% des normalen Verkehrs war zu verzeichnen. Der Protest richtete sich gegen die



Fernsehjournalisten streiken gegen Privatisierung von TF 1.

Einsparungspläne der Regierung, d.h. die Abschaffung von 200 Arbeitsplätzen, Einsparungen im Budget von 280 Mio. FF, außerdem wurde die Aufhebung des Lohnstopps gefordert. Für Unruhe hatte vorher schon die Absetzung des RATP-Präsidenten Quin gesorgt, der Mitglied der Parti Communiste ist und die Einsparungspläne der Regierung nicht tragen wollte. Da der Streik vom 11.6. vorher bekannt war, wurde in den Medien dagegen gehetzt mit Warnungen, daß Paris in einem Verkehrschaos versinken würde; über Fernsehen und Radio wurde die Bevölkerung dazu aufgefordert, einen Tag Urlaub zu nehmen und zu Hause zu bleiben. Tatsächlich sind auch viele zu Hause geblieben. Die Medien konnten nicht leugnen, daß der Streik zu 90 bis 100% befolgt wurde.

Die Streikaktionen wurden am 12.6. bei der SNCF (Eisenbahn) und der EDF (Elektrizitätsgesellschaft) fortgesetzt, um auch hier gegen Personalreduzierung und Lohnstopf zu protestieren. Ein weiterer Schwerpunkttag war der 17.6. Unter dem Aufruf der Gewerkschaften CGT, CFDT und

FO nahmen in Paris viele tausend Beamte (20 000 nach Angaben der Veranstalter, 5 000 nach Angaben der Polizei) an einer Demonstration "gegen Sozialabbau, für einen echten öffentlichen Dienst" teil. Arbeitsniederlegungen gab es vor allem im Bereich der Post, bei den Finanzämtern sowie bei einigen wichtigen staatlichen Werften (La Seyne, La Ciotat, Dunkerque).

Von seiten der Regierung wurde nicht mit der – auch bei uns üblichen – Hetze gegen Streiks im öffentlichen Dienst gespart, in dem doch die sichersten Arbeitsplätze zu finden seien, außerdem sei die Bevölkerung der Leidtragende bei Streiks etc. Gemeinsam richteten sich die Streiks gegen den für 1986 angeordneten Lohnstopp im öffentlichen Dienst sowie gegen den bereits vollzogenen massiven Personalabbau (10 000 1985/86) und gegen Pläne einer weiteren drastischen Reduzierung des Personals 1987. Für den Bereich der Post sind darüber hinaus verschiedene Privatisierungsmaßnahmen geplant, die die Auflösung des Post- und Kommunikationsmonopols des Staates bedeuten würden. Dies veranlaßte die rechts-sozialdemokratische FO sogleich, die Forderung nach der Erhaltung des öffentlichen Dienstes noch vor Lohnforderungen zu setzen.

Teil der großen Privatisierungskampagne sind die Pläne der Privatisierung des Staatssenders "TF 1", gegen die die Fernsehangestellten am 20.6. streikten. Allgemein werden die Streiks als Auftakt gesehen für weitere Aktionen gegen die Regierung im Herbst. Dabei stellen die Gewerkschaften nicht immer einheitliche Forderungen auf, ihre Bereitschaft, mit Regierung oder Kapitalisten zu einer Verständigung zu kommen, ist je nach politischem Standpunkt unterschiedlich ausgeprägt.

Quellenhinweis: verschiedene Ausgaben Le Monde, Le Figaro, Les Echos, La Tribune. – (sur)

Philippinen

Kündigt die Aquino-Regierung die US-Basen?

1991 laufen die noch von der Marcos-Diktatur mit den USA geschlossenen Verträge über die US-Marinebasis Subic Bay und den US-Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base, beide nahe der Hauptstadt Manila gelegen, ab. Die beiden Stützpunkte sind die größten US-Stützpunkte im Pazifik und nach Auffassung des Pentagon unerlässlich für die Kontrolle der Region; Alternativen dazu gebe es nicht.

Noch vor einem Jahr war die jetzige philippinische Präsidentin Aquino als entschiedene Gegnerin von US-Stütz-

punkten aufgetreten und hatte die Räumung der Stützpunkte bis spätestens 1991 gefordert. Sie konnte sich dabei auf die breite Bewegung gegen die US-Basen beziehen, die politisch von der KP der Philippinen bis zu liberalen Bürgerrechtsgruppen und kirchlichen Gruppen reicht und deren Forderungen allgemeine Unterstützung finden. Schließlich sind die US-Basen handfester Ausdruck der fortgesetzten kolonialen Beherrschung durch die USA. Im Verlauf des Präsidentschaftswahlkampfs dagegen hatte Frau Aquino ihren Standpunkt revisiert und davon gesprochen, daß nach 1991 "die Optionen offen" seien. Verschiedene Ereignisse der letzten Monate haben jedoch bewirkt, daß die Diskussion über die US-Stützpunkte zugenommen hat. Die philippinische Regierung ist gezwungen, nach ersten vieldeutigen Erklärungen über ihre "blockfreie" Außenpolitik ihre außenpolitischen Ziele zu präzisieren. Dazu gehört u.a. die Frage der mit Atomwaffen bestückten US-Stützpunkte, zumal in der pazifischen Region eine Front für eine kernwaffenfreie Zone im Entstehen ist. Die Regierung Aqui-

no ist offenbar über die Zukunft der US-Stützpunkte zerstritten. Einige Regierungsmitglieder, so die vom Marcos-Regime übernommenen und als US-Proteges geltenden Militärs Enrile und Ramos, verlangen eindeutige Zusagen für eine Verlängerung der Verträge. Andere wie der Vorsitzende des Präsidialausschusses für Menschenrechte, Diokno, fordern die umgehende Kündigung der Verträge.

Zweitens hat Frau Aquino eine Verfassungskommission berufen, die ihre Arbeit in einigen Wochen abgeschlossen haben soll und die u.a. die Aufnahme einer Klausel über eine "kernwaffenfreie Zone" oder generell des Verbots ausländischer Militärstützpunkte berät. Schließlich ist vor wenigen Wochen der größte Streik der philippinischen Zivilbeschäftigte auf den US-Basen zu Ende gegangen. Dieser Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen hat auch den Forderungen nach Kündigung der Stützpunkte Auftrieb gegeben.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Liberation, Zeitschrift der NDF, div. Ausgaben – (wom)

Brasilien

Das "Proalcool-Programm" für den Profit der Zucker- und Automobilindustrie

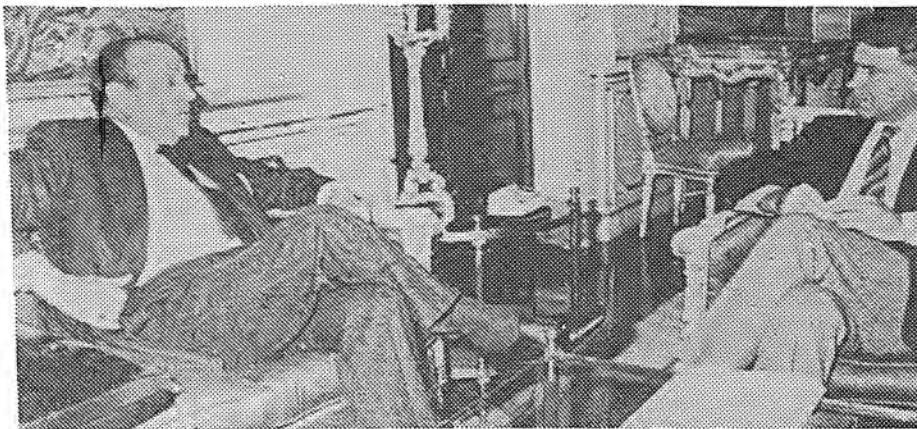
Die Regierung Sarney hat Teilpläne des "Proálcool-Programms", die Gewinnung von Alkohol aus Zuckerröhr und seine Verwendung als Benzinersatz, vorläufig gestoppt. Dennoch sollen 1986 weitere staatliche Zuschüsse in Höhe von umgerechnet 700 Mio. US-\$ an die Zucker- und Automobilindustrie, an Speditions- und Taxiunternehmen und an Käufer von Alkoholfahrzeugen aus den besitzenden und den Mittelschichten

fließen.

Die Kritik am Alkohol-Programm und seinen Folgen hat in den letzten Jahren zugenommen und gewinnt an Breite. Gewerkschaften, insbesondere die Landarbeitergewerkschaft, linke Parteien, die Ökologiebewegung und auch Teile des nicht geförderten nationalen Kapitals haben ihre Kritik verschärft. Noch vor Jahren unter der Militärregierung galt die Kritik als Verstoß gegen Gesetze zur "Natio-



Der "gute Stern", beim "Proálcool-Programm" führend und staatlich gut subventioniert, auf einer Zuckerröhrplantage



Die spanische Regierungspartei PSOE hat ihre absolute Mehrheit bei den kurzfristig angesetzten Wahlen trotz zunehmender Opposition gegen den sozialdemokratischen Kurs der "Modernisierung Spaniens" und gegen seine Kosten für die Werktätigen bei einem Verlust von 1,5 Mio. Stimmen mit 184 Parlamentssitzen knapp behaupten können. Zweitstärkste Partei ist das Parteienbündnis "Volkskoalition" des ehemaligen Franco-Ministers Fraga. Das "demokratisch-soziale Zentrum" des früheren Ministerpräsidenten Soares wird 19 Parlamentssitze gegenüber zwei der bisherigen Soares-Gruppierung UCD erhalten. Die Liste der "Vereinigten Linken" erhielt knapp unter fünf Prozent. (Bild: links: Fraga, rechts: Gonzales) – (chc)

Italien: Urabstimmung über Tarifforderungen

Bei der ersten Urabstimmung in der italienischen Metallindustrie nach dem Krieg haben Anfang Juni 77,6% für die Forderungsplattform der Gewerkschaften gestimmt. 79,3% der Beschäftigten haben an der Abstimmung teilgenommen. Die Gewerkschaften hatten zur Urabstimmung aufgerufen, weil die Kapitalisten ihr Vertretungsrecht in Zweifel zogen, zugleich wohl auch, um der innergewerkschaftlichen Opposition gegen die überaus maßvollen Forderungen zu begegnen. Gefordert werden jetzt u.a. für die dreijährige Laufzeit 110000 Lire (160 DM) mehr auf den Ecklohn (für die oberen Lohngruppen

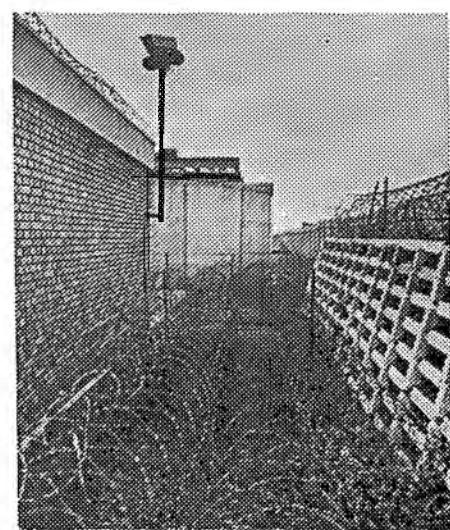
soll es überproportionale Erhöhungen geben) und eine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Wochenstunden. – (ulg)

Frankreich will Ausländerrecht verschärfen

Die französische Regierung hat einen Gesetzentwurf verabschiedet und dem Parlament vorgelegt, der eine Verschärfung von Aufenthalts- und Einreisebestimmungen für Ausländer vorsieht. Nicht mehr die Justizbehörden, sondern Polizei und Verwaltung sollen entscheiden, wer ausgewiesen wird. Einreisen darf nur, wer nachweisen kann, daß er "Mittel für seine Existenz" besitzt. Wer "eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung" darstellt, kann nun leichter ausgewiesen werden. – (sur)

Murdoch will Gewerkschaftsgelder

Der britische Pressekapitalist Rupert Murdoch versucht erneut, Gewerkschaftskonten beschlagnahmen zu lassen. Auf die Ablehnung seines "letzten Angebots" von 50 Mio. Pfund Abfindung für 5700 Entlassene und Überlassung der alten Druckerei in der Londoner Innenstadt reagierte Murdoch mit Anträgen auf Beschlagnahmung des Gewerkschaftsvermögens der SOGAT und der NGA, weil diese weiterhin zu Streikposten vor der neuen Druckerei im Londoner Stadtteil Wapping aufrufen. Murdoch wird nervös, nach fast sechs Monaten Streik bricht die Moral unter den Beschäftigten in seiner "Festung" (Bild) zusammen. Selbst die Journalisten der "Sun", die der Bild-



zeitung ähneln, stimmten für Streik; nur mit 10% Lohnerhöhung konnte Murdoch das vermeiden. Weiterhin erleidet Murdoch hohe Produktions- und Auslieferungsverluste. – (hef)

len Sicherheit", als dessen Bestandteil dieses Programm ausgegeben wurde. Die westliche Presse feierte jahrelang die angeblichen Erfolge, ist inzwischen aber merklich kleinerlauter wie auch bei anderen brasilianischen Großprojekten, derer Zustandekommen ohne die Imperialisten undenkbar gewesen wäre.

Bereits in den 70er Jahren wurden in Brasilien in Zeiten sinkender Zuckerpreise auf dem Weltmarkt und steigender Erdölpreise auf dem Benzin bis zu 20% Alkohol, aus Zuckerrohr gewonnen, beigemischt. Die Allianz von den Großagrariern und der ausländischen Automobilindustrie setzte in den 70er Jahren das gigantische "Proálcool-Programm" durch. Bevor 1975 die damalige Militärregierung die gesetzliche Weichenstellung vornahm, mußte der Widerstand anderer Teile der besitzenden Klassen in Brasilien gebrochen werden, z.B. des mächtigen staatlichen Erdölkonzerns

Petrobras, dessen Führung um ihre Pfründe fürchtete, die aber angesichts sinkender Zuckerpreise, steigender Erdölpreise und rückläufiger Automobilproduktion schließlich auf das Alkohol-Auto aufsprang. Mit der Subventionierung von Fusionen, Betriebsübernahmen, Einsatz von Maschinerie, Rationalisierungen schafft die Militärregierung bereits ab 1971 wesentliche Voraussetzungen für die spätere Expansion der Zucker- und Alkoholindustrie und die Verwandlung der Zuckerrohrpflanzer in Industriekapitalisten. Die staatlich geschützte Vertreibung von Kleinbauern und Pächtern von den besten Böden findet hier ihren massenhaften Anfang. Die Fläche für den Anbau von notwendigen Grundnahrungsmitteln schmilzt ständig. Das Heer der Vertriebenen und Hungernden sammelt sich in den Slums der großen Städte und steht als Reservearmee bereit. Auf bald 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche

lassen zumeist Großagrarier fast 70000 Saisonarbeiter zu Niedriglöhnen Zuckerrohr schlagen. Die Produktivität ist trotz übelster Anstrengung niedrig, nicht einmal ein Drittel der von Kuba.

Umgerechnet achtseinhalb Mrd. US-\$ haben die Regierungen seither für das Programm ausgegeben. In einer ersten Etappe bis etwa 1979 schrieb das Regierung die Beimischung von 20% Alkohol zum Benzin vor. Die Zuckerbarone bekamen das Geld nachgeschmissen – mit Krediten zu 25 Prozent Zinsen bei einer Inflation von jährlich 100 Prozent wurden Destillerien und Plantagen mit Staatsgeldern errichtet. Die Produktionskapazität stieg von 556 Mio. Liter Äthanol 1975 auf fast 10 Mrd. zehn Jahre später. "Das Alkoholauto ist das echte brasilianische Wunder", versicherte VW-do-Brasil-Chef Wolfgang Sauer. Tatsächlich war Proálcool ein Rettungsanker für

Peru: Hunderte von Gefangenen ermordet

Das peruanische Militär richtete am 18./19.6. unter meuternden Gefangenen ein Blutbad an und ermordete ca. 400 Gefangene, zumeist Mitglieder der PC del P ("Leuchtennder Pfad"), die gegen die katastrophalen Gefängnisbedingungen protestierten und die Anerkennung als politische Gefangene forderten, sowie etliche Gefängniswärter. Auf der KZ-Insel El Frontón sprengten Spezialkommandos der Kriegsmarine den gesamten Hauptzellenbau mit 150 Gefangenen in die Luft. – (sie)

Schweden: Tarifkonflikt der Akademiker beendet

Nach den Abschlüssen von Lohnrahmenabkommen der Arbeitergewerkschaft LO und der Angestellten- und Beamtenbewerkschaften TCO und SACO/SR wird in den Bereichen um die einzelnen Verträge weiterverhandelt. Für den Bereich der Lehrer und Akademiker, die bei Gemeinden und Provinzen angestellt sind, ist die SACO/SR-K zuständig. In den Verhandlungen um die genaue Ausgestaltung des Tarifabkommens gab es keine Einigkeit. Dehalb rief der Verband zum Streik auf, und die Kommunen und Provinzialkörperschaften sperrten aus. An dem Streik waren 8700 beteiligt. Bei der letzten Verhandlung im Streik wurde auf den 15. August als nächster Termin vertagt. Es stand zur Verhandlung die Laufzeit des Vertrages, die Verteilung und Garantieregelungen. Die Kommunalverbände boten wegen der langen Frist einen Vorschuß von 1000 Kronen pro Monat an. Dies lehnte die SACO/SR-K aber ab, da sie es als Lohnleitlinie ansah. Sie wies nochmals darauf hin, daß die Löhne ihrer Mitglieder hinter denen der Arbei-

ter und Beamten hinterherhinken. Sie brach den Streik trotzdem ab, weil die öffentliche Unterstützung fehlte und der Streik mit Aussperrung ihnen 35 Mio. skr. gekostet hat. – (uwb)

USA: Recht auf Abtreibung knapp bestätigt

Der Oberste Gerichtshof hat mit 5:4 Stimmen entschieden, daß ein Gesetz von Pennsylvania die Verfassung verletzt, das vor einer Abtreibung Patient und Arzt einer Reihe von Schikanen unter Androhung von Strafrecht und Lizenzentzug unterwirft. Seit dem Urteil von 1973, das Abtreibung in die durch die Verfassung geschützte

Privatsphäre habe, haben die Abtreibungsgegner versucht, über Gesetze in einzelnen Staaten diese Entscheidung rückgängig zu machen (eine Verfassungsänderung ist ihnen auch unter Reagan nicht gelungen). Das Ziel ist, daß sich das Oberste Bundesgericht, nachdem diese Gesetze in den unteren Instanzen regelmäßig als nicht verfassungskonform verworfen worden sind, ständig erneut mit dem Recht auf Abtreibung befassen muß. Die Abtreibungsgegner versuchen so, einzelne Positionen der 1973er Entscheidung zu unterminieren und Mehrheitsverhältnisse zu ändern. 1973 war die Entscheidung mit 7:2 Stimmen. – (ger)



Seit Anfang Juni streiken die Arbeiter in der kanadischen Kupferindustrie gegen den Bergbaugiganten Noranda. In Ost-Montréal, in der Gewerkschaftsgruppe 6887, haben die Mitglieder das Tarifangebot abgelehnt, und die mehr als 900 Beschäftigten einer Kupferraaffinerie haben ihre Gewerkschaftsführung zur Einleitung von Kampfmaßnahmen ermächtigt. In ganz Nordamerika stehen die Beschäftigten dieser Branche in schweren Abwehrkämpfen; seit Jahren sind die Kapazitäten auch in den USA nicht ausgelastet, und von einem neuen Tarifabschluß mit Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen zwischen 35 und 50 Prozent versprechen sich die Kapitalisten einen Aufschwung der Profite. Und sie hoffen auf Durchsetzung ihrer Forderungen, denn mehr als 60 Prozent der Arbeiter in der Kupferindustrie sind arbeitslos. Am 30. Juni laufen einige Tarifverträge bei amerikanischen Kupfermonopolen aus. – Das Bild zeigt Eisenberg-Tagebau in Shawville, Québec. – (mfr)

die Automobilindustrie, die rückläufigen Absatz beklagte. Neben Millionen Subventionen für die Entwicklung von Alkoholmotoren finanzierten die Militärregierungen auch die Steigerung des PKW-Absatzes und des Erwerbs: Speditions-, Taxi- und Verleihfirmen erhielten bis zu 40% Steuernachlässe; die Industrieproduktsteuer wurde um 5% gekürzt und der Ratenkauf begünstigt. Die Regierung gibt monatlich umgerechnet 33 Mio. US-\$ aus, um den Alkoholpreis an den Tankstellen auf 65% des Benzinpreises zu halten, denn die Produktionskosten pro Liter Alkohol werden auf das Zwei- bis Vierfache eines Liters Benzins geschätzt. 1982 kostete das Programm umgerechnet ca. 1,7 Mrd. US-\$, mehr als halb soviel wie die Zentralregierung für Erziehung, Ausbildung, Gesundheit, Arbeit und Soziales ausgab.

1979 stellte VW als erster Konzern einen mit 95%igem Alkohol betriebenen Motor vor und sicherte sich so einen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz. Von den seit 1980 etwa zwei Millionen neuzugelassenen (insgesamt 10 Millionen) PKWs mit Alkohol-Motor hat VW 44%, Ford und GM je 21% und Fiat 15% produziert. Im Nutzkraftwagenbereich sind die westdeutschen Konzerne VW und Daimler-Benz ebenfalls an der Spitze. VW produziert Alkoholmotoren für LKWs bis 15 t und DB für schwerere und für Busse. Beide forschen zur Zeit an der Entwicklung von Biotreibstoff für Dieselmotoren.

Wer den Nutzen aus dem Alkohol-Programm zieht, wird auch dadurch deutlich, daß die Freunde der Allianz von Automobil- und Zuckerindustrie in den jeweiligen Regierungen die wenigen Eisenbahnen verrotten und die Binnenschiffe einmotten ließen. In Brasilien laufen 16% der Gütertransporte über die Eisenbahn und 75% über die Straße, in der Sowjetunion z.B. 80% bzw. 7%. Personen werden in

Brasilien sogar zu 90% mit Bussen und PKWs transportiert.

Die Schöpfer dieses Programms weisen gern darauf hin, daß Brasilien zum zehn größten Industriestaat der Welt aufgestiegen ist, aber sie verschweigen, daß Brasilien noch weiter oben steht, auf der Hungerliste an 5. Stelle. Ihre Hinterlassenschaften sind eine schwere Bürde für die arbeitenden Klassen.

Quellenhinweis: F.O. Lichts Internationaler Melassebericht, Nr. 21/22; M. Schmolzi: Erzeugung von Agraralkohol im brasilianischen Proálcool-Programm, in: Agrarwirtschaft 34/85; Brasilien-Dialog 4/85; U. Borges, H. Freitag u.a.: Proálcool. Analyse und Evaluierung des brasilianischen Biotreibstoffprogramms, 1984; Länder-Dokumentation Brasilien beim HWWA; J. Angel: Alkohol statt Erdöl, Beiträge zu Brasilien Nr. 3, 1980 – (sie)

* Veröffentlichungen *

Widerstand in der US-Armee

Wer interessiert ist an der Entwicklung des antimilitaristischen Kampfes in den USA, findet in der Broschüre einen nützlichen Überblick, nicht über Friedensinitiativen, sondern über über den Widerstand der einfachen Soldaten in der US-Armee. In ausführlichen Berichten und Dokumenten wird dargelegt, daß in der US-Armee Widerstand gegen die imperialistischen Feldzüge herrscht und geherrscht hat. Den Hauptteil bestreiten Dokumente und Artikel aus der Zeit des Vietnam-Kriegs und kurz danach, die von Sabotage-Aktionen, Defaitismus und Desertierungen berichten. "Der Widerstand der GIs reichte von unerlaubter Entfernung von der Truppe, Streiks und Demonstrationen bis zu Befehlsverweigerung ... und Sabotage. Vietnamesische Beamte schätzen, daß diese Opposition die Dauer des Krieges um fünf Jahre verkürzte", schreiben die Verfasser im Vorwort. Aus den achtziger Jahren sind vor allem Berichte über die Kämpfe der Vietnam-Veteranen in den USA enthalten, aber auch ein Bericht über Widerstand in der Armee gegen die Einsätze im Libanon und gegen Grenada und über antimilitaristische revolutionäre Gruppen von Soldaten und ehemaligen Soldaten in den USA und ihre wütende Verfolgung durch die US-Behörden und deren Bemühungen, insbesondere in lateinamerikanische und Nah-Ost-Staaten nur weiße Soldaten zu entsenden. Eine Adressenliste von US-Soldatengruppen in den USA und in der BRD ist ebenfalls enthalten. (Widerstand in der US-Armee, GI-Bewegung in den siebziger Jahren, zu beziehen über: Harald Kater, Görlitzer Straße 39, 1000 Berlin 36 – uld)

Entwicklungshilfe für die imperialistische Expansion

Anfang des Jahres erschien der Forschungsbericht Nr. 48 der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) "Die notwendige Hilfe. Grundlagen, Leitlinien und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit". Abgedruckt sind 18 Artikel u.a. von Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Jürgen Warncke, seinem Staatssekretär Volker Köhler, anderen CDU-Mitgliedern des Bundestages usw. Die Kapitelüberschriften lauten: "Menschenrechte – freiheitliche Ordnungspolitik – Friedenssicherung"; "Qualitative Verbesserung der deutschen Entwicklungspolitik – Zur Effektivität der globalen und spezifischen Entwicklungspolitischen Instrumente" und "Verschuldung der Entwicklungsländer – Herausforderung für den Nord-Süd-Dialog".

Im Vorwort begründet der Heraus-

geber G. Rüther die Bedeutung des Themas damit, daß die Entwicklungshilfepolitik unter stärkerer Kritik stehe und die Unterstützung der Dritten Welt eine immer größere Zustimmung unter der Bevölkerung finde.

In seinem Beitrag "Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland – Leitlinien, Ziele und Schwerpunkte" gibt Minister Warncke u.a. als Änderungen seit 1982 an: stärkere Kontrolle, Steuerung und Planung der einzelnen Projekte, Neustrukturierung des Deutschen Entwicklungsdienstes, verbesserte Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft. Unter dem Motto "Hilfe zur Selbsthilfe" forciert die Bundesregie-



"Hilfe zur Selbsthilfe" – westdeutsches Staudammpunkt in Birma wird eingeweiht, die Elektrizität kommt vor allem ausländischen Firmen zu.

rung die imperialistische Expansion. Warncke fordert die "Entwicklungs länder" auf, selbst die Rahmenbedingungen sicherzustellen, "die die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des einzelnen ermöglichen und diese Kräfte nicht unter staatlicher Bevor mundung und bürokratischem Kompetenzwirrwarr ersticken". Der neue "Politdialog" zwischen "Geber" und "Empfänger" soll direktere Einflußnahme und Einmischung ermöglichen.

In einem weiteren Beitrag nennt Prof. W. Lachmann, Uni Mainz, geeignete Instrumente: Ein neuer Entwicklungshelfer oder "Fürsorgehelfer", der zunächst eine zeitlang als "Unternehmer fungieren könnte, der Produkte aufkauft und andere Kolonialwaren an die Dorfbevölkerung verkauft". Große Bedeutung mißt er den Nichtregierungsorganisationen zu, die die Regierung unterstützen sollte, denn sie würden die Motivation in den Entwicklungsländern fördern, insbesondere die Kirchen, denn – so Lachmann – "durch das Christentum ist erreicht worden, daß sich die Arbeitsmentalität geändert hat". – (sie)

BDI-Thesen zur Energiepolitik

"Erfolge als Wegweiser für die Zukunft" nennt der Bundesverband der Deutschen Industrie im Untertitel die BDI-Drucksache 185 vom April 1986. In den zehn Thesen und den nachfolgenden Erläuterungen wird der Strukturwandel im Energieverbrauch und Energieangebot in der BRD als erfolgreich hervorgehoben. Ohne "größere staatliche Eingriffe" sank von 1973 bis 1984 der Anteil des Mineralöls am Primärenergieverbrauch von 55 auf 42 %, der Anteil des OPEC-Rohöls an den Rohölimporten sogar von 96 auf 55 %.

Eine angestrebte weitere Diversifizierung der Energieversorgung solle auch in Zukunft auf "marktwirtschaftlicher Basis" und gestützt durch "niedrige Energiekosten" vorstatten gehen. Eine Politisierung der Energieversorgung wird vom BDI abgelehnt. Gefordert wird die Privatisierung als "energiepolitisches Ziel" sowie "mehr Markt auch in der Energiepolitik von Ländern und Gemeinden".

Auf mehreren Seiten werden die Energiekosten als Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Industrie und deren Beitrag zur Energieeinsparung, durch Einsatz von Wärme-Kopplung und Produktion von energiesparenden Produkten (Automobile, Elektrogeräte) beschrieben. Nach Ansicht des BDI würden hohe Energiepreise das "Energiesparen beeinträchtigen". "Die beste Maßnahme zur Förderung Energiesparender Investitionen in der Industrie ist ganz allgemein die Schaffung eines positiven Investitionsklimas."

Die Schaffung günstiger wettbewerbsfähiger Strompreise auf der Basis von Kohle und Kernenergie bleibt erklärt Ziel des BDI. Auf dem Boden der Erkenntnis "Deutsche Kernkraftwerke sind sicher" fordert der BDI die "zügige Verwirklichung des integrierten Entsorgungskonzeptes" bis zum Jahre 2000. Als wirksame Maßnahme wird die "Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens auch für Wiederaufbereitungsanlagen" angesehen. Im Anhang befindet sich eine Synopse der Energieprognosen verschiedener Institute bis zum Jahr 2000. (Marktwirtschaftliche Energiepolitik BDI-Drucksache 185, Synopse und Beurteilung aktueller Energieprognosen BDI-Drucksache 186 – kaq)

Grüne Militärpolitik von Flensburg bis Dresden

Die Auflistung von Truppenstandorten und der Art der Truppen, die dort stationiert sind, nach Postleitzahlen mag nützen vielleicht der einen oder anderen Friedensinitiative, obgleich gewöhnlich die interessierten Leute am Ort wissen, welche Militärformationen sich in der Gegend befinden, und allgemeine Daten wie Name der stationierten Truppen, ob sie zu Land-,

Luft- oder Seestreitkräften gehören etc. sind normalerweise auch leicht erhältlich. Tatsächlich aber bezwecken die Autoren mehr als eine Datensammlung. Neben den Militärstandorten in der BRD enthält das Buch eine Sammlung von Truppenstandorten in der DDR – ebenfalls sortiert nach Postleitzahlen und Angaben über die Staatszugehörigkeit der Truppen. Doch das großdeutsche Verfahren bleibt nicht darauf beschränkt. Die Verfasser haben "Militärregionen" gebildet und in knappen Thesen Empfehlungen für eine "Abrüstungspolitik" in diesen Regionen niedergeschrieben. Die Empfehlungen in den BRD-Regionen sind weitgehend Vorschläge an Friedensinitiativen, welche Politik sie gegenüber der US-Regierung einschlagen sollen, in den wenigsten Fällen wird die Bundesregierung angegriffen. Mit den Vorschlägen, die sie machen, greifen sie an keinem Punkt die Ausrüstung und Aufrüstung der konventionellen Teile der Bundeswehr an, sondern verwahren sich einzig gegen die Ausrüstung mit atomaren oder chemischen Kampfmitteln und treten gegen die atomare Bewaffnung der US-Truppen auf. Westberlin ist als eigene Militärregion aufgenommen und die Empfehlung lautet: "Schrittweise Entmilitarisierung von Berlin (West) – Reduzierung der Aufklärungs- und Kommunikationseinrichtungen auf das Minimum zur Verbindung mit der Bundesrepublik Deutschland." Obwohl die Verfasser sich den Anschein geben, als träten sie für die Selbständigkeit Westberlins ein, legt ihre Empfehlung die Angliederung Westberlins an die BRD nahe. Die "Empfehlungen" für die DDR beziehen sich weitgehend darauf, was mit der NVA zu geschehen habe und wie sie sich zu verkleinern habe. So lautet beispielsweise die Empfehlung für die BRD-Region Östliches Schleswig-Holstein, in dem Marine-Einheiten und Marineflieger stationiert sind: "Umrüstung der Luftverteidigungs-Aufklärung vom offensiv intendierten NADGE-System auf ein eindeutig defensiv-orientiertes Aufklärungssystem (z.B. das schwedische STRIL-System)." Für den DDR-Bezirk Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, in dem DDR-Marineeinheiten stationiert sind, z.B.: "Abbau offensiver Einheiten der Volksmarine (Raketen schnellboote, Marineinfanterie) – Abbau von Marinefliegereinheiten der DDR." Die GRÜNEN haben sich programmatisch auf die Anerkennung der DDR festgelegt. Das Buch ist zwar von einem Einzelautor geschrieben, Herausgeber ist aber der Bundesvorstand der GRÜNEN. Danach muß man davon ausgehen, daß jedenfalls eine Mehrheit des Bundesvorstandes sich befugt fühlt, großdeutsche Politik zu betreiben. (Burkhard Luber, Militäratlas von Flensburg bis Dresden, Die GRÜNEN (Hrsg.), 16,80 DM – uld)

KPD-Parteitag

Die Vereinigung mit der GIM ist nahe, und wie soll's dann weitergehen?

Die Vereinigung von KPD und GIM ist nahe. Am 14. und 15. Juni führte die KPD ihren außerordentlichen Parteitag zur Vorbereitung dieser Vereinigung durch, Ende Juni wird die GIM ihre Konferenz abhalten. Im Oktober soll der Vereinigungsparteitag sein.

Der Parteitag der KPD hat gezeigt: Die meisten Mitglieder haben die Vereinigungsdiskussion satt, sie wollen nun die Vereinigung. KPD und GIM gehen aus ihren fast zwei Jahre dauernden Bemühungen um einen isolierten Zusammenschluß keineswegs gestärkt, sondern geschwächt hervor. Die KPD hat mehrere Spaltungen erlitten, bei der GIM steht nun angeblich eine bevor; die Mitglieder, die schon länger für Zusammenarbeit mit dem ökosozialistischen Flügel der Grünen eintraten, werden wohl austreten.

Vielleicht die GIM, auf jeden Fall aber die Mehrheit der Mitglieder der KPD hatte die Vereinigung als Schritt zur Überwindung eines Sektierertums gewollt, das die KPD als Hauptproblem ihrer Politik erkannt zu haben glaubte. Nun zeigt sich, daß dieser Vereinigungsprozeß keineswegs zu einer Verbreiterung der politischen Möglichkeiten und Wirkungen beider Parteien geführt hat, sondern im Gegenteil zu einer weiteren Einengung. Die Idee, aus Übereinstimmung über "drückende Probleme" und "aktuelle Fragen" ein gemeinsames Programm zu entwickeln, erweist sich als Irrtum.

In der "Beilage" vom September 1985 hatte H.D. Koch für die KPD diese Idee so beschrieben: "... erscheint es uns zweckmäßig, auf der Grundlage

der theoretischen Kritik des Kapitalismus durch den Marxismus im Programm die Kritik des Kapitalismus ausgehend von den drückenden Problemen, die die kapitalistische Entwicklung für die Arbeiterklasse, aber auch für die Bündnisschichten hervorruft, zu entwickeln ... es erscheint uns als ausschlaggebender Vorteil, daß die Programmatik so entwickelt werden kann ausgehend von den Themen, die auch in der Arbeiterbewegung insgesamt im Zentrum der politischen und strategischen Diskussion stehen." Gemeint waren Arbeitslosigkeit, Kampf um die 35-Stunden-Woche u.ä.

Diese Methode der Programmerarbeitung führte zu programmativen Fehlern. Der vom KPD-Parteitag nach kurzer Diskussion bei 2 Enthaltungen gebilligte Programmentwurf (im wesentlichen der in der "Beilage" vom letzten Sommer veröffentlichte Text) greift als Hauptübel des Kapitalismus die Arbeitslosigkeit und die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, nicht aber die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten und das Lohnsystem an und ersetzt die klare Forderung nach Verbot des Akkords durch das vage Versprechen der "schnellstmöglichen Abschaffung".

Die von KPD und GIM gewählte Methode der Programmerarbeitung führt aber auch allgemein zu einer Anpassung der theoretischen Grundlagen an Tagesfragen, gibt die Wissenschaft-



Die Erfahrungen der KPD im Aufbau einer Einheitsfront gegen Faschismus und Reaktion sind in den Dokumenten der gemeinsamen Organisationen kaum noch wiederzufinden. Bild: Demonstration in Herne am 30. Januar 1978.

lichkeit der Politik auf. Sie widerspricht dem Sinn eines Programms, das ja wesentlich die Grundlagen für die Kritik der herrschenden kapitalistischen Ausbeuterordnung formulieren soll und so zur Entwicklung von Politik befähigt. Sie ist eklektizistisch, d.h. beliebig, und schließt andere Erfahrungen als die für "brennend" erklärten Tagesfragen aus. Am Ende können Mitglieder von KPD und GIM von ihnen als wichtig empfundene Aufgaben in einer so verengt, einseitig und beschränkt wirkenden Organisation nicht mehr einbringen. Spaltungen und Verluste treten auf.

Wie kann die neue Organisation aus diesen Problemen herausfinden? Nur durch eine Fortsetzung der programmatischen Klärung. Hier schien bisher die Festlegung, in zwei Jahren für oder gegen die Mitgliedschaft der gemeinsamen Organisation in der IV. Internationale zu entscheiden, eine solche Fortsetzung programmatischer Klärung zwingend vorzuschreiben. Gegen drei Stimmen und bei 1 Enthaltung billigten die Delegierten nun aber ein von beiden ZKs vorgelegtes Papier zur IV. Internationale, das eine solche Fortsetzung der programmatischen Debatte nicht mehr vorschreibt. Nach diesem Papier hört die GIM bei Bildung der vereinigten Organisation auf, als Sektion der IV. Internationale weiterzubestehen. Ihre Mitglieder bleiben individuelle Mitglieder der IV. Internationale, beziehen die Zeitschrift "Inprekorr", das deutschsprachige Organ des Sekretariats der IV. Internationale, Redaktionssitz Frankfurt, und können von "Inprekorr" zu Konferenzen zusammengerufen werden. Mitgliedschaft in der IV. Internationale soll nur möglich sein, wenn man gleichzeitig Mitglied der neuen Partei ist. Die neue Organisation hat also keine Einflußmöglichkeit auf die IV. Internationale bzw. "Inprekorr". Hier entsteht eine besonders krasse Variante des in den K-Gruppen oft unguten Verhältnisses von "Kader- und Massenorganisationen". Außerdem ist die Frist für eine Entscheidung der gemeinsamen Organisation für oder gegen die Mitgliedschaft in der IV. Internationale in diesem Dokument ersatzlos gestrichen. Das kommt der Neigung vieler Delegierter, die kein großes Interesse zur Fortführung programmatischer Debatten zeigten, entgegen. Ihre damit verbundene Hoffnung, endlich wieder "mehr Praxis" machen zu können, ist aber eine Illusion.

Nach Verabschiedung des Programmenvorwurfs billigten die Delegierten nach kurzer Debatte ein neues Statut, das u.a. die Bildung "unterschiedlicher Strömungen" erlaubt und als Grundeinheiten faktisch Ortsgruppen vorsieht. Diese entscheiden auf Mitgliederversammlungen, ob Zellen und/oder Arbeitsbereiche eingerich-

tet werden. Die Delegierten lehnten einen Antrag, die erst im Februar beschlossenen Arbeitsgruppen der Partei (Antifaschismus, Kritik des Konservatismus usw.) im Statut zu verankern, mehrheitlich ab.

Die bei 1 Gegenstimme verabschiedete Resolution "zum Selbstverständnis" der gemeinsamen Organisation entspricht weitgehend der auf dem a.o. Parteitag im letzten November verabschiedeten Resolution (Pol. Ber. 23/85, S. 10). Neu ist eine Passage, die Arbeiterbewegung "braucht ... das Bündnis mit den sozialen Bewegungen", worunter Friedensbewegung, Umweltbewegung, Frauenbewegung u.ä. verstanden werden. Der Bezug dieser Bewegungen zu Klassenkämpfen und Klasseninteressen wird nirgends beschrieben.

Weitere Entscheidungen des Parteitags: Die Urabstimmung in der KPD über die Vereinigung, bei der zwei Drittel der KPD-Mitglieder zustimmen müssen, soll bis 2. Juli abgeschlossen werden. Ein von den ZKs von GIM und KPD vorgelegtes "Aufgabenpapier" und eine Entschließung zu den Bundestagswahlen wurden beraten, aber nicht beschlossen. Positiv an dem "Aufgabenpapier" ist, daß ausdrücklich der Kampf gegen die Unterdrückung ausländischer Arbeiter und "Kampf dem Neonazismus" als Aufgaben formuliert sind. "Wir treten ein für eine Arbeit im Rahmen des Frankfurter Appells für die Gleichstellung", heißt es an einer Stelle. Im Abschnitt "Kampf dem Neonazismus" wird auf ein weiteres, ungelöstes Problem hingewiesen: die fehlende Einheit über Grundlagen und Ziele des antifaschistischen Kampfes und speziell über die Mitarbeit in der "Volksfront". Mit der Formulierung: "Geklärt werden muß die Bündnispolitik der vereinigten Partei in diesem Bereich" bleibt die Lösung dieses Problems offen.

Im Abschnitt "Internationalismus" ist die Solidarität mit Nikaragua, mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika und mit Libyen als Aufgabe genannt, so daß die Zusammenarbeit der revolutionären Sozialisten fortgesetzt werden kann.

Hinsichtlich einer Mitarbeit der gemeinsamen Partei in der Vollversammlung der revolutionären Sozialisten und bei der "Beilage" legen sich KPD und GIM nicht fest: "Wir werden z.B. die Diskussion umgehend führen, wie der 'Beilagenkreis' von der gemeinsamen Organisation bewertet und die Mitarbeit dort gestaltet wird."

Zu den Bundestagswahlen wollen die ZKs von GIM und KPD ohne ausdrückliche Kritik an der Urabstimmung in der KPD, die gegen eine Wahlbeteiligung entschied, "sozialistisch begründete" Direktkandidaturen anstreben. Das politische Problem, daß viele Mitglieder der KPD nicht für eine Kandidatur der revolutionären Sozialisten gewonnen wurden, ist damit nicht ge-

löst. Außerdem ist die nun vorgeschlagene Taktik ganz ähnlich wie die der Friedensliste und wird vermutlich auch genauso folgenlos enden. KPD und GIM rufen dazu auf, den "Wendeparteien" CDU/CSU und FDP "keine Stimme" zu geben. Bei der Diskussion erläuterten ZK-Mitglieder: Man solle "nützlich wählen", also SPD oder Grüne. Vorschläge, sich statt auf solche Propaganda auf die Festigung von Zusammenschlüssen gegen die Reaktion zu konzentrieren, führten zu keinem Beschuß.

Daß das jetzt beschlossene Programm nicht zur Kritik und Politik hinführt, zeigt sich bereits bei der ersten politischen Bewährungsprobe: Eine Debatte über die geplante Zeitung fand nicht statt. Fest steht, daß die Zeitung vierzehntäglich erscheint. Über Aufgabenstellung, Machart, Mitarbeiter, Zusammenarbeit usw. liegt noch nichts vor. Das Projekt ist unbegründet geblieben.

Die Debatte über den Namen der neuen Partei bestand darin, daß ca. 20 Vorschläge aufgeworfen und kurz beraten wurden. Vertreter des ZK empfahlen "Demokratische Kommunistinnen und Kommunisten".

Von Seiten der "Demokratischen Sozialisten" liegt der KPD und der GIM der Vorschlag vor, über ein gemeinsames Eingreifen in die Bundestagswahlen – die DS wollen Initiativen für ein "rot-grünes Bündnis" bilden – und allgemein engere Zusammenarbeit zu beraten. Sollten KPD und GIM meinen, das wäre ein weiterer Schritt weg vom Sektierertum, so irren sie sich.

Unserer Meinung nach werden die Erfordernisse der politischen Praxis die neue Organisation schon bald zwingen, einige theoretische Klärungen vorzunehmen. Solche Klärungen dürften sein: klassenmäßige Bestimmung der "sozialen Bewegungen", Tendenz des Kapitalismus zum Faschismus, Antifaschismus und Volksfrontpolitik und viele Fragen mehr. Diese Klärung muß, das zeigen wohl die Erfahrungen, unter einer möglichst breiten Beteiligung versucht werden. Wir waren und sind der Ansicht, daß im Bestand der praktischen Erfahrungen und der theoretischen Kenntnisse, wie sie bei allen Vollversammlungsorganisationen und anderen revolutionären Sozialisten zusammen vorliegen, eine ausreichende Basis für eine solche Programmdiskussion bestünde. Immerhin haben die Delegierten des KPD-Parteitags die Teilnahme der neuen Organisation an dem für Herbst geplanten Kongreß revolutionärer Sozialisten gebilligt. Das kann ein Weg sein, die theoretische und programmatische Debatte von GIM und KPD mit allen revolutionären Sozialisten fortzusetzen und die gefährliche Einengung zu überwinden.

Quellenhinweis: Dokumente des Parteitages: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30 – (rül)

NRW-Demonstration gegen die FAP

Duisburg. Rund 4500 Antifaschisten demonstrierten am 21.6. in Duisburg gegen die faschistische FAP. Die Demonstration war von der Ruhrgebietskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen und der "Landesweiten Initiative für ein Verbot der FAP" beschlossen worden, um der Forderung nach Auflösung und Verbot der FAP Nachdruck zu verleihen. Sie wurde getragen von VVN/BdA, DKP, Jusos, Falken, einzelnen Kreisverbänden der Grünen, Volksfront, KPD, GIM, MLPD und ausländischen Organisationen wie FIDEF, DIFD, ATIF, Devrimci Isci, KOM-KAR, PKK. Die Autonomen beteiligten sich mit einem eigenen Block mit 600 bis 700 Teilnehmern.

Eine Sprecherin der autonomen Antifaschistischen Aktion betonte bei der Auftaktkundgebung, daß sich der antifaschistische Kampf gegen den bürgerlichen Staat richten muß. Ein Vertreter der Dortmunder Antifa-Initiative, Mitglied der Volksfront, griff die staatliche Förderung faschistischer Politik an. Insgesamt blieb die Kritik daran in den Reden jedoch eher schwach.

Der SPD-Landtagsabgeordnete B. Champignon verwies positiv darauf, daß NRW-Innenminister Schnoor (SPD) zur Zeit die Frage eines Verbotsantrages gegen die FAP als verfassungsfeindlich beim Bundesverfassungsgericht prüft. P. Gingold vom Präsidium der VVN/BdA wies nach, daß die Faschisten die Interessen des Monopolkapitals vertreten und verwies im Gegensatz zu Champignon auf die Urteile des Frankfurter Verwaltungsgerichtes gegen die NPD, nach denen die Alliierten Kontrollratsbestimmungen gegen faschistische Organisationen entsprechend Art. 139 Grundgesetz weitergelten. Er legte jedoch ebenfalls die "Verteidigung des Grundgesetzes" nahe.

Ein Vertreter der DIFD kritisierte die Ausländerpolitik der Bundesregierung. Ein Vertreter der Bonner Initiative gegen Neofaschismus (VVN/BdA) protestierte dagegen, daß der gewerkschaftsnahen Bund-Verlag in das vor kurzem veröffentlichte "Lexikon zum Sozialismus" einen Artikel des nationalrevolutionären Publizisten Henning Eichberg aufgenommen hat.

Die Teilnehmerzahl war erfreulich, umso mehr, als in Detmold/Ostwestfalen am gleichen Tag zu Aktionen gegen eine "Sommersonnenwendfeier" der Nazis mobilisiert wurde. Die Beteiligung von SPD und Grünen war jedoch viel schwächer, als von manchen erhofft. Umso ärgerlicher ist es, daß sich eine Sprecherin der Demonstrationsleitung von dem autonomen Block distanzierte, der zeitweilig eine andere Route ging und angeblich einige Absprachen nicht hielt. – (wof)



Duisburg. 4500 Antifaschisten demonstrierten am 21.6. für das Verbot der FAP und aller anderen faschistischen Organisationen. Das Bild zeigt einen Block der türkischen Organisation ATIF. Antifaschistische Organisationen der ausländischen Lohnabhängigen hatten einen großen Anteil an der Mobilisierung und erfolgreichen Durchführung der Demonstration. – (rül)

Mißlungener Burschen- Aufmarsch zum 17. Juni

Goslar. Gerade drei Wochen, nachdem sie ihren Verbandstag in Celle begleitet von öffentlichen Protesten abgehalten hatte (siehe PB Nr. 11/86), hatte die Deutsche Burschenschaft zu "Kundgebung und Seminar zum Tag der Deutschen Einheit" eingeladen. U.a. auf dem Programm am 16. Juni: "Informationsfahrt zur innerdeutschen Demarkationslinie", Infostände inkl. "symbolischem Mauerbau", Kundgebung mit dem nds. Landtagspräsidenten Edzard Blanke (CDU): "Was ist der 17. Juni uns noch wert?" Falken, VVN/BdA, Volksfront, DIFD, DKP, SDAJ u.a. mobilisierten dagegen: 2000 Flugblätter wurden in der Innenstadt verteilt, die Forderung nach Anerkennung der DDR und der bestehenden Nachkriegsgrenzen wurde erhoben, der "symbolische Mauerbau" verhindert. Die Rede vor 150 "Burschen" und "Alten Herren" (und kaum Goslarern) ging in Pfiffen und Sprechchören der 70 Gegner unter – massiv gegen alle drei Strophen des "Deutschlandlieds". – (mio)

Antifaschistische Aktionskonferenz

München. Am 7. Juni fand in Kaufbeuren/Allgäu eine antifaschistische Arbeitskonferenz statt. Eingeladen hatte die VVN/BdA, Landesverband Bayern. Ca. 90 Mitglieder der VVN und anderer antifaschistischer Organisationen erschienen. Helmut Stein vom Präsidium der VVN hielt das Eingangsreferat. Herausgearbeitet wurden die gemeinsamen Merkmale aller faschistischen Strömungen: Volksgemeinschaft, Sozialdarwinismus, Führerprinzip verbrämmt als "Elitegedanke" und die daraus resultierenden Forderungen nach einer "grundlegenden Reform des Parteienstaats", nach "volkstreuen" Gewerkschaften und ei-

nem reinrassigen Großdeutschland. Es wurde betont, daß diese Ideologie erwächst aus der Herrschaft des Monopolkapitals, daß Rechtskonservatismus und Neofaschismus nur zwei Varianten derselben Grundposition sind und daß darin die eigentliche Gefahr liegt. In vier Untergruppen wurde die weitere Arbeit geplant. – (kaz)

CDU: "Tannenberg" dient Völkerverständigung

Westberlin. Die CDU-Mehrheit in der Steglitzer Bezirksverordnetenversammlung lehnte einen Antrag der Schulkonferenz (drittelparitätisch Lehrer, Eltern, Schüler) des Tannenberg-Gymnasiums auf Namensänderung der Schule ab. Der DGB-Landesvorstand protestierte hiergegen öffentlich: "Nach seiner (des DGB, d. Red.) Auffassung ist die Namensänderung der Schule überfällig ... Der Name Tannenberg ist Sinnbild für die Tradition des antidemokratischen Nationalismus, der Kriegsverherrlichung und des Dranges der herrschenden Kreise nach Ausweitung der Grenzen im Osten... Die Haltung der Konservativen in Steglitz passe zu den Redebürgen des Bundeskanzlers und anderer Politiker aus den Reihen der CDU/CSU auf Veranstaltungen der Vertriebenenverbände." Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Buwitt, warf hierauf den Lehrern der Schule und dem DGB "ein erschreckendes Maß an Geschichtslosigkeit" vor. Nach Ansicht von Buwitt trage der Schulname "besonders gut zur Völkerverständigung bei". Bei der "Schlacht von Tannenberg" 1914 trieb die deutsche Armee Tausende von russischen Soldaten in die Sümpfe. Der Schule wurde 1933 der Name "Tannenberg" von den Nazis gegeben, nach Kriegsende von den Alliierten verboten, und 1953 wieder unter der Hand von der Schulverwaltung eingeführt. – (kla)

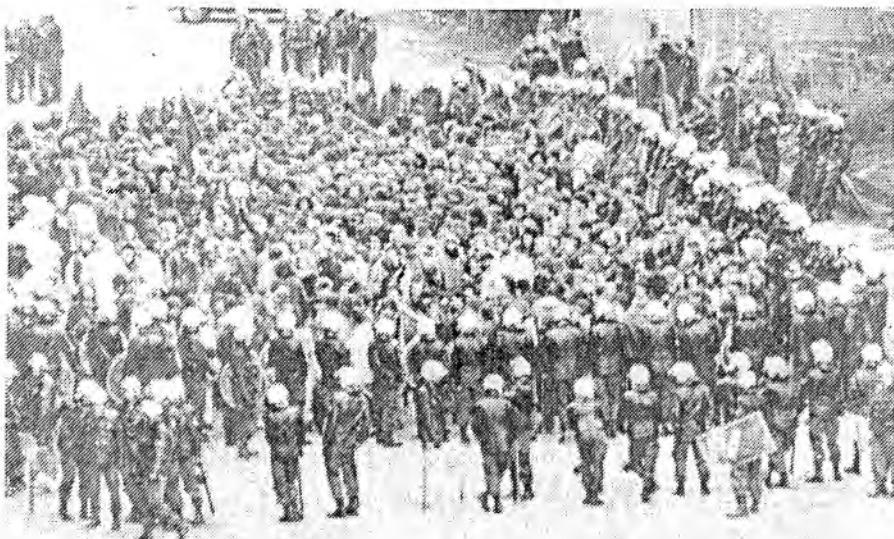
Massenfestnahme Hamburg

"Noske, Zörgiebel, Lange – Personen wechseln, SPD bleibt SPD"

Hamburg. 25 Km vor Brokdorf stoppte am 7. Juni die schleswig-holsteinische Polizei den Hamburger Konvoi, der zur Kundgebung am KKW wollte. Ohne jeden rechtsstaatlichen Schnickschnack wurden die Demonstranten an der Spitze des Zuges aus den Autos gezerrt und zusammengeknüppelt. Von der Brutalität dieses Überfalls zeugen viele Schlüsselbeinbrüche, verursacht durch Knüppelschläge, die von Helmen abglitten und nur deshalb keine Schädelbrüche hinterließen. Beim KKW selbst zerschlug die Polizei nach einer unverhüllten Provokation mit brutalstem Einsatz die friedliche Kundgebung. Wie schon in Wackersdorf machte die Reaktion deutlich, daß sie sich bezüglich des Kernenergieprogramms, das nach Tschernobyl kurzfristig unter schw-

gelegen, eine Warnung für den Schlagstockeinsatz erfolgte nicht ... Wir hoffen, daß sich entschiedener Widerstand auch in der Beamenschaft regt, damit Herr Lange weiß, daß er nicht alles mit uns machen kann. Ansonsten wissen wir nicht, wie weit es noch bis zu einem zweiten Chile ist", schrieben mehrere Polizisten anonym an die "taz" (11.6.). Ein Zufall, daß das Wochenende ohne Toten abging, zumal Strauß mit seinem Gerede von Polizisten in Notwehrsituations willigen Beamten praktisch Schießeraubnis gegeben hatte.

Durch diese rücksichtslose Unterdrückung hat der Hamburger SPD-Senat gezeigt, daß er sich bei der bedingungslosen Durchsetzung seiner "Standort-Politik" durch wahltaktische Überlegungen hinsichtlich der



Hamburger Heiligegeistfeld: Vermummte Gewalttäter umzingeln Demonstration.

ren Druck zu geraten drohte, keine Schwachheiten erlauben werde.

Als am nächsten Tag in Hamburg gegen diesen nackten Terror demonstriert werden sollte, schlug die Polizei nicht minder hart zu. Mit buchstäblich mehreren hundert Metern Anlauf wurde die Demonstration angegriffen. Nach einer wilden Knüppelorgie, die in der Umgebung bis in die Nacht andauerte, wurden mehrere hundert Menschen von der Polizei eingekesselt und mußten teilweise bis zu 13 Stunden ohne Versorgung stehenbleiben. Ein Großteil wurde vorbeugend in eine Turnhalle verfrachtet, wobei Ausschreitungen und Schikanen der Polizei anhielten. Die Knüppelgarde war so entfesselt, daß selbst der sonst eisenharte Korpsgeist der Polizei nicht hielt. "Eine Provokation hat seitens der Demonstranten nicht vor-

GAL nicht hindern läßt. Innensenator Lange hat schon dementiert, was noch gar keiner behauptet hatte: eine Große Koalition werde in Hamburg nicht angepeilt. Dabei existiert in Hamburg schon längst eine faktische Große Koalition für optimale Kapitalverwertungsbedingungen. Der den Kapitalisten von Bürgermeister v. Dohnanyi zugesicherte "Standort Hamburg" ist ohne die KKW's in der Umgebung nichts wert. Zwar hat Hamburg den höchsten Anteil an Atomstrom und die für Kleinverbraucher höchsten Stromtarife in der BRD. Die kapitalistischen Großabnehmer zahlen jedoch aufgrund ihrer Sondertarife nur einen Bruchteil. Die rechte Hamburger SPD will für den Fall des Verlustes der absoluten Mehrheit bei den Bürgerschaftswahlen im November einen SPD-Minderheitssenat für die CDU

tolerierbar machen. Und bedingungslose Knüppelei für Kapitalinteressen toleriert die CDU allemal.

Die entsprechende Propagandalinie stammt vom Hamburger Verfassungsschutz-Chef Lochte. Meinte er mit seiner Erfindung "legale RAF" zunächst nur die Bewohner der besetzten Häuser in der Hafenstraße, soll mittlerweile jeder dazugehören, der eine Polizeisperre nicht als Argument gegen seine Interessen ansieht. Da deren Zahl wächst, wird sich auch die Anwendung der Mittel häufen, die der Staatsapparat gegen "Terroristen" anzuwenden pflegt, d.h. alle Mittel bis hin zur physischen Vernichtung. Da die Spaltung zwischen "friedlichen" und "gewalttätigen" Demonstranten abnimmt, soll eben jeder mindestens mit dem Polizeiknüppel rechnen müssen.

Die Überschrift zitiert ein Transparent, das auf der Demonstration von über 40000 Menschen nach der Masseneinschiffung in Hamburg getragen wurde. Es geht nicht darum, das Grundgesetz gegen Innensenator Lange zu verteidigen. Zu bekämpfen sind vielmehr Kapitalinteressen, für die Lange wie seine sozialdemokratischen Vorgänger Noske und Zörgiebel bereit ist, den Staatsapparat mit äußerster Härte einzusetzen. Wohlwissend, daß die SPD um Ersatz nicht verlegen sein wird, demonstrierten die 40000 auch für den sofortigen Abgang Langes. – (jnj)

Ausländerpolitik

Demonstration gegen reaktionäre Ausländerpolitik

Elmshorn. Am 14.6. gingen ca. 500 Leute wegen der ausländerfeindlichen Übergriffe und der ausländerfeindlichen Politik im Kreis Pinneberg auf die Straße. Aufgerufen hatten die Volksfront, die VVN/BdA, DKP, die Grünen, GEW, DGB-Jugend, SDAJ, Jusos, DIDF, FIDEF, BWK. In dem Aufruf wurde der Zusammenhang zwischen Übergriffen von Neofaschisten und ausländerfeindlichen Schlägern, die sich in Elmshorn und Pinneberg ereigneten und der ausländerfeindlichen und rassistischen Kampagne, die die Reaktion im Kreis Pinneberg insbesondere über die Asylpolitik veranstaltet, dargestellt. In den abschließenden Kundgebungsreden wurde deutlich, wofür diese Demonstration stand: Für die Entwicklung einer Bewegung, die den Kampf gegen die reaktionäre Ausländerpolitik mit der Hauptforderung nach der rechtlichen und politischen Gleichstellung der Einwanderer führt. DGB-Vorsitzender E. Sommer forderte in seiner Rede unter anderem die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer im Hinblick auf ihre völlige politische

und rechtliche Gleichstellung. Er griff bei der Ausländerpolitik insbesondere die Interessen der Kapitalisten an und betonte, daß die BRD ein Einwanderungsland ist. Inwieweit sich die Einwanderer selber noch mehr an dieser Bewegung beteiligen, hängt davon ab, inwieweit es gelingt, Erfolge gegen die Spaltung der deutschen und ausländischen Arbeiterklasse in den Betrieben zu erzielen. Entgegen allen Wahlausagen hat die SPD kein Interesse, sich für die politischen und rechtlichen Belange der Ausländer einzusetzen. Keine Beteiligung an der Demonstration, stattdessen wird Verständigung mit den Berufsassistenz von der CDU gesucht: Den Rechtsstreit um das Sammellager will die SPD mit dem CDU-Landrat nicht mehr wie angekündigt bis zur letzten Instanz durchfechten. Als "Argument" für die "vorübergehende" Internierung von Asylsuchenden in das Sammellager nimmt die SPD jetzt deren miserablen Wohnbedingungen (Obdachlosenasyle). So etwas erleichtert natürlich der Jungen Union, öffentlich die aufrufenden Organisationen davor zu warnen, der CDU rassistische Ambitionen zu unterstellen. Aber nicht nur die Junge Union warnte: Neofaschisten klebten den Kundgebungsplatz mit Aufklebern der Nationalistischen Front voll und zerstörten den Schaukasten, in dem der Arbeitskreis Ausländerpolitik Informationsmaterial ausgestellt hatte. – (arr)

Boehringer Mannheim

Neues Schichtmodell in Kraft

Mannheim. Im April hat der Betriebsrat der "versetzten Arbeitszeit" zugestimmt. Er hat damit einem zweiten Einigungsstellentermin vorgegriffen, von dem anzunehmen war, daß das neue Schichtmodell durchkommt (s. Politische Berichte 9/86). Die Boehringer-Kapitalisten haben damit ein für sie wichtiges Ziel durchgesetzt: Die tägliche Anlagennutzungszeit wird ausgedehnt. Die Tränk- und Beschichtungsanlage (TBA), auf der die Teststreifen entwickelt und hergestellt werden, kann jetzt von 6.15 Uhr bis 20.00 Uhr gefahren werden (1. Gruppe von 6.15-15.15 Uhr, 2. Gruppe von 11.00-20.00 Uhr). Raubach von der Personalabteilung lobte die Vereinbarung in der Haupostille BMZ als "eine interessante Variante zum Thema 'Flexibilisierung der Arbeitszeit'". Dafür waren die Kapitalisten bereit, für jede "versetzt" gearbeitete Woche vier Stunden Freizeitausgleich oder 50.-DM rauszurücken. Weil das kein Pappenstiel ist, haben auch viele Kollegen erklärt, daß sie dann "versetzt" arbeiten würden. Dennoch konnten die

Boehringer-Kapitalisten bis heute noch keine einzige Schicht mit versetzter Arbeitszeit durchziehen.

Ein Teil der von der Erfahrung her wichtigen Arbeiter an der TBA will nicht versetzt arbeiten und beruft sich auf den Passus der Betriebsvereinbarung: "vorwiegend Freiwillige sind heranzuziehen", "bei Streitigkeiten ist der Betriebsrat einzuschalten". Auf der Betriebsversammlung am 19.6.86 berichtete ein Vertrauensmann der Abteilung: Der Abteilungsleiter, der gleichzeitig Betriebsrat ist (Verband angestellter Akademiker, VAA), versucht mit Drohungen, die Personalabteilung einzuschalten, und Versprechungen, die übertariflichen Zulagen zu erhöhen, die Kollegen zu spalten und die Freiwilligkeit zu erzwingen.

Für die Boehringer-Kapitalisten soll die Vereinbarung Signalwirkung haben. Sie haben auch schon mit einem zweiten Antrag in einer neuen Abteilung nachgesetzt. Dort soll ein "befristeter Großauftrag" die Begründung für versetzte Arbeitszeit hergeben. Würde die jetzige Betriebsvereinbarung "Schule machen", so wären auch schwerwiegende Spaltungslinien festgelegt und den Kapitalisten enorme Flexibilisierungsmöglichkeiten gegeben. Denn die Betriebsvereinbarung sieht auch vor: "Neueinstellungen sind primär an der Teilnahme zur versetzten Arbeitszeit zu verpflichtet." Für die Vergütung in Freizeit gilt: "Der Zeitpunkt der Inanspruchnahme ist mit dem zuständigen Vorgesetzten abzustimmen. Dabei haben betriebliche Belange Vorrang." Einmal "freiwillig" bereit, versetzt zu arbeiten, entscheidet die Firma, wann der Betroffene den Zeitausgleich bekommt. Solange Betriebsvereinbarungen noch nicht schlechter sein dürfen als Tarifverträge (was Blüm & Co ja ändern wollen), gilt noch die Ausschlußfrist des Manteltarifvertrags der Chemischen Industrie: d.h. Zeitausgleich spätestens nach drei Monaten. Damit läßt sich aber ganz schön flexibilisieren. – (itt)

Landtag

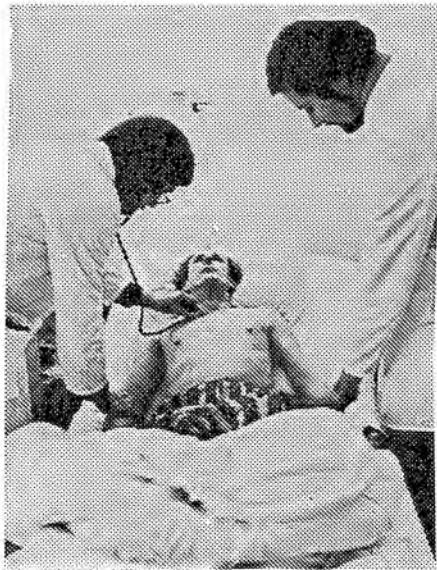
Viele Überstunden, aber keine Stelle mehr dafür

Heidelberg. Anlässlich einer Anfrage der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg erklärte das Wissenschaftsministerium, daß an den neun Universitäten und vier Universitätskliniken zwar eine beträchtliche Anzahl an Überstunden abgeleistet wird, aber "Zusätzlich eingestelltes Personal wäre durch die Wahrnehmung der bei den Überstunden anfallenden Aufgaben bei weitem nicht ausgelastet", heißt es weiter in der

Stellungnahme zur Mehrarbeit.

1985 wurden an den Universitäten (Stichtag 30. November) folgende Überstunden vergütet: Universitäten Hohenheim und Stuttgart 23736 und 17000. An der Mannheimer Uni waren es 1567, in Ulm 1530, Konstanz 744 und Freiburg 960. Von Heidelberg, Tübingen und Karlsruhe liegen keine Angaben vor, da dort keine Überstunden aufgelistet werden. Die bekanntgewordenen Überstunden schlagen sich im Haushalt mit 1,5 Millionen DM nieder.

Die Zahl der bezahlten Überstunden im ärztlichen Dienst der Universitäts-



kliniken erreichte schon 1983 eine Gesamthöhe von 248000 Stunden (Freiburg 54000, Heidelberg 40000, Tübingen 120000, Ulm 34000). Im Jahr 1984 hat sich die Zahl auf 271000 Mehrarbeitsstunden erhöht. Die entsprechenden Zahlen für die Pflege-, Funktions- und sonstigen Dienste liegen 1984 bei 113000 Überstunden (Freiburg 24000, Heidelberg 20000, Tübingen 48000, Ulm 21000).

Wohlgemerkt sind die angegebenen Überstunden nur solche, die vergütet werden. Es kann ohne Übertreibung angenommen werden, daß die tatsächliche Zahl der Mehrarbeitsstunden zwei- bis dreimal so hoch liegt. Die Überstunden, die durch Freizeitausgleich und einen Abschlag abgegolten werden, sind nicht in der Aufzählung enthalten. Die Überprüfung der Überstunden an den Unikliniken Heidelberg durch den Personalrat deckte jetzt auf, daß die Überstunden im Pflegebereich seit Jahren nicht mehr tarifgerecht bezahlt werden. Der Überstundenzuschlag von 25 Prozent des Bruttolohns wurde nie ausgezahlt. Wenn jetzt alle betroffenen Beschäftigten ihre Überstundenbezahlung rückwirkend fordern, ist damit zu rechnen, daß der Haushalt platzt. Der Personalrat strebt eine Vereinbarung an, die z.B. regelt, daß beim Abfeiern von Überstunden ein "Erholungswert" garantiert sein muß. – (irs)

WAA Wackersdorf

Nötig nach Tschernobyl: Kritik des imperialistischen Energieprogramms

Regensburg. Zum Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf hatten wir in den Politischen Berichten 19/85 festgestellt, daß er stark von konservativen Kräften getragen wird und daß es in dieser Lage nötig sei, die Widersprüche zwischen dem Widerstand und der CSU-Regierung zu verschärfen, um im Kampf gegen die WAA weiter zu kommen.

Seit Herbst '85 hat sich einiges geändert. Die bayerische Staatsregierung wurde durch die Hartnäckigkeit des Widerstandes gegen die WAA überrascht. Trotz Forderungen aus der CSU nach einer "Denkpause" zeigt sich der Parteivorstand aber unbeeindruckt und tritt für eine härtere Linie

"Rechtsstaates" in der Absicht, den konservativ motivierten Widerstand wieder an die CSU zu binden. Die Überlagerung der WAA-Diskussion durch die Ereignisse in Tschernobyl hat die Aufgaben der Opposition nicht erleichtert.

Seit dem CS-Gaseinsatz an Ostern und nach Tschernobyl wird die Forderung "Keine WAA" von immer mehr Kräften getragen (inzwischen hat sich auch der DBG-Landesvorstand gegen die WAA ausgesprochen). Neue Bürgerinitiativen (BIs) wurden gegründet, die Mitgliederzahl steigt. Die Bürgerinitiativen haben sich kaum, jedenfalls nicht schriftlich, zu Tschernobyl geäußert. Ausdrücklich abgrenzende oder hetzende Positionen gegen die

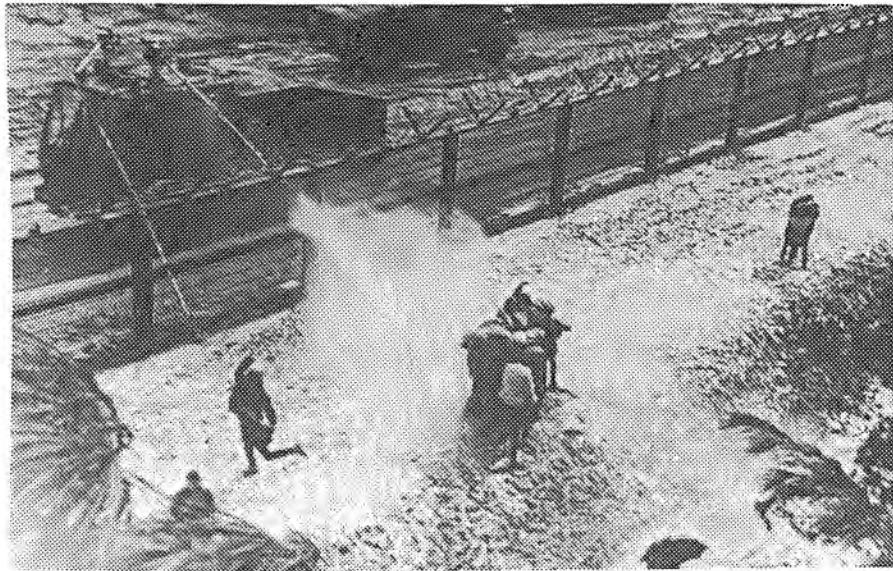
te Mai).

Die Aktivitäten der BIs sind vielfältig unter dem Motto, jeder solle die Form von Widerstand wählen, die er vor sich verantworten kann. Die sonntäglichen Gottesdienste am Baugelände haben eine relativ starke Bedeutung. Sie geben vielen der mehr konservativ motivierten WAA-Gegner Rückhalt. Die Pfarrer, die diese Gottesdienste durchführen, und Gliederungen der Kirche, die sich gegen die WAA aussprechen, werden zur Zeit immer mehr unter Druck gesetzt durch offizielle Rügen von Strauß. Den vielfältigen Versuchen, sie in "Gewalttätige" und "Gewaltlose" zu spalten, sind die BIs bisher in ihren Stellungnahmen immer erfolgreich entgegnetreten.

Ein wichtiger Punkt in der aktuellen Auseinandersetzung sind die Wahlen, zu denen die Bürgerinitiativen ihre Informationsarbeit ausdehnen wollen und sich zum Ziel gesetzt haben, der CSU Stimmenverluste zuzufügen. Die SPD wird dabei als Wahlalternative gesehen und gilt – obwohl sie wesentliche Teile des imperialistischen Kernenergieprogramms trägt – als WAA-Gegner, weil die Kritik dieses Programms in den Bürgerinitiativen nicht entwickelt ist. Die GRÜNEN arbeiten in den BIs auch auf die Wahl hin und unterstützen die Aktion Volksentscheid. Die Bürgerinitiativen wünschen, daß sich die "Anti-WAA-Parteien" im Wahlkampf nicht gegenseitig diffamieren, um die Zusammenarbeit im Widerstand nicht zu erschweren. Die "Liste freies Wackerland" ist Ausdruck dieser Bestrebungen. Vertrauen darauf, daß bei einer Wahlniederlage der CSU die WAA verhindert werden könnte, ist in den Bürgerinitiativen aber nicht verbreitet.

Unter den revolutionären Kräften gibt es verschiedene Vorstellungen über die Schwerpunkte der Arbeit. Unterscheiden kann man dabei drei Strömungen: a) Kritik am Zusammenhang WAA und Atombombe, verbunden mit einer Kritik der Polizeimaßnahmen (DKP, Arbeiterbund, Anti-Strauß-Komitee); b) Kritik am Staat und den Illusionen über Wahlen (Anti-Nato-Initiative, MG); c) Präsenz am Bauzaun und grundsätzliche Kritik am System (Autonome).

Zusammengefaßt: Die Widersprüche zur Regierung haben sich verschärft – auch im konservativen Lager –, bisher aber nur auf der Ebene der "Demokratie" und der Polizeieinsätze. Die Kritik am imperialistischen Kernenergieprogramm ist weiterentwickelt worden an dem Punkt "Stopp aller Atomanlagen", sie ist aber immer noch wenig verbreitet, so daß der ideologischen Offensive der bayerischen Staatsregierung gerade für dieses Programm wenig entgegengesetzt werden kann. Das wäre unserer Meinung nach aber eine wichtige Aufgabe. – (ola, uth)



Devise der Bürgerinitiativen: Präsenz am Bauzaun, aber auch mehr politische Informationsarbeit in ganz Bayern.

ein.

Nach dem Kernunfall in Tschernobyl stand die CSU anfangs unter Rechtfertigungzwang. Jetzt nimmt sie den Reaktorunfall zum Anlaß für eine erneute ideologische Offensive für das gesamte imperialistische Energieprogramm. Chauvinistisch und sozialdemagogisch umriß Strauß den Kurs: 1. Gefordert ist eine "weltweite Lösung" auf der Basis, daß westliche "Technik der sowjetischen überlegen ist". "Wenn wir den Ausstieg planen ..., so würde die UdSSR kein einziges Kraftwerk abschalten." 2. "Ein Verzicht auf die Kernenergie" ist unmöglich. "Wer unsere Energiepolitik bekämpft, der bekämpft auch unsere soziale Sicherheit." 3. "Es gibt keinen geschlossenen Kreis der Entsorgung ohne Wiederaufarbeitungsanlage." Verbunden ist diese Offensive mit einer Hetze gegen die "Feinde des

Sowjetunion sind im untersuchten Material nicht aufgetaucht, auch keine, die ein schärferes Eingreifen des Staates zum Ziel hatten.

Bei den Forderungen der BIs sind Schwerpunkte erkennbar: Forderungen gegen die Kriminalisierung der WAA-Gegner, gegen die Polizeimaßnahmen, für den sofortigen Rücktritt des verantwortlichen Innenministers Hillermeier, Forderungen nach wahrheitsgetreuer Berichterstattung in der Presse und – allerdings nicht ungebrochen – Forderungen für den sofortigen Stopp aller Atomanlagen. Landwirte aus Körbeldorf fordern ihre Kollegen in der Umgebung auf, die Bundeswehr bei ihren Manövern nicht mehr mit Essen und Unterbringung zu unterstützen. Auch der Kampf gegen die Atomindustrie wird von Teilen der BIs geführt (Demonstration gegen Siemens, KWU und WAA in Erlangen Mit-

Karstadt**Per Einigungsstelle
Arbeit auf Abruf verhindert**

Hannover. Arbeit auf Abruf ist nach Paragraph 4 des Beschäftigungsförderungsgesetzes zulässig.

Der Kaufhauskonzern Horten hatte für seine Teilzeitbeschäftigte neue Arbeitsverträge eingeführt, in denen sie zu Arbeit auf Abruf verpflichtet werden. Es heißt darin: "Arbeits-einsatz sowie Lage und Dauer der Arbeitszeit erfolgen entsprechend dem Arbeitsanfall." Der Horten-Betriebsrat klagte, bekam in erster Instanz recht, die Horten-Geschäftsleitung zog vor das niedersächsische Landesarbeitsgericht und gewann. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates beziehe sich nur auf die Betriebszeit, nicht aber auf die Frage, wie diese Zeit durch individuelle Arbeitszeiten ausgefüllt werde, war die Begründung. Bei Peek & Cloppenburg gibt es bereits Arbeit auf Abruf: ein bis zwei Tage vor Einsatz kommt der Telefonanruf, die monatlichen Arbeitszeiten liegen zwischen 0 und 170 Stunden, wird man einmal nicht erreicht, kann man damit rechnen, sechs Wochen ohne Arbeit zu sein.

Im Gegensatz zu Horten und Peek & Cloppenburg ist es bei Karstadt dem Betriebsrat und der HBV gelungen, per Einigungsstelle eine Betriebsvereinbarung zur Teilzeitarbeit durchzusetzen, die Arbeit auf Abruf verhindert. Im Gegensatz zum Spruch des Landesarbeitsgerichtes heißt es in den Paragraphen 6 und 7:

"Eine vorübergehende Veränderung der vertraglich festgelegten Arbeitszeit oder Veränderung der Arbeitstage unterliegt dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates. ... Eine Zustimmung des Betriebsrates zur Verschiebung/Verlegung der Arbeitszeit bedarf es nicht, a) wenn diese auf persönlichen Wünschen des Mitarbeiters bzw. der Mitarbeiterin beruht oder b) in begründeten Ausnahmefällen (kurzfristige Erkrankungen von Mitarbeiter/innen bzw. sonstiger vorübergehender Personalbedarf) ... Eine dauerhafte Abweichung von vorstehenden Regelungen (bei Dauer oder Lage der Arbeitszeit) bedarf der Zustimmung des Betriebsrates nach § 87, Abs. 1, BetVG."

Arbeitsverträge, die Arbeit auf Abruf beinhalten, sind damit generell unmöglich. Die Betriebsvereinbarung legt weiter fest, daß die wöchentliche Arbeitszeit für Teilzeitbeschäftigte regelmäßig auf höchstens fünf Tage pro Woche verteilt werden darf und daß die tägliche Arbeitszeit 3,5 Stunden nicht unterschreiten darf. Für Verkäuferinnen sind zwei Schichten festgelegt, innerhalb derer ihre Arbeitszeit, sofern sie kürzer als die be-



triebsübliche ist, zu liegen hat: zwischen 8.55 und 15.00 Uhr oder zwischen 11.00 und 18.30 Uhr. Damit ist arbeitsvertraglich Mindestarbeitszeit, Lage und Dauer der Arbeitszeit festgelegt. Weiterhin mußte sich die Geschäftsleitung in der Betriebsvereinbarung verpflichten, "die Klauseln über anderweitige Arbeitseinsatzmöglichkeiten, die anlässlich der Arbeitszeitverkürzung per 1.1.86 in einige individuelle Arbeitszeitvereinbarungen eingefügt worden sind, ersatzlos zu streichen, da sie im Widerspruch zu dieser Betriebsvereinbarung stehen." Wenn das Beispiel Horten jedoch Schule macht, wird diese Betriebsvereinbarung kaum haltbar sein. — (rec)

Berufsverbote**Prozeß gegen
Kieler Lehrer**

Kiel. Seit 1982 versucht das schleswig-holsteinische Kultusministerium, den Kieler Studienrat z.A. Thomas Bürger wegen angeblicher Mitgliedschaft in der DKP aus dem Schuldienst zu entlassen. Am 4.6.86 ersetzte das Verwaltungsgericht Schleswig die zur Entlassung erforderliche Zustimmung des Schulpersonalrats durch Richterspruch. Bürger hat Widerspruch vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg angekündigt.

Der "Fall Bürger" ist gegenwärtig das letzte schwelende Berufsverbotsverfahren in Schleswig-Holstein, mindestens 50 Berufsverbote wurden seit 1972 verhängt.

1982 sollte Bürger nach drei Jahren Schuldienst verbeamtet werden. Das Kultusministerium fragte, der Verfassungsschutz antwortete: "Nach hier vorliegenden Erkenntnissen muß davon ausgegangen werden, daß Bürger seit dem Herbst 1978 Mitglied der DKP ist." Auf die Ankündigung der Entlassung zum 30.6.83 folgten Proteste von Eltern, Lehrern, Schülern,

Personalrat, GEW, Landtagsfraktion der SPD. Im ersten Durchgang stolperte das Kultusministerium über einen Formfehler: Es hatte "vergessen", den Personalrat einzuschalten. Rücknahme der Entlassungsverfügung, neue Entlassungsankündigung, Benachrichtigung des Personalrats. Dieser lehnte die Kündigung ab, die Gründe seien zu "dürftig". Anrufung des Schleswiger Verwaltungsgerichts, die Zustimmung des Personalrats durch Gerichtsbeschuß zu ersetzen. Schleswig lehnte ab, das Kultusministerium ging zum OVG in Lüneburg. Dort entschieden die Richter andersherum: Entlassung möglich, zurück nach Schleswig. Die Schleswiger Richter haben nun begriffen und beschlossen. Die Zustimmung des Personalrats sei nicht nötig. Eine Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses sei dem Ministerium nicht zuzumuten. Bürger sei "den von ihm zu erbringenden Beweis seiner Eignung schuldig geblieben". Zweifel an der fachlichen Eignung wurden von niemandem, nicht einmal aus dem Ministerium geäußert. Bürger selbst erklärte mehrfach, daß er für die Grundwerte des Grundgesetzes eintritt. Er weigert sich aber beharrlich, die Frage nach einer Mitgliedschaft in der DKP zu beantworten und sich von der DKP zu distanzieren. Das reicht dem Ministerium, um an der Kündigung festzuhalten: "Die politische Treuepflicht eines Beamten fordert es nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren." (Kultusministerium, 30.8.82)

Bei allen bisherigen – und sicher auch bei noch folgenden – Prozeßterminen wurde Bürger von einer breiten Öffentlichkeit unterstützt. (Broschüren u. Kieler Nachrichten v. 4.6. und 20.6.86) — (pem)



Aus "Dokumentation der Kieler Bürgerinitiative gegen Berufsverbote"

Kommunalpolitisches Forum

Zusammenarbeit der kommunalen Opposition: Ansprüche werden gestellt

Mannheim. Am Samstag, den 21. Juni, führte das Kommunalpolitische Forum auf dem Paradeplatz den "1. Mannheimer Markt der Möglichkeiten" durch. Die Veranstaltung diente der Propagierung eines "Alternativen Stadtqualitätsprogrammes". Konkreter Anlaß für die Aktion war die Absicht der Stadtverwaltung, auf dem zentral gelegenen Quadrat N 1 mit Unterstützung des "Stadtqualitätsprogramms" der Landesregierung einen Prunkbau für 120 Mio. DM zu errichten (vergl. Pol. Ber. 01/86). Dagegen gibt es

Das Zustandekommen des "Marktes der Möglichkeiten" ist als Erfolg zu werten für die kontinuierliche Arbeit des Kommunalpolitischen Forums, das nun seit gut eineinhalb Jahren existiert. In seiner Gründungserklärung heißt es: "Ziel des Kommunalpolitischen Forums ist es, Gegenöffentlichkeit zu schaffen gegen die an den Interessen von Industrie und Großbanken orientierte Große Koalition der etablierten Parteien im Mannheimer Gemeinderat und die Entwicklung von Ansatzpunkten für eine alternative eigenständige Kommunalpolitik." Der "Markt der Möglichkeiten" und die Herausgabe der Broschüre "Alternatives Stadtqualitätsprogramm" (s. Kasten) waren bestimmt nützliche Schritte in diese Richtung.

**Die Kooperation der
Opposition wird
immer dringender**

Daß eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Strömungen und Gruppierungen der politischen Opposition auf kommunaler Ebene dringend erforderlich ist, machen die immer schärfer hervortretenden Folgen der Haushaltssolidierungspolitik deutlich, die von einer überwältigenden Mehrheit aus SPD, CDU und Mannheimer Liste (ML) im Gemeinderat abgedeckt wird. Durch die Personalkürzungen sind in den Ämtern mit Publikumsverkehr, im städtischen Klinikum, in den Kindergärten Zustände erreicht, die selbst die Verwaltungsspitze dazu veranlassen, da und dort mit einem "Sofortprogramm" die schlimmsten Löcher zu stopfen – um sie an anderer Stelle umso stärker aufzureißen. Auch die Kürzungen bei den Sachausgaben hinterlassen immer deutlichere Spuren: Die städtischen Einrichtungen beginnen zu verrotten. Die Lebensverhältnisse für die Werktätigen verschlechtern sich in der Stadt zusehends.

Um diese Politik ungehindert fortsetzen zu können, versucht sich nun auch OB Widder (SPD) in der Entschaltung der Gemeinderatsopposition. Auf der letzten Gemeinderatssitzung drohte er, künftig nur noch Anträge zuzulassen, die die Unterstützung von mindestens zwölf Gemeinderatsmit-

eine vielfältige Opposition in der Stadt. Der "Markt der Möglichkeiten" sollte diese Opposition zusammenfassen und solchen Forderungen Nachdruck verleihen, die auf eine tatsächliche Verbesserung der Stadtqualität für die Werktätigen abzielen. An dem "Markt" beteiligten sich neben GRÜNEN, DKP, SDAJ und BWK elf Gruppen und Initiativen wie z.B. Stadtteilernbeirat städtischer Kindergärten, GBG-Mieterinitiative, Mieterverein, Arbeitsloseninitiative im DGB, Initiative gegen den Panzerwald etc.

gliedern haben. Die einzige konsequente Oppositionellen in dem Gremium (Grüne und DKP) halten aber zusammen nur sechs Sitze; ein paar nicht ganz konforme SPD'ler verstärken dies Lager im besten (aber seltenen)

auch vom Kommunalpolitischen Forum vertreten werden.

Noch mißlicher ist, daß bisher auch keine gewerkschaftlichen Gliederungen einbezogen werden konnten. Immerhin schaltet sich die ÖTV in letz-



Fall um drei bis vier Stimmen.

**Das "Forum" weist noch
Lücken auf**

Wesentlich für die Bedeutung des Kommunalpolitischen Forums und für das Gelingen der Aktion "Markt der Möglichkeiten" (der "Mannheimer Morgen" konnte sie immerhin nicht verschweigen) ist sicherlich, daß hier in DKP und GRÜNE eine Form gefunden haben, in der sie zusammenarbeiten können und in der die Abgrenzung von revolutionären Sozialisten kein Thema ist. Für die GRÜNEN ist dabei nach eigenem Bekunden wichtig, daß zahlreiche Initiativen das Bündnis positiv werten und teilweise auch aktiv mitarbeiten. Die wenigen oppositionellen SPD-Gemeinderäte und ihre traditionell widerspenstigen Stadtteilgruppen haben sich jedoch zur Mitarbeit noch nicht herbeilassen können, obwohl sie z.B. die geplante N 1-Wiederbebauung mit einer Reihe der Gegenvorschläge kritisieren, wie sie



ter Zeit vermehrt in die kommunalpolitische Auseinandersetzung ein – die Zustände im Kindergarten- und Klinikbereich sind zu kräftig geworden. Leider ist es auch noch nicht gelungen, Ausländer-Organisationen für die Mitarbeit zu gewinnen.

**Die bisherige Arbeit
des "Forums"**

Seit seiner Gründung im November 1984 (vergl. Pol. Berichte 3/85) arbeitet das Kommunalpolitische Forum in Arbeitsgruppen und trifft sich ca. alle sechs Wochen im Plenum zur weiteren Planung der Arbeit.

Die Arbeitsgruppen haben jeweils das Ziel, ein bestimmtes kommunalpolitisches Thema für eine Veranstaltung vorzubereiten. Die Ergebnisse wurden meist in Materialmappen festgehalten. So liegen jetzt z.B. Materialien vor zur Situation des Sozialen Wohnungsbaus in Mannheim, zum Müllentsorgungskonzept der Stadt,

zur kommunalen Energieversorgung und zum Zivilschutz als Kriegsvorbereitung.

Auf der Veranstaltung zu letzterem Thema gelang es erstmals, Gemeinsamkeiten in einer Resolution festzuhalten: Die Versammelten forderten OB und Gemeinderat auf, die Stadt nicht an Zivilschutzmaßnahmen zu beteiligen. Die Resolution war ein wichtiger Schritt, das "Forum" nicht nur als Diskussionsplattform zu nutzen, sondern gemeinsame Ansichten auch gemeinsam festzuhalten.

Für 1986 hatte das Plenum Konzentration auf zwei Themen beschlossen: "N 1-Bebauung = beschleunigter Sozialabbau in Mannheim" und "Industriestandort Mannheim - Wirtschaftsförderung".

Die Kritik an der N 1-Bebauung erfordert Kritik an den Grundsätzen der bürgerlichen Kommunalpolitik

Es ist für die Entfaltung der kommunalpolitischen Opposition ein günsti-

ger Umstand, daß sich viele Kräfte in der Ablehnung der hochfliegenden Pläne zur Bebauung des zentralen Stadtquadrates treffen. Sie greifen die Diskrepanz an zwischen der offensichtlichen Nutzlosigkeit des Bauvorhabens für die Bevölkerung und dem teilweise schon jahrelang angemeldeten Bedarf an sozialen Einrichtungen in den Wohngebieten.

Tatsächlich würde der geplante Bau ausschließlich den Ansprüchen der Bourgeoisie in der Stadt dienen: Sie fordert den Ausbau der "City" zu einem regionalen "Einkaufs- und Erlebniszentrum"; N 1 soll da neue Akzente setzen. Es geht ihnen wesentlich um die Konkurrenz hinsichtlich der Kaufkraftströme in der Region.

Die 120-Millionen-Planung liegt auf der politischen Linie, die OB Widder bei seiner letzten Haushaltsrede verkündete: "Die Stadt muß die Fähigkeit zurückgewinnen, notwendige Investitionen in angemessenem Umfang aus laufenden Einnahmen zu finanzieren. Dabei muß... gefragt werden, wo die Grenzen zwischen tatsächlichen Inve-

stitionen und falsch deklariertem Konsum liegen." Die o.a. Broschüre des Kommunalpolitischen Forums stellt dazu fest: "Zweifellos: N 1 ist eine 'tatsächliche Investition'. Neue Kindergarten sind nur 'falsch deklarierter Konsum', denn sie tragen nicht 'zur Erzielung von Einkommen/Gewinnen bei', sondern gehen in die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung ein."

Die Stärke der Opposition gegen die N 1-Bebauung kommt aus dem Beharren auf den Ansprüchen der Werktägigen an die Kommune, die diesen Bourgeois-Ansprüchen direkt entgegenstehen. Die gewonnene relative Einheit der kommunalen Opposition in dieser grundlegenden Frage wird sich bei den im Herbst anstehenden Auseinandersetzungen um den nächsten Doppelhaushalt der Stadt zu bewähren haben. Das alternative Investitionsprogramm ist ein guter Ansatz. Warum sollte es nicht zu ähnlicher Übereinstimmung in bezug auf den Verwaltungshaushalt kommen? – (tht)

"Alternatives Stadtqualitätsprogramm"

Im folgenden zitieren wir auszugsweise aus der gleichnamigen, vom Kommunalpolitischen Forum erstellten Broschüre:

Vorwort

Wir verstehen dieses Programm als einen wichtigen Schritt zu einer verstärkten kommunalpolitischen Zusammenarbeit aller oppositioneller und alternativer Kräfte in Mannheim... Wir wünschen uns, daß es insbesondere für Initiativen von Betroffenen Anregungen liefert, das KOMMUNALPOLITISCHE FORUM verstärkt zu unterstützen, und zwar vor allem bei der Überarbeitung, Weiterentwicklung und Zusammenführung der aufgestellten Forderungen.

Eben darin sehen wir unsere Hauptaufgabe, denn schon beim nächsten Doppelhaushalt wird bei Realisierung des N 1-Projektes dessen "Nachfinanzierung" noch mehr Einsparungen im sog. konsumtiven – sprich sozialen – Bereich bringen, wenn wir unsere gemeinsamen Alternativen nicht laut und vernehmlich vortragen!!!

Wohnungsbau

Für den Bau neuer Mietwohnungen, für die Sanierung von Gebäuden, für Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungen von Wohnungen bedürfte es in Mannheim Millionen von Mark, um nur die notwendigsten Arbeiten durchzuführen, die für die Qualität der Mannheimer Wohnun-

gen nötig sind...

Die Zahl der dringlichen Fälle Wohnungssuchender stieg von 1984 auf 1985 erneut um 6 % auf nunmehr 4919 Fälle an; 75 % davon sind sogenannte minderverdienende Haushalte.

Städtische Kindertagesstätten

Laut Kindergartenbedarfsplan fehlen in Mannheim 2400 Kindergartenplätze...

Am schlechtesten ist die Situation der ausländischen Kinder...

Deshalb fordern wir Eltern im Stadtelternteilbeirat der städtischen Kindertagesstätten in Mannheim Kindergartenplätze für alle Kinder / nicht mehr als 15 Kinder pro Gruppe / zwei Fachkräfte pro Gruppe / Kindergarten zum Nulltarif / aus-

reichendes Angebot an Krippen- und Hortplätzen.

Dazu sind sofort 30 Millionen DM für Neueinrichtungen und Ausbau bereitzustellen.

Begegnungsstätten

... Wir fordern deshalb die Stadt auf, die bestehenden Initiativen in ihren ohnehin bescheidenen Forderungen zu unterstützen und außerdem dafür zu sorgen, daß in jedem Stadtteil ein für die Bevölkerung akzeptabler Treffpunkt besteht, der Jungen und Alten, Frauen und Männern, Deutschen und Ausländern/Ausländerinnen, Behinderten und Nichtbehinderten die Möglichkeit bietet, sich im wahrsten Sinne des Wortes zu begegnen, sich kennenzulernen, sich auszutauschen, ihre Kreativität zu pflegen, zu diskutieren und schlicht und einfach über den täglichen Alltag hinaus Dinge zu tun, die Spaß machen...

Beispiel für Stadtteilkultur: VVN-Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Mannheim: 10000 DM für eine ständige Ausstellung über die Zwangsarbeiter/innen in Mannheim und die Situation der Häftlinge des KZ-Außenlagers Mannheim-Sandhofen. Standort: Gustav-Wiederkehr-Schule, ersatzweise ein Raum im zukünftigen Museum für Technik und Arbeit.

*

Es werden außerdem Forderungen aufgestellt zu den Bereichen: Kinderspielplätze, Schulen, Verkehr, Luftverschmutzung, Müllverwertung/Fernwärme, Naherholung/Begrünung/Entsiedelung.



Konkurs bei Progamma

Gerstetten. Der Autoradiohersteller Progamma meldete am 2.6. "wegen mangelhafter Auftragslage" Konkurs an. Danach wurden der Betriebsrat informiert und die 60 Leute der Belegschaft heimgeschickt. Vor einem halben Jahr hatten die meisten Arbeiter über sieben Wochen für die Anerkennung des Metalltarifvertrages gestreikt. Für die Vertriebsgesellschaft Facon wurde kein Konkursantrag gestellt. Die IGM prüft, ob ein betrügerischer Konkurs vorliegt, da, wie im Streik, über Facon ungehindert alle Geschäfte abgewickelt werden könnten. – (elt)

4,5 % bei Chemie – kein Erfolg!

Hannover. Bereits in der zweiten Verhandlungsrunde ließ sich die IG Chemie-Papier-Keramik für 660 000 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende in der chemischen Industrie auf einen Tarifabschluß von 4,5 % bei 12 Monaten Laufzeit ein. Der neue Tarif tritt je nach Bezirk am 1.7., 1.8. oder 1.9.86 in Kraft. Die Mindestverdienstsicherung für Facharbeiter und Handwerker in den beiden oberen Lohngruppen wird ab 1.1.87 auf einen Betrag zwischen

In Mülheim/Ruhr streikte am 16.6. die Belegschaft des pharmazeutischen Großhandelsbetriebes Hageda für einen Tag (Bild). Die HBV fordert für die 26000 Beschäftigten des Großhandels in NRW eine Tariferhöhung von 6,5%, mindestens aber 120 DM, Laufzeit zwölf Monate, 38,5-Stundenwoche verteilt auf fünf Tage. Die Kapitalisten bieten 3,8%, Laufzeit 24 Monate, die 38,5-Stundenwoche bei bis zu zehn Stunden täglich und an sechs Tagen in der Woche. Eine weitere Schlichtung ist am 1. Juli. – (gba)



0,30 DM und 0,80 DM angehoben, aber erst nach fünf bzw. 10 Jahren in der jeweiligen Gruppe. Damit wird nicht nur die Lohndifferenz zwischen der niedrigsten und der höchsten Lohngruppe vergrößert, sondern auch innerhalb der Facharbeiterlohngruppen nochmals differenziert. Die von den Kapitalisten beabsichtigte geringere Anhebung der Ausbildungsvergütungen konnte die IG CPK verhindern. Obwohl sie einen "Nachholbedarf" festgestellt hatte, wertet die IG CPK den Abschluß als Erfolg. Bei 93,96 DM mehr brutto in Lohngruppe 1 (Niedersachsen – jetzt 12,48 DM) zu wenige Pfennige in Richtung 1980er Reallohniveau! – (mio)

Hoechst: Riesenprofit aus der Dritten Welt

Ein Viertel ihres Gesamtumsatzes erzielt Hoechst mit dem Bereich "Life Sciences", davon ein Viertel in der Dritten Welt (Medikamente, Pflanzenschutz, Impfstoffe). Hoechst betreibt in 27 Ländern der Dritten Welt 51 Firmen für Arznei- und Pflanzenschutzmittel; Brasilien liegt an 3. Stelle mit 5% am Weltumsatz ('85 37,1 Mrd. DM), Indien an 9. mit 1,9%. Vom Umsatz an Pflanzenschutzmitteln entfallen ca. 12% auf Entwicklungsländer und 13% auf Schwellenländer. Hoechst setzt etwa 9% in Entwicklungsländern und 22% in Schwellenländern um. – (mil)

Landesschlichter bei Sterkel

Ravensburg. Beim seit dem 22.5. dauernden Streik von 46 Beschäftigten der Pinselfabrik Sterkel um die Anerkennung der Tarife für die Holzindustrie hatte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Verhandlungen am 12.6. mit dem Geschäftsführer Lehr die Anerkennung fast aller Forderungen erreicht. Am 13.6. wurde bekannt, daß die Konzernzentrale Coronet in Waldmichelbach bei Heidelberg nichts davon anerkannt, da Lehr keine Befugnisse habe. Vielmehr schickte die Zentrale 24 Streikbrecher aus Waldmichelbach, droht mit dem Einsatz von "schwarzen Sheriffs" und mit der Stilllegung der Produktion in Ravensburg. Am 16.6. demonstrierten hundert Leute, die Streikenden bekräftigten ihre For-

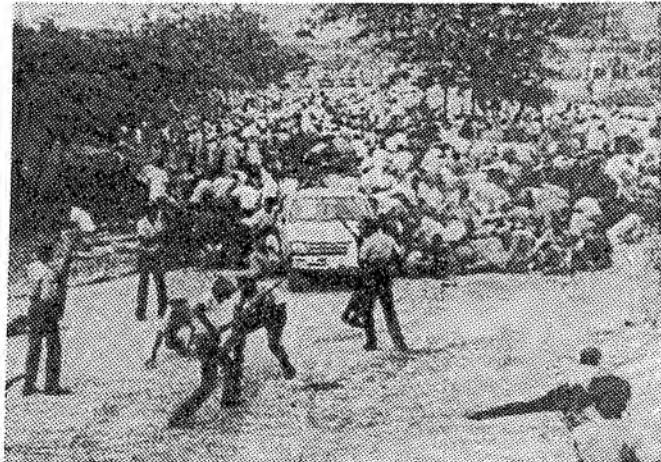
derungen. Seit dem 19.6. ist ein Landesschlichter am Werk, Staatssekretär Mühlbeyer vom Arbeits- und Sozialministerium. Er fordert, daß bei der zweiten Verhandlung am 23.6. Konzernchef Weihrauch teilnehmen muß. – (elt)

60 Mio. DM für BASF-Arbeiter in USA!

Ludwigshafen. Aus Anlaß der Hauptversammlung der BASF hat ein Vertreter der US-Chemie-Gewerkschaft OCAW sein Kommen angekündigt. In dieser Gewerkschaft sind die seit 2 Jahren ausgesperrten Arbeiter des BASF-Werkes Geismar/Louisiana organisiert. Auf der Hauptversammlung soll der Konzern aufgefordert werden, 60 Mio. DM an die Ausgesperrten als Entschädigung zu zahlen. Der OCAW-Vertreter wird in Ludwigshafen von einem Solidaritätskomitee unterstützt. Er will auf einer Pressekonferenz zu dem Strafprozeß der BASF gegen OCAW Stellung nehmen. – (tht)

Streik gegen Lohnkürzungen bei Audco

Pinneberg. Mit einer knapp einstündigen Arbeitsniederlegung haben rund 90% der knapp 200 Beschäftigten der Deutschen Audco Prisdorf gegen von der Geschäftsleitung beschlossene Lohnkürzungen protestiert. Unter Anrechnung außertariflicher Zulagen will diese von der 4,4%-Lohnerhöhung nur 1,5% auszahlen und die einmalige Zahlung für April von 230 DM auf 160 DM kürzen. Nach ersten Protesten hat sie letzteren Betrag auf 180 DM erhöht. – (alb)



In Port-au-Prince, der Hauptstadt Haïti's, streikten am 10.6. 1986 die Belegschaften der Betriebe und die Busfahrer. Die meisten Schulen und Geschäfte blieben geschlossen. Die Demonstranten forderten den Rücktritt der Regierungsmitglieder, die den Kurs des gestürzten Duvalier durchsetzen wollen. Am 26.4., dem Gedenktag für das von Duvalier verschuldete Massaker 1963, schossen Soldaten in die Menge von Demonstranten, die vor das Fort Dimanche, das Hauptquartier der Armee gezogen waren, und töteten mindestens elf von ihnen (s. Bild). Am Vortag hatten weitere Demonstrationen stattgefunden, darunter eine von Arbeitslosen und eine von entlassenen Frauen. – (anl)

IG Druck und Papier Bayern**Landesbezirkstag gegen Flexibilisierung,
Nacht- und Schichtarbeit**

München. Am 31.5. und 1.6.86 tagte der 15. ordentliche Landesbezirkstag der IG Druck und Papier Bayern, auf dem 100 Delegierte die knapp 23000 Mitglieder vertraten. 1985 verzeichnete Bayern bei über 2500 Neueintritten einen realen Mitgliederzuwachs von 1500.

Über den Geschäftsbericht des Landesbeiratsvorstandes, der mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, gab es kaum Diskussion. Lediglich das Thema "Gewerkschaftliche Betriebsarbeit" wurde kritisch diskutiert, da sowohl ein Rückgang der Zahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute als auch des Besuchs gewerkschaftspolitischer Kurse festzustellen ist. Es wurde auf die Gefahren hingewiesen, die angesichts der zunehmenden Verrechtlichung der Auseinandersetzungen in den Betrieben entstehen, wenn weiterhin der Schwerpunkt auf die Tätigkeit der Betriebsräte gelegt wird.

Unten sind einige der behandelten und beschlossenen Anträge dokumentiert. Recht erfreulich sind die Beschlüsse zur Arbeitszeit. Zur 35-Stundenwoche lag ursprünglich nur ein Antrag vor, der den Vorrang der Wochenarbeitszeit in der Tarifpolitik festgeschreiben wollte. Dies wurde im Änderungsantrag der Delegierten aus Oberbayern relativiert, wie darin auch die Hauptstörführung gegen die Flexibilisierung angelegt ist. Dieser Antrag wurde schließlich einstimmig beschlossen. Da dies auch auf anderen Landesbezirkstagen problematisiert wurde, ist auf dem Gewerkschaftstag im Oktober gerade auch angesichts der Diskussion in der IG Metall mit interessanten Auseinandersetzungen zu rechnen. Ebenfalls an den Gewerkschaftstag weitergeleitet werden die Beschlüsse zum "Nachtarbeitsverbot" und "Rentenalter", wobei letzterer eine Flanke zur Senkung der Rentenzahlungen offenlässt.

Recht gemischt waren die Anträge und Beschlüsse zum Thema Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Während im beschlossenen Antrag gegen ein neues Zivilschutzgesetz die Absichten der Regierung als "Kriegsvorbereitung" bewertet werden, geht der allgemeine Beschuß zu "Frieden und Abrüstung" von "Vasallentreue zur USA" aus und fordert von der Regierung friedensstiftenden Einfluß bei den Genfer Verhandlungen. Ein alternativer Antrag der Jugend, der auch die Kürzung des Rüstungsetats forderte und die Verlängerung von Wehr- und Zivildienst ablehnte, fiel dafür unter den Tisch. – (chs)

sierung und die damit verbundene erhöhte Streßsituation wird sich dies in der Zukunft noch verstärken.

Zivilschutzgesetz

Die Delegierten des Landesbezirkstags wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Änderung des Zivilschutzgesetzes. Dieses geplante Gesetz ist eine Maßnahme zur Kriegsvorbereitung. Dieses geplante Gesetz verharmlost die tödlichen Gefahren eines Atomkrieges. Es schützt nicht die Bevölkerung bei einer von der NATO derzeit betriebenen Verteidigungsstrategie, die auf dem Ersteinsatz von Atomwaffen basiert.

Wir fordern die Gremien der IG Druck und Papier und des DGB auf, sich gegen das geplante Zivilschutzgesetz zu wenden und sich statt dessen für ernsthafte Abrüstungsverhandlungen einzusetzen.

Begründung:

Zivilschutz ist kein erweiterter Katastrophenschutz, er ist integrierter Bestandteil der das ganze Land einbeziehenden Verteidigung oder Kriegsführung und damit ein nicht ablösbarer Teil der gesamten Kriegsstrategie. Er basiert nicht auf freiwilliger Selbsthilfe von Bürgern für Mitbürger. Zivilschutz setzt den Krieg und seine Folgen denknotwendig voraus, also auch eine gescheiterte Friedenspolitik ...

Die Betrieben sollen ehrenamtliche Mitarbeiter bereithalten, ausbilden und mit den notwendigen Geräten ausstatten. Daß schon beim Aufbau dieser "Selbstschutztruppen" die Rechte des Betriebsrates außer Kraft treten, läßt sich nachweisen. Schon in Friedenszeiten verfügt der Unternehmer über eine Truppe, die von ihm ausgesucht und geschult wird und die in seinem Interesse agiert. Also auch bei Streiks o.ä. eingesetzt werden kann. Nach § 38 ist vorgesehen, daß darüber hinaus im Spannungs- und Verteidigungsfall alle Nichtwehrpflichtigen über 18 Jahre zwangsweise herangezogen werden können.

35-Stundenwoche

Die IG Druck und Papier stellt sich als wesentliche tarifpolitische Aufgabe, die Wochenarbeitszeit weiter zu verkürzen. Eine für die Beschäftigten sinnvolle und wirksame Arbeitszeitverkürzung ist nur gewährleistet bei Abwehr der Flexibilisierungsbemühungen der Unternehmer. Daher ist bei weiterer Verkürzung der Wochenarbeitszeit unverzichtbar:

- Grundsätzliches Ziel ist der regelmäßige 7-Stundentag von Montag bis Freitag. Ausweitung von Samstags- und Sonntagsarbeit sowie Nacht- und Schichtarbeit sind zu verhindern.

- Der volle Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung ist zu gewährleisten, anzustreben sind Regelungen über Personalausgleich.

- Verrechnungen der Arbeitszeitverkürzung mit bezahlten Pausen im Schichtbetrieb sind auszuschließen.

- Eine Verrechnung mit anderen Tarifforderungen (z.B. Lohn/Gehalt) darf nicht erfolgen.

Nachtarbeitsverbot

Der Gesetzgeber wird aufgefordert, das Nachtarbeitsverbot, das bis heute lediglich für Arbeiterinnen gilt, weiter auszubauen zum Schutz der Gesundheit von Frauen wie von Männern. Die gesellschaftlich nicht notwendige Nachtarbeit muß für Arbeiter, Arbeiterinnen und für Angestellte gleichermaßen verboten werden.

Soweit Nachtarbeit in unvermeidbaren und unvorhersehbaren Fällen erforderlich erscheint, so ist neben der Genehmigung durch die Gewerbeaufsicht auch die ausdrückliche Zustimmung des Betriebsrats und der im Betriebsrat vertretenen Gewerkschaft erforderlich. Die auf einer solchen Genehmigung basierende Arbeit in der Nacht darf für den einzelnen Arbeitnehmer die Dauer von 4 Stunden nicht übersteigen.

In der Arbeitszeitordnung muß die 5-Tage-Woche und der 8-Stunden-Tag als tägliche Höchstarbeitszeit endlich gesetzlich verankert werden.

Rentenalter

Die IG Druck und Papier lehnt nach wie vor die Tarifrente ab. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, das Rentenalter generell auf 58 Jahre herabzusetzen. Eine Sonderregelung für Schichtarbeiter ohne Rentenkürzung ist anzustreben.

Begründung:

In unserem Gewerbe erreichen die wenigsten Kolleginnen und Kollegen das jetzige Rentenalter. Durch technische und organisatorische Rationali-

"Den ganzen Tag am Computer, das schafft. Da brauche ich abends mein Schaumbad in algemarin."



Traute J., Datentypistin
algemarin – ergiebig, weil
konzentriert. algemarin – das
sind wertvolle Stoffe wie
Meersalz und weitere Minerale
und Spurenelemente
aus dem Meer. algemarin ist
mehr als ein gutes Schaumbad.
algemarin ist Meer.

algemarin

Bildschirmarbeit darf die Hälfte der täglichen Arbeitszeit nicht überschreiten, wird in einem Antrag gefordert.

3 Männer und ein Baby**Weder sinnvoll
noch originell**

Können drei Männer eine Mutter ersetzen?

Wie sich aus der Sicht einer Karrierefrau das Problem der Kinderaufzucht stellt, zeigt der Film "3 Männer und ein Baby". Die Drehbuchautorin und Regisseurin Coline Serreau bekam drei Césars für den zweifellos witzigen Film, in dem drei eingefleischte Junggesellen in einer schicken Pariser Altbauwohnung "ein Baby bekommen". Frauen haben dort nur für einen Zweck und für eine Nacht Zutritt. Ein Päckchen, das einer von ihnen für ein paar Tage aufbewahren soll, entpuppt sich als vier Monate altes Baby mit Nahrung Marie.

Es kommt, wie es kommen muß, das Baby verursacht einen Umsturz in dem Männerhaushalt, in dem zunächst einer abwesend ist – der leibhaftige Vater nämlich, der als Steward der Air France in der Welt herumfliegt. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten meistern die beiden Ersatzväter das Problem mit den Fläschchen, Schnullern mit drei Saugstufen, Windeln, Babywäsche und allem drum und dran. Da sie dabei vierzehn Tage rund um die Uhr eingespannt sind, leidet vor allem ihr Schlafkonsum; ihre berufliche Existenz ist zwar beeinträchtigt, aber keineswegs gefährdet, da einer Architekt und der andere freiberuflicher Zeichner ist.

Offenbar traute die Regisseurin dem Baby nicht

zu, für 104 Minuten ausreichende Unterhaltung zu sorgen, und so wird über ein zweites Päckchen eine Drogengeschichte in den Film eingebaut. Der heimgekehrte Vater versucht als erstes, das Baby wieder loszuwerden. Aber die Mutter ist als Fotomodell für sechs Monate in den USA unterwegs, und die Oma schickt sich gerade an, eine Kreuzfahrt in die Karibik anzutreten. So teilen sich dann die drei in die Babyarbeit und kommen dabei trotz mancher Entbehrungen – was ihre Frauengeschichten betrifft – ganz gut zu Rande. Als die "Rabenmutter" das Baby schließlich zurückholt, will keiner zugeben, daß er sich nur schweren Herzens von der süßen Marie trennen kann. Aber hinterher werden alle drei von schwersten Depressionen heimgesucht, die nur dadurch kuriert werden können, daß Mariechen eines Tages wieder vor der Tür steht. Ihre Mutter ist sichtbar erledigt und fertig mit den Nerven durch die Doppelbelastung Beruf und Kind. Wen wundert's.

Coline Serreau behandelt das Problem, Kinder groß zu ziehen, als neuen Aufguß des Themas Rollentausch. Sollen doch die Männer nachts aufstehen, die Flasche fertig machen oder Tricks anwenden, damit das Kind wieder einschläft. In ihrem Film tragen dement sprechend alle Frauen ganz

unmütterliche Züge. Auch die Variation Hausmann mit Kind und geldverdienende Ehefrau ist schon filmisch vermarktet worden ("Mr. Mom"). Durch die Verdreifachung der Vaterfigur wird die Sache auch nicht besser. Daß fehlende gesellschaftliche Einrichtungen für Er-

ziehung und Unterbringung der Kinder für alleinerziehende Elternteile noch krasse Probleme schaffen als bei verheirateten oder zusammenlebenden Paaren, vom fehlenden Geld ganz zu schweigen, ist natürlich nicht witzig. Das wäre ja auch trister Alltag. – (ans)

Meier

**BRD-Film über die DDR:
Spießig, aber nicht spaßig**

Die Story: Meier, Chef einer DDR-Malerbrigade, erbte 30000 Westmark, erfüllt sich einen Herzenswunsch, Weltreise, besorgt sich einen Westpaß und für das restliche Geld Westtapete – Rauhfaser. Die ist doppelt so schnell zu vertapezieren wie die DDR-Mustertapeten, und er wird Held der Arbeit. Sein Versuch, sich nach dem letzten Tapeten-coup illegal einschleusen zu lassen, um nicht als Westbürger ohne Ausreise nach der Einreise aufzufallen, mißlingt. Der Staatssicherheitsdienst erwischt, vertuscht – weil Held der Arbeit –, und zu guter Letzt stellt sich auch noch heraus, daß die Tapete aus dem Westen exklusiver Exportartikel aus Karl-Marx-Stadt war. Man kann die sogenannten Pointen ruhig preisgeben, denn von einem Besuch des Films kann dem Leser getrost abgeraten werden. Die transportierte Ideologie mobilisiert alle Spießervorurteile über die DDR und stößt ab. Nicht, weil alles so verlogen wäre. Die Versorgungsprobleme, die penetranten Planerfül-

lungs-, Prämien-, Titel- und Leistungskampagnen gibt es ja und wohl zum Teil auch ähnlich, wie im Film dargestellt. Der fade Geschmack kommt von der herausglänzenden "Wir-im-Westendoch-besser"-Perspektive. Jeder Witz schwimmt wie ein Fettauge auf der reaktionären Grundsuppe "Ansichten über die DDR in der BRD" daher. "Abenteuer ei-



nes braven Deutschen – einfach zum Lachen" (so die Ankündigung)? Das einzige Lachhafte ist das offizielle Prädikat für den Film: Besonders wertvoll. – (doz)

Fernsehdiskussion**Forschungsminister Riesenhuber
sammelt Punkte**

In der Fernsehsendung "Votum" am 12.06.86 sollte Forschungsminister Riesenhuber einem ausgesuchten Publikum ("Redakteure von Schülerzeitungen, Mitglieder eines überparteilichen europäischen Studentenverbandes, junge mittelständische Unternehmer, Lehrlin-

ge aus der Computerindustrie") Rede und Antwort stehen. Zu Beginn der Sendung bezeugten 45% dieses Publikums Zustimmung zu seiner Politik. Der erste Block "Technologiepolitik" wurde bestimmt von Fragen zur Reaktorsicherheit, Gentechnologie und Folgen des

Einsatzes von Mikroelektronik. Mit Antworten wie: der Unfall in Tschernobyl sage etwas über die Leichtfertigkeit im Umgang mit dieser Technologie, nichts über ihre Sicherheit aus und in der BRD ginge Sicherheit vor wirtschaftlichem Gewinn, konnte er auch bei diesem Publikum keine Punkte sammeln. Anders bei der Forschungspolitik. Mit der Propagierung alternativer Technologien und Schwerpunktsetzung auf die Expansionsinteressen des westdeutschen Kapitals bei der Forschungspolitik (z.B.

habe er nichts gegen einen Auslandsaufenthalt von Wissenschaftlern, diese sollten aber mit den im Ausland gewonnenen Erfahrungen zurückkommen) stieß er auf mehr Zustimmung im Studio. In der Schlussabstimmung äußerten sich denn auch 53% des Publikums zustimmend. Drei Tage vor der niedersächsischen Landtagswahl, deren Wahlkampf auch entscheidend vom Thema Sicherheit von Kernkraftwerken bestimmt worden war, eine gute Propagandaeranstaltung der Reaktion. – (sae)

Ausstellung

Was fordert die Luftwaffe von der Industrie?

Vom 6.–15.6.86 fand in Hannover die Internationale Luftfahrtausstellung, veranstaltet von der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie sowie der Deutschen Messe AG, statt. Proteste gegen den militärischen Teil der Luftfahrtausstellung – wie 1984 – fanden nicht statt. Daß aber die Luftfahrtsschau untrennbar mit den Mitteln zur Kriegsführung bestückt ist, wurde aus dem Beitrag der ARD am 14.6.86 in der Sendung "Schaufenster Himmel – von Riesen und Zwergen" deutlich. Frage an den Bundesverteidigungsminister Wörner: "Was fordert die Luftwaffe von der Industrie"? Antwort: "Die Luftwaffe verlangt ... Flugzeuge, mit denen man Mitte der 90er Jahre den mitteleuropäischen Raum verteidigen könnte, Mitte der 90er Jahre heißt, daß dann ca. 5000 Kampfflugzeuge des Warschauer Pakts kampfflugtauglich hier hereinbrechen würden, dagegen können wir nur mit Qualität antworten, das heißt also mit einem Höchstleistungsjäger, der in der Lage ist, bei jedem Wetter, bei Tag und bei Nacht, mehrere Ziele außerhalb der Sichtweite gleichzeitig zu erfassen und zu bekämpfen, der zugleich extrem manövrierfähig ist und der gleichzeitig in den Unterhaltskosten wirksam ist."

Diesen Forderungen entsprechen die Entwicklungen

und Tests der Flugzeughersteller vollauf. So verloren sich die Sprecher in Schwärmerien über die Technik von Porsches Digital-Rechner der zweiten Generation, Elektroniksteuerung von AEG Nachtflugsichtgeräten, über hochempfindliche Kameras, die durch Kopfbewegung des Piloten gesteuert werden und bei Nacht sein Sehvermögen ersetzen oder die Entwicklung von Porsche mit dem Flugzeugmotor 4 S 36000, der 10-25% weniger Sprit verbraucht.

Mit Vokabeln wie "Vogel in der Luft", "jüngster Sproß der Familie" (gemeint war der Airbus, "edle Stücke der Privatfliegerei" versuchten die Reporter, von den militärischen Tatsachen abzulenken. – (bee)



Vergewaltigung in der Ehe

Zu einem besonders widerlichen Kapitel bürgerlicher Justiz

In der Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) ist erneut eine Debatte in Gang gekommen zur Frage der Nötigung des Ehegatten zum Geschlechtsverkehr.

Ausgangspunkt ist folgende Überlegung: Eheleuten ist in §1353 I 2 BGB die Pflicht "zur Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft" aufgetragen. Nach wohl noch in der Mehrheit befindlicher Meinung umfaßt diese Pflicht auch die Pflicht zum Geschlechtsverkehr. Zitiert wird ein Urteil des BGH von 1966:

"Die Frau genügt ihren ehelichen Pflichten nicht schon damit, daß sie die Beiwohnung teilsnahmslos geschehen läßt. Wenn es ihr infolge ihrer Veranlagung oder aus anderen Gründen ... versagt bleibt, im ehelichen Verkehr Befriedigung zu finden, so fordert die Ehe von ihr doch eine Gewährung in ehelicher Zuneigung und Opferbereitschaft und verbietet es, Gleichgültigkeit oder Widerwillen zur Schau zu tragen ..."

Dieser Rechtsanspruch des Mannes soll nach der in der ZRP mehrfach geäußerten Ansicht dem Mann das Recht geben, die Frau notfalls zum Verkehr zu zwingen. Zivilrechtlich ist dieses Konstrukt nicht haltbar: Die "Rechtspflicht zum Geschlechtsverkehr" ist zwar, wie alle Pflichten aus §1353 BGB, mit der Feststellungsklage einklagbar, sie ist aber gemäß §888 II ZPO nicht vollstreckbar. Fehlt es an einer Möglichkeit zur Vollstreckung eines Titels, schließt dies nach überwiegender Meinung die Anwendung von Selbsthilferechten aus. Die zivilrechtlichen Selbsthilferechte sollen nur zum Tragen kommen, wenn bei gegebener Gefahrensituation rechtzeitige staatliche Hilfe nicht erreichbar und Abhilfe anderweitig nicht möglich ist. Ist staatliche Hilfe ausgeschlossen, kann auch ein Selbsthilfrecht nicht bestehen, ganz davon abgesehen, daß höchst zweifelhaft ist, ob überhaupt eine Situation besteht, auf die die Selbsthilferechte (wie auch andere Möglichkeiten erlaubter Eigenmacht) zugeschnitten sind. Dennoch sind einige Autoren der Auffassung, Erzwingung des ehelichen Geschlechtsverkehrs sei zivilrechtlich gedeckt und strafrechtlich nicht verfolgbar: Für eine Nötigung nach §240 StGB soll es an der "Verwerflichkeit" der Gewaltanwendung fehlen, eine Körperverletzung soll nach einer (allerdings isolierten) Meinung durch "Notwehr" gerechtfertigt sein, da die Frau mit ihrer Weigerung einen "gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff" begehe.

Zwar gelten obige Ausführungen auch für die zwangsweise Durchsetzung des Geschlechtsverkehrs seitens der Frau, jedoch belegen kriminologische Studien, daß dieser Fall in der Praxis keine Rolle spielt.

Dem Wortlaut nach nicht anwendbar ist der Vergewaltigungsparagraph 177 StGB, da dort vom Zwang zum "außerhelichen" Verkehr die Rede ist.

Weiter wird argumentiert, der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG) verbiete eine weitgehende Einmischung des Staats in die Ehe; diese sei aber zwangsläufig, wenn die Staatsanwaltschaft eine Nötigung zum Geschlechtsverkehr aufklären solle. Hier lassen sich wieder Rückgriffe auf das Zivilrecht nehmen, denn beispielsweise lehnt die Rechtsprechung vollstreckbare Ansprüche gegen einen Ehegatten in weiten Bereichen ab mit der Begründung, die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung führe zur Erschütterung der Ehe.

Die einzige in der ZRP zu Wort gekommene Frau, Prof. Jutta Limbach, hat u.a. vorgeschlagen, das Verfahren wegen Nötigung zum ehelichen Verkehr vom Straf- auf das Familiengericht zu übertragen unter Ausschluß des Staatsanwalts; mehr helfender als sanktionierender Charakter des familiengerichtlichen Rechtsschutzes; Beziehung sachverständiger Beisitzer.

Die "Linke" tut sich schwer mit dem Thema. Stärkt man den bürgerlichen Staat, oder schwächt man "das Patriarchat" mit einer Forderung nach Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe nach §177 StGB? Meines Erachtens spricht mehr für die zweite Annahme: Einer möglichen Kompetenzerweiterung der Strafverfolgungsorgane würde die zunehmende Entziehung der ideologisch-politischen Rechtfertigung der besonderen geschlechtlichen Unterdrückung von Frauen gegenüberstehen.

Zivilrechtlich notwendig sind darüber hinaus Forderungen nach Erleichterung der Scheidung.

Quellenhinweise: ZRP 10/85, 11/85, 5/86; BGH NJW 67, 1079; Mak, NAP v. 27.6.86. – (Mak)

Waldheim

Förderung von Chauvinismus und Antisemitismus

Jugoslawische Dokumente: Waldheim bei Massakern beteiligt

Im April '86 veröffentlichten mehrere jugoslawische Zeitungen Dokumente über die Tätigkeit Kurt Waldheims als Offizier während der faschistischen Besatzung des Gebiets des heutigen Jugoslawien.

Waldheim war zweimal während des 2. Weltkrieges in diesem Gebiet eingesetzt. Vom 20. April bis Mitte Juni 1942 war er Ordonnanzoffizier und Übersetzer für die "Kampftruppe General Bader" in der Region um Sarajevo, Dubrovnik und Pljevlja. Diese "Kampftruppe", die sich aus Italienern und Deutschen zusammensetzte, bekämpfte die Partisanen in diesem Gebiet. Berichte über "Säuberungsaktionen", die der Wehrmachtszentrale zugeleitet wurden, trugen u.a. auch Waldheims Unterschrift. Nach zwei Vernichtungsschlachten in Kozara und Sjuteska, die auf Seiten der Partisanen mehr als 18000 Tote forderten, wurden 60000 jugoslawische Zivilisten in Konzentrationslager verschickt. Das mit den Faschisten kollaborierende "Ustascha-Regime" in Kroatien verlieh Waldheim einen Orden für "tapfere Haltung" in diesen Kämpfen gegen die Partisanen, einen von nur zehn entsprechenden Orden, die die Ustascha in dieser Zeit verliehen hat.

Nach seinem Einsatz in Griechenland war Waldheim ab April 1943 wieder im Gebiet des heutigen Jugoslawien tätig. In einem Dokument von 7 Seiten, das heute im Archiv der Kommission der UNO für Kriegsverbrechen in London liegt, sind unter der Nummer "F-25572" Zeugenaussagen eines Kriegsverbrecherprozesses von 1947 in Jugoslawien über die Tätigkeit Waldheims festgehalten. Nach der Aussage des gefangenen Leutnants Johann Meier, der mit Waldheim im Stab des Generals Löhr arbeitete, soll Waldheim "Befehlsvorlagen für das Verhalten bei Geiselnahmen, Vergeltungsmaßnahmen und für das Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen und Zivilisten" (1) ausgearbeitet haben. Im Herbst 1944 wurde Waldheim im Gebiet des heutigen Kosovo eingesetzt. Dort wurden als "Vergeltungsmaßnahme" gegen die Kämpfe der Partisanen durch die faschistischen Besatzer drei Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Nach den Aussagen des ebenfalls von den Partisanen gefangenen Stabsoffiziers Egberts-Hilker (1947) kann man die "Verantwortung Kurt Waldheims auch für die Massaker Ende 1944 auf der Straße von Kocana nach Stipa feststellen, als 3 Dörfer niedergebrannt und 114 Einwohner umgebracht wurden." (1)

Waldheim hat bisher jede Mittäterschaft, ja das Wissen von den Massakern abgestritten. Daß er Tagesberichte an die Wehrmachtszentrale mitunterzeichnet habe, würde gar nichts bedeuten. Die Aussagen der Kriegsverbrecher im Prozeß 1947 in Jugoslawien bezeichnete er als "erfunden", dies sei nur ein Beweis dafür, daß diese im Prozeß unter Druck gestanden hätten.

Offensichtlich ist auch in Jugoslawien selbst umstritten, wie weitgehend man Waldheims Tätigkeit im 2. Weltkrieg angreifen soll. Nach der Veröffentlichung der oben zitierten Dokumente im April erschien Mitte Mai die Erklärung eines Sprechers der Regierung Jugoslawiens, man habe Waldheim niemals direkter Kriegsverbrechen beschuldigt. Auch die ersten jugoslawischen Kommentare zur Wahl Waldheims kann man eher als zurückhaltend bezeichnen. Quellenhinweis: (1) Vjesnik 28.4.86, Vecerni Novosti 26./27.4.86, mehrere Ausgaben von Danas und SZ

Wahlsieg Waldheims ermöglicht Ruck nach rechts

Drei Tage nach seinem Sieg als Bundespräsident gab Kurt Waldheim erstmalig eine Pressekonferenz, zu der nicht nur ausgewählte Journalisten eingeladen waren. Er erklärte, die Hauptursache seines Wahlerfolges sei "der Wunsch der österreichischen Bevölkerung nach Erneuerung der moralischen Werte". Gegen den Vorwurf des Antisemitismus sagte er: "Ich werde mich in besonderer Weise um den Dialog, vor allem mit unseren jüdischen Mitbürgern, bemühen und alles unternehmen, um Antisemitismus und jeder Art von religiöser, rassischer und ethnischer Diskriminierung entgegenzutreten. Ich habe diese Lehren schon aus meiner Erfahrung in der mir aufgezwungenen Dienstleistung in der Armee eines unmenschlichen Regimes gezogen." Demgegenüber hatte Waldheim während des Wahlkampfes wiederholt erklärt, er habe als Soldat seine "Pflicht getan wie Hunderttausende andere Österreicher auch". Auf der Pressekonferenz erklärte er ferner, er sei zu "Gesten der Versöhnung" gegenüber den KZ-Opfern und österreichischen Widerstandskämpfern bereit, etwa durch einen Besuch des KZ Mauthausen. Auch gegen eine internationale Kommission zur Untersuchung seiner Vergangenheit habe er keine Einwände, nur müsse diese Kommission "korrekt und objektiv" sein – darunter versteht er, sie solle "Verständnis für die Probleme der Deutschen Wehrmacht, die Hierarchie und die Macht der Offiziere" haben.

Sicher ist, daß der Wahlsieg Waldheims der Regierung ermöglicht, deutlich nach rechts zu rücken. An die Stelle des als unentschlossen und profillos geltenden Bundeskanz-



Waldheim, Mitte, im Mai 1943 in Podgorica in Jugoslawien. Waldheim behauptete, zu dieser Zeit habe er in Wien Jura studiert.

Iers Sinowatz trat der bisherige Finanzminister Vranitzky, enger Freund des früheren Vizekanzlers und jetzigen Generaldirektors der Creditanstalt-Bankverein, Hannes Androsch. Vranitzky gilt als "Macher" und "starker Mann". Er berief vier neue Minister:

Außenminister wurde der bisherige außenpolitische Sprecher der SPÖ, Dr. Peter Jankowitsch. Während der Amtszeit Waldheims als UNO-Generalsekretär war er UNO-Botschafter. Der bisherige Außenminister Gratz trat zurück, weil er nicht "Waldheims Ministrant" sein wollte.

Neuer Landwirtschaftsminister ist der bisherige Staatssekretär im Handelsministerium, Erich Schmidt. Ihm sagt man voraus, daß er für die Konflikte mit den Bauern "reiche Erfahrung in Sozialpartnergesprächen" besitzt.

Neuer Finanzminister wurde der bisherige Verstaatlichten-Minister, Ferdinand Lacina, der zunächst nach seinem Rücktritt erklärte, er werde sich ganz aus der Politik zurückziehen und "in die Industrie gehen".

Der neue Minister für Verstaatlichte Industrie und Verkehr ist der bisherige Generaldirektor des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns, Dr. Rudolf Streicher. Er hat sich seine Spuren als Sanierer der Austria Metall AG verdient. Ihm wird zugute gehalten, er habe "gegenüber politischen Einflüsterern und widerspenstigen Betriebsräten den notwendigen Umgangston".

Einen Tag nach Bekanntgabe der neuen Regierung stellte Vranitzky sein Regierungsprogramm für die nächsten zehn Monate vor. Dazu gehört u.a. eine Reform der Verstaatlichten-Dachorganisation ÖIAG, eine Reform der Körperschaftssteuer und die Novellierung des Versicherungsaufsichtsgesetzes. Ferner legte Vranitzky Wert darauf, daß die Zusammenarbeit mit der EG intensiviert werden müsse, wenn er auch bedauernd feststellte, daß eine Vollmitgliedschaft Österreichs aus neutralitätspolitischen Gründen nicht zur Diskussion stehe. Der westdeutschen Regierung versprach er, er werde sich im Gegensatz zum bisherigen Bundeskanzler Sinowatz nicht gegen die Inbetriebnahme der WAA Wackersdorf einsetzen.

Quellenhinweis: Salzburger Nachrichten, Die Presse, Neue Kronenzeitung, div. Ausgaben

Stellungnahmen jüdischer Organisationen und Institutionen

Israels Premierminister Peres und Außenminister Schamir haben am Morgen nach der Wahl Waldheims den Rückruf des Botschafters aus Wien beschlossen. Die israelische Regierung erwägt, keinen neuen Botschafter zu entsenden, sondern diesen durch einen Geschäftsträger oder durch einen Botschafter bei den Vereinten Nationen in Wien zuersetzen. Der israelische Staatspräsident Herzog warnte vor "Überreaktionen", Außenminister Milo nannte die Wahl einen "Alpträum für jeden Juden und für jeden Israeli". So die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse, die einzelne Äußerungen von Politikern gegeneinanderstellt. Ausgekostet wird die spalterische Wirkung des Vorwurfs gegenüber den Juden, international statt national zu sein. Dies läßt sich an der merkwürdigen Zusatzspekulation erkennen, speziell die Juden in den USA hätten die Schuldvorwürfe gegen Waldheim aufgebracht, weil sie ein Interesse daran hätten, von dem Fall des jüdischen Amerikaners Pollard abzulenken, der angeklagt ist, für Israel spioniert zu haben. Dieses "Argument" findet sich sowohl in der österreichischen Presse als auch in der FAZ, deren Sprachgebrauch sich auf das faschistische Klischee von der jüdischen Weltverschwörung hinbewegt, wenn sie den israelischen Botschafter bei den Vereinten Nationen "im Bannkreis der jüdischen Organisationen in Amerika" wirken sieht.



Jüdische Zwangsarbeiter im Lager in Sarajevo

Die Spaltung fruchtet leider auch in den Reihen des Jüdischen Weltkongresses. Vom 23. bis 26. Mai tagte der Europäische Jüdische Kongreß in Genf. Der Präsident des Weltkongresses erschien nicht. Werner Nachmann, einer der Vizepräsidenten und zusammen mit Alexander Ginsburg Vertreter des Zentralrats der Juden in Deutschland auf dem Kongreß, kritisierte, daß das Büro des Generalsekretärs des Weltkongresses sich weder mit der deutschen Sektion noch mit den europäischen Mitgliedern beraten habe, bevor es mit den Vorwürfen gegen Waldheim an die Öffentlichkeit getreten sei. Die Form sei politisch nicht geschickt gewählt, selbst wenn man davon ausgehe, daß mit den vorgelegten Dokumenten ein schuldhafte Verhalten eindeutig nachzuweisen sei. Er gab zu bedenken, daß das Problem Waldheim auch durch seine Nichtwahl nicht gelöst wäre. Auch dann hätten sich fast die Hälfte aller Österreicher nicht davon abschrecken lassen, ihm die Stimme zu geben. Waldheim hat den Antisemitismus bewußt als Mittel eingesetzt, um die kleinen Eigentümer und die Mehrheit der Akademiker davon abzulenken, daß der Kapitalismus ihre Interessen nicht fördert, sie aber dennoch an die Interessen der Eigentümer zu binden.

Ähnliche Erwägungen stellt die in New York erscheinende Zeitschrift "Aufbau" an. Sie erklärt den Wahlsieg Waldheims nicht primär als Wirkung des Antisemitismus, sondern führt die Schwäche der österreichischen Sozialdemokraten mit ihren vielen Skandalen an sowie die Abgrenzung gegen den Kommunismus aufgrund der geographischen Lage Österreichs. Der "Aufbau" argumentiert, daß andernfalls der rechtsradikale Kandidat Scrinzi mehr als ein Prozent der Stimmen hätte bekommen müssen. Dem letzten Argument können wir insofern nicht folgen, als wir darin nur eine Konstellation erkennen können, die es Waldheim erlaubt, sich als Mann der Mitte auszugeben.

Daß ein gewisses Zurückweichen vor den antisemitenischen Anwürfen gerade bei den Vertretern der Juden in der BRD eintritt, ist erklärlich durch den besonderen Druck, den die westdeutsche Bourgeoisie auf sie ausübt durch Aktionen wie Ehrung von SS-Gräbern in Bitburg, durch ungestrafe antisemitische Äußerungen von Politikern in der Öffentlichkeit und durch ihr ständiges Verlangen, die Juden sollten mehr Versöhnungsbereitschaft zeigen, indem sie sich der reaktionären nationalen Identität der Deutschen unterwerfen. Genau in dieser Absicht hat Bundeskanzler Kohl erklärt, Waldheim sei ein "großartiger Mensch", und hat die Bundesregierung ihm zur Wahl gratuliert.

Quellenhinweis: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung vom 6. u. 13.6. 1986; Aufbau vom 23.5. 1986; FAZ vom 10. bis 18.6. 1986 – (lsc, rua, anl)

EG

EG, EWS und europäische Währungsunion – gegen wen richtet sich der "Stabilitätspakt EWS"?

Welche Bedeutung eine einheitliche Währungspolitik oder sogar eine einheitliche Währung für die weitere Festigung des imperialistischen Großwirtschaftsraums EG einnimmt, ist unter der mit der wissenschaftlichen Beobachtung dieser Einigung beauftragten bürgerlichen Fachwelt seit langem umstritten. Grob gesagt bestehen zwei "Schulen". Die "monetaristische" propagiert die Einführung und schrittweise Ausweitung einer einheitlichen Währung für alle EG-Staaten – eine Zeitlang parallel zu den nationalen Währungen, später an deren Stelle – als eines der entscheidenden Kettenglieder, um aus dem imperialistischen Bündnis eine sowohl wirtschaftlich wie auch politisch nur noch gewaltsam zu sprengende Großmacht zu machen. Die andere – "ökonomistische" – Schule verlangt eine weitgehend einheitliche Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik, im Grunde also die Schaffung kompletter Staatsorgane auf EG-Ebene, als Vorbedingung für eine einheitliche Währung

"Unaufhaltsamer Aufstieg" von EWS und ECU?

"Der unaufhaltsame Aufstieg einer Kunstmünze", unter dieser Überschrift berichtete im April das von der EG-Kommission herausgegebene "EG-Magazin" von einer zunehmenden Verwendung der "Europäischen Währungseinheit" (European Currency Unit) "ECU". Die 1979 als Währungskorb von inzwischen zehn Währungen geschaffene "ECU" finde immer mehr Verwendung. Anfangs fast nur als Rechnungseinheit für den Haushalt der EG, zwischen den EG-Zentralbanken und für EG-Einrichtungen wie die Europäische Investitionsbank (EIB) verwendet, werde die "ECU" nun auch zunehmend von privaten Banken und Anlegern nachgefragt: "Am Euromarkt gehört sie schon zu den vier wichtigsten Währungen – nach Dollar, DM und Pfund Sterling. Seit dem 21. März 1981, als erstmals ein (italienischer) Emittent eine öffentliche Anleihe in ECU anlegte, sind über 250 ECU-Anleihen mit einem Wert von fast 40 Mrd. DM begeben worden. Weltweit liegt der ECU bei den Emissionswährungen auf Platz 5, knapp hinter Yen, Pfund Sterling und D-Mark – die Spitze hält natürlich der Dollar." (1)

Auch das Kölner "Institut der deutschen Wirtschaft" des BDI meldet: "Im Außenhandel, vor allem bei Großprojekten, werden die Rechnungen vereinzelt bereits auf ECU geschrieben ... Als Zahlungsmittel, also zur Tilgung von Geld- und Schuldverhältnissen, dient die ECU vor allem französischen und italienischen Außenhändlern ... Inzwischen haben sich über 50 europäische Banken zu einem Verband zusammengeschlossen, dessen Ziel die Errichtung eines ECU-Verrechnungssystems ist. Es soll seine Tätigkeit im Oktober 1986 unter der Federführung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) aufnehmen." (2)

und eine "europäische Zentralbank". Die westdeutsche Reaktion hat in der Vergangenheit bei beiden "Schulen" Vorschläge übernommen, um die "europäische Einigung" und ihre Vormachtstellung in der EG Schritt für Schritt voranzutreiben. Der BWK hat auf seine letzten Delegiertenkonferenz seinen Standpunkt dargelegt. Dabei blieben einzelne Fragen umstritten. Die folgenden Aufsätze versuchen, die Rolle des EWS und des ECU für den Aufbau der imperialistischen Großmacht EG genauer zu untersuchen. Während der erste Aufsatz die Gesichtspunkte zusammenträgt, die dafür sprechen, daß EWS und ECU bereits relativ weit entwickelte Ansätze zu einer "EG-Währung" darstellen, sind zum Schluß Gesichtspunkte zusammengetragen, die dagegen sprechen. Eine weitere Klärung dieser Frage wollen wir durch die Untersuchung der Rolle einheitlicher Währungen für andere imperialistische Großwirtschaftsräume gewinnen. – (rül)

Das sind Anzeichen, daß der 1979 durch Beschuß der Notenbanken und Regierungen der EG geschaffene ECU Schritt für Schritt die Funktionen einer gewöhnlichen imperialistischen Währung übernimmt, zusätzlich zu den in den einzelnen EG-Ländern bereits bestehenden Währungen. Den Kapitalisten erwachsen dadurch verschiedene Vorteile. So ist der ECU-Kurs stabiler als der der einzelnen EWS-Währungen untereinander. Das senkt das Kursrisiko bei jeder Art von Außenhandelsgeschäften der Kapitalisten. Vor allem die Kapitalisten aus Staaten, die mit Abwertungen ihrer Währungen gegenüber dem Dollar oder der D-Mark rechnen mußten, haben deshalb in den letzten Jahren auf ECU-Finanzierungen zurückgegriffen, um sich so gegen Abwertungsverluste zu schützen. Aber auch in den sogenannten "Hartwährungsländern" BRD und Niederlande wächst das Interesse am ECU. ECU-Anleihen werden nämlich mit dem gewichteten Durchschnitt der in den EWS-Ländern geltenden Bankzinsen verzinst. Da diese Zinsen in den meisten EG-Staaten höher liegen als in der BRD und den Niederlanden, konnten z.B. westdeutsche Banken nach Berechnungen des IdW bei Vergabe von ECU-Anleihen eine um 1,7 bis 2,9% höhere Rendite erzielen, verglichen mit DM-Anleihen.

Bundesbank: Nichts ohne unsere Zustimmung!

Trotz solcher Vorteile: Die Reaktionen in der BRD auf die zunehmende Verwendung der ECU sind scheinbar widersprüchlich. Daimler-Benz Finanzchef Edzard Reuter verlangt mehr Währungszusammenarbeit: "Eine Angebotspolitik für die Zukunftsin industrien Europas könne nur auf der Grundlage einer integrativen europäischen Währungspolitik betrieben werden, sagte Reuter, der

fürchtet, daß die wirtschaftliche Integration Europas ohne gemeinsame Währung nur im Schneckengang vorankommen könne" (Handelsblatt, 7.4.86). Dieses Interesse ist allen großen Monopolen in der EG gemeinsam. Je mehr sie ihre Warenexporte und Kapital in die anderen EG-Staaten ausdehnen, umso mehr steigt auch ihr Interesse an einer einheitlichen Währung, um Transaktionskosten zu senken, einheitlich kalkulieren zu können. Beeinträchtigungen ihres Geschäfts durch Wechselkursänderungen auszuschalten usw.

Scheinbar im Gegensatz dazu lehnt die Bundesbank bis heute die Zulassung der ECU als für Private ungehindert leih- und verleihbare Devise beharrlich ab und sperrt sich auch gegen die Forderung, dem im Rahmen des EWS wirkenden "Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit" (EWFZ) mehr Funktionen einer "europäischen Zentralbank" zu verleihen. "In jedem EG-Staat kann die – de jure oder de facto als Devise angesehene – ECU bei Banktransaktionen verwendet werden, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland", klagt das "EG-Magazin". Ganz offensichtlich will die Bundesbank, wollen die BRD-Imperialisten einen weiteren Ausbau der Währungsunion, aber zugleich für die BRD eine Sonderstellung. Warum?

1978: Ein "Stabilitätspakt" wird gegründet

"Wir sind fest entschlossen, den dauerhaften Erfolg des EWS durch eine auf größere innere und äußere Stabilität gerichtete Politik sowohl für Defizit- als auch für Überschüsse zu gewährleisten." Mit dieser Erklärung begründeten die Regierungschefs der EG am 5. Dezember 1978 das "Europäische Währungssystem" EWS. Die teilnehmenden imperialistischen Staaten verpflichteten sich, die Kurse ihrer

Unterschiedliche Interessen hindern britische EWS-Vollmitgliedschaft

Die britischen Imperialisten nehmen bislang nicht vollständig am Europäischen Währungssystem (EWS) teil. Das Pfund Sterling ist nicht Bestandteil des Verbundes, d.h. sein Kurs ist nicht gegenüber den anderen Währungen in der EG fixiert und wird nicht gestützt. Gleichzeitig aber stellt die britische Regierung wie die anderen EWS-Mitglieder auch 20% ihrer Gold- und Dollarreserven dem Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) zur Verfügung, der mit Darlehen an Notenbanken für Interventionskäufe die Wechselkurse innerhalb des EWS stabil halten soll. Außerdem ist das Pfund Bestandteil des Währungskorbs ECU. Auch an den Konferenzen, bei denen die Wechselkurse innerhalb des EWS-Systems festgelegt werden, nimmt Großbritannien teil, ohne daß die eigene Währung, das Pfund, dabei zur Debatte steht.

Vor allem die westdeutschen Imperialisten treten seit der EWS-Gründung 1979 für die volle Mitgliedschaft Großbritanniens ein. Die "Times" (30.11.1985) zitiert Bundesbankpräsident Pöhl, der "vom deutschen Standpunkt aus" glaubt, "es sei wichtig, daß ein Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sich vollständig an dem beteiligt, was zu einem Eckpfeiler Europas geworden ist. Er meinte weiter, es sei in Deutschlands langfristigem Interesse, daß das System nicht von der Mark dominiert werde, mit dem Pfund Sterling sei es weniger asymmetrisch. Mit dem Pfund Sterling könne sich das Pfund 'zu etwas entwickeln', sagte Herr Pöhl. Er glaubt insbesonders, daß es dabei hilft, die Devisenbeschränkungen in Europa niederzurütteln, was für ihn die grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung des EWS sei."

Die Regierung Thatcher hat sich stets vehement gegen Forderungen, z.B. von Industriekapitalisten, nach voller Beteiligung am EWS gestemmt. Aber seit 1985 gibt es innerhalb der britischen Bourgeoisie eine neue, hitzige Debatte über die Teilnahme oder Nichtteilnahme am direkten Währungsverbund.

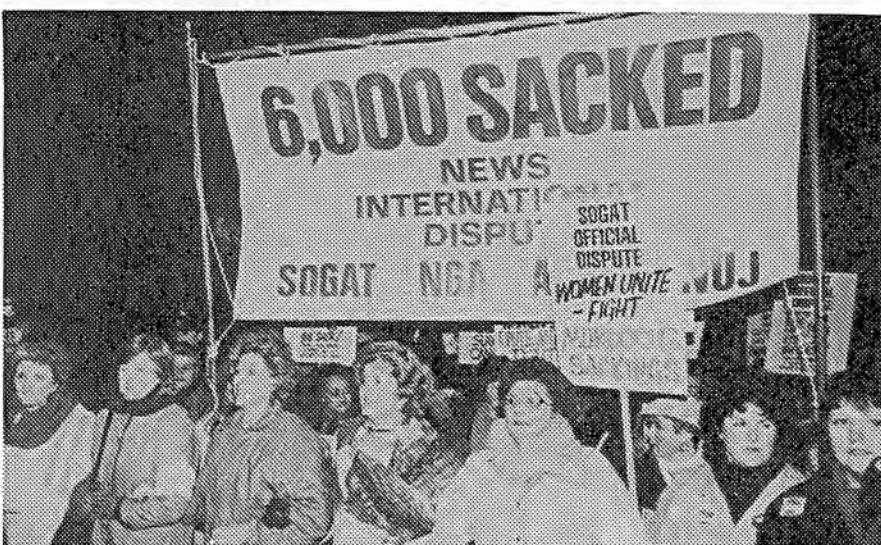
Die ursprünglichen Argumente für oder gegen eine Beteiligung spielen dabei keine große Rolle mehr. Das zeigte sich vor allem an den Verhandlungen eines Sonderausschusses des britischen Schatzamtes, der im letzten Jahr Vor- und Nachteile untersuchte und den Nichtbeitritt empfahl. Das von Industrieverbänden vorgebrachte Argument, man solle Mitglied werden, weil nur stabile Wechselkurse für gesicherte Märkte

in Europa sorgen könnten, sei nicht stichhaltig: Es gebe "keinerlei tatsächliche Beweise, daß Maßnahmen in Bezug auf Wechselkursveränderungen bedeutende Auswirkungen auf die Handelsströme Großbritanniens haben, weder mit Europa noch mit dem Rest der Welt."

Aber auch bisherige Gegenargumente sind unwichtiger geworden, z.B. daß das Pfund wegen Großbritanniens Nordseeöl eine "Petrowährung" sei und seine Wechselkurse starken Schwankungen infolge von Ölpreisänderungen ausgesetzt seien, und zwar entgegen den Bewegungen der anderen EWS-Währungen. Mit dem Beitrag von weniger als 5% zum Bruttosozialprodukt sei die Ölproduktion nicht entscheidend, erklärte selbst die Bank

ungen eng um die DM bei ihren Bewegungen in bezug auf den Dollar schwanken". Das Pfund sei aber eine der fünf internationalen Investitionswährungen (neben Dollar, Yen, DM und Schweizer Franken), deren Wechselkurse frei gegeneinander fluktuieren.

Mit der Anbindung an das EWS-System würde das Pfund also zumindest teilweise seinen Charakter als internationale Spekulationswährung verlieren oder müßte sich gegen die DM als Leitwährung im EWS durchsetzen. Sehr unterschiedliche Interessen stehen sich dabei gegenüber: Die Bundesrepublik hat einen hohen Exportüberschuß (1984 67 Milliarden DM), während Großbritannien ein Minus von 17 Mrd. DM verbuchte. Die britischen Imperialisten erzielten einen Überschuß von 25 Mrd. DM



London: Druckarbeiterinnen demonstrieren gegen Massenentlassungen

von England.

Es waren hauptsächlich drei Gründe, die zur Empfehlung des Sonderausschusses führten und die auch in der öffentlichen Debatte die Hauptrolle spielen.

1. Großbritannien verliert an "wirtschaftspolitischer Souveränität";

2. Es ist sehr schwierig, den richtigen Einstiegskurs für das Pfund festzulegen, eventuell ist man dann nicht mehr konkurrenzfähig;

3. Mit dem Pfund als Mitglied ändere sich der Charakter des EWS, denn dann sind zwei internationale Reservewährungen (Pfund und DM) Mitglied, statt vorher nur der DM, um die sich die anderen bewegen. Diese "Bipolarität" sei das Hauptproblem.

Selbst die "Financial Times", die eigentlich den Beitritt befürwortet, schreibt am 8.1.1986: "Der Europäische Wechselkursmechanismus, wie er zur Zeit besteht, ist in Wahrheit in DM-Block, bei dem die anderen Währ-

aus Versicherungs- und anderen Finanzdienstleistungen, hier war das BRD-Saldo negativ (minus 14 Milliarden). Dazu kommt, daß die britischen Imperialisten zu den größten Gläubigern der Welt gehören.

Deswegen eilt es Thatcher nicht mit dem Beitritt. Ihre Kritiker argumentieren, es sei höchste Zeit, wolle man nicht politischen und wirtschaftlichen Einfluß in der EG verlieren. "Europa kann man nicht nach Speisekarte aussuchen", erklärte ein Zeuge vor dem Ausschuß. Bundesbank-Pöhl jedenfalls sieht der zwangsläufig einem Beitritt folgenden Auseinandersetzung gelassen entgegen.

Quellenhinweis: A. Scott, Britain and the EMS, Journal of Common Market Studies, March 1986, Financial Times, Times, Economist, versch. Ausgaben – (hef)

Währungen künftig innerhalb fester, gemeinsam beschlossener Paritäten – von denen nur um kleine, festgelegte "Bandbreiten" abgewichen werden durfte – zu halten. Sollten die Devisenkurse darunter fallen oder darüber steigen, so waren die Notenbanken gezwungen, mit An- bzw. Verkauf von Devisen gegen diese Kursänderung zu intervenieren und den Kurs innerhalb der beschlossenen Bandbreiten zu halten. Zur Unterstützung solcher Interventionen wurden dem 1973 gegründeten "Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit" (der von einem Verwaltungsrat aus Gouverneuren der Notenbanken der EG-Staaten geleitet wird) von jedem am

Diese Einmischungsrechte mußten absehbar der stärksten EG-Macht auch die meisten Vorteile verschaffen. Tatsächlich waren die westdeutschen und französischen Imperialisten auch die Hauptbetreiber des EWS. Ihre Absicht: Die Vorherrschaft des US-Dollar auf den internationalen Waren- und Kapitalmärkten zu schwächen und ihre eigene Vormachtstellung innerhalb der EG auszubauen.

EWS: Beistandspakt gegen die Lohnabhängigen

Die Aussicht, mit Hilfe des EWS die Stellung aller großen Monopole in der EG gegenüber den US- und japanischen Monopolen verbessern und welt-

Wenn in der Vergangenheit eine der Bourgeoisien Westeuropas Rückschläge gegen ihre Lohnabhängigen hatte hinnehmen müssen, hatte dies in der Regel zu Abwertungen ihrer Währung geführt. Ausländische Konzerne konnten ihren Absatz auf dem Markt eines solchen Landes steigern, die "inländischen" Monopole dagegen mußten im Export Verluste hinnehmen. Das erste steigerte die Nachfrage nach ausländischen Devisen, das zweite senkte die Nachfrage nach der eigenen. So erlittene Devisenverluste führten stets rasch zu einer Abwertung.

Das sollte nun anders werden. Die EWS-Mitgliedsstaaten verpflichteten sich, die Kurse ihrer Devisen zueinander stabil zu halten. Solange dies geschah, konnte jede der beteiligten imperialistischen Bourgeoisien sich des "Beistands" der anderen Notenbanken sicher sein, wenn ihr durch kurzfristige Devisenspekulationen Schaden für ihre Weltmarktgeschäfte drohte. Dieser "Beistand" bestand freilich in Krediten. Sobald also eine der am EWS beteiligten Mächte über längere Zeit Defizite im Außenhandel hinnehmen mußte, stieg auch ihre Auslandsschuld bei den "Partnern" im EWS rapide an. Die Lohnabhängigen in so einem Land – beispielsweise in Belgien – sahen sich sehr schnell sowohl mit der gebietserischen Forderung der eigenen Ausbeuter nach "Kostensenkung" auf allen Gebieten konfrontiert wie auch einer Phalanx ausländischer Gläubiger gegenüber, die ebenfalls eine "Sanierung" der Wirtschaft verlangten.

Mit "Notstandsvollmachten" wie in Belgien oder mit anderen Mitteln eröffneten in den Jahren nach Bildung des EWS dann auch die herrschenden Finanzbourgeoisien schwere Angriffe gegen ihre Lohnabhängigen, senkten die Löhne, steigerten das Arbeits tempo, dehnten die Arbeitszeit aus. Heute ist z.B. in allen EWS-Ländern die "Lohnindexierung", d.h. die tarifvertraglich verankerte automatische Anhebung der Löhne entsprechend der amtlichen Teuerungsrate, beseitigt. In allen EWS-Ländern sind die Einkommen großer Teile der Lohnabhängigen gesenkt, in Belgien etwa nach Schätzung der Gewerkschaften um 20%, ist der Versicherungsschutz schwächer, die Arbeitszeit länger und "flexibler", konnten die Kapitalisten die Laufzeiten ihrer Maschinen in die Nacht und ins Wochenende ausdehnen.

BRD-Vormacht gefestigt

Die westdeutschen Imperialisten waren – manchmal in aller Öffentlichkeit, manchmal "diskret" – an solchen Angriffen stets beteiligt. Als größte Handelsmacht der EG und als diejenige EG-Macht, die zusätzlich über die größten Kapitalanlagen in den anderen EG-Staaten verfügte, waren sie auf vielfältige Weise Nutznießer dieses "Stabilitätspaktes". Sie konnten ih-



"Stabilität des EWS" – das bedeutet immer neue Angriffe der Kapitalisten auf die Lohnabhängigen in den EWS-Ländern. Bild: Demonstration belgischer Stahlarbeiter in Brüssel gegen Massenentlassungen und Lohnsenkungen, 11.2.1982.

EWS teilnehmenden Staaten 20% der Gold- und Dollarreserven leihweise, aber zinslos "übertragen" – insgesamt 40 Mrd. ECU, das entsprach damals ca. 100 Mrd. DM. Dieser "Fonds" konnte, falls die kurzfristig zwischen den Notenbanken arrangierten Devisenkredite nicht ausreichten, im Rahmen eines "kurzfristigen Beistands" bis zu 14 Mrd. ECU (ca. 35 Mrd. DM), im Rahmen eines "mittelfristigen Beistands" weitere 11 Mrd. ECU (ca. 27,5 Mrd. DM) an Notenbanken verleihen, um diesen bei der Verteidigung ihres Devisenkurses zu helfen. Spätestens wenn eine Notenbank den "mittelfristigen Beistand" benötigte, sollten damit wirtschaftspolitische Auflagen wie die IWF-Auflagen verbunden sein.

Der EWS funktionierte so als Beistandsabkommen der westeuropäischen Imperialisten gegen Störungen ihrer Geschäfte auf dem Weltmarkt durch den US-Dollar – ein Beistandsabkommen, mit dem die beteiligten Notenbanken und Regierungen sich freilich auch über den EG-Vertrag hin ausreichender Rechte auf gegenseitige Einmischung einräumten.

weit expandieren zu können, stachelte die westeuropäischen Imperialisten in der Folge zu schweren Angriffen gegen ihre Arbeiterbewegung an. Mit den Worten des damaligen SPD-Bundesfinanzministers Matthöfer: "Die Einbindung in ein System relativ fester Wechselkurse übt einen verstärkten Druck zur Preisstabilisierung auf die Länder aus, die gegenwärtig noch unbefriedigend hohe Preissteigerungsraten haben." (3) Vor allem die "Preissteigerungsrate" der Ware Arbeitskraft, also die Löhne, sollte gesenkt werden. Beseitigung der Lohnindexierung in Italien und Belgien, Abbau von Lohnkosten und Lohnnebenkosten in allen EG-Ländern waren von Anfang an wesentliche Ziele aller am EWS beteiligten Imperialisten. Wieder Matthöfer: "Die Verpflichtung, den Kurs der Währung innerhalb der festgelegten Bandbreiten zu halten, zwingt die Regierungen zum Handeln und gibt ihnen zudem die Rückendeckung, die sie für eine wirksame Stabilisierung brauchen." (3)

te Exporte in die anderen EG-Staaten von 131 Mrd. DM 1978 auf 267 Mrd. DM 1985 verdoppeln, ihren Exportüberschuß im gleichen Zeitraum sogar verdreifachen: von 10,8 Mrd. DM 1978 auf 31,6 Mrd. DM 1985. Dabei war ihnen das EWS auch eine willkommene Tarnung, um ihre Einmischung in andere Länder voranzutreiben, ihre Vormachtstellung auszubauen, ohne dabei als "D-Mark-Imperialisten" unter große öffentliche Kritik zu kommen. Der niederländische Zentralbankchef Duisenberg im Mai dieses Jahres: "Der ECU kann – in den Augen der öffentlichen Meinung – den Unterschied dokumentieren zwischen einem D-Mark-Block und einem europäischen System. Die öffentliche Meinung mag die Disziplin des letzteren akzeptieren, aber nicht die des ersteren." (4)

Diese Vormachtstellung will die Bundesbank auch beim Ausbau des EWS mit allen Mitteln verteidigen.

Pläne zum Ausbau des EWS

Im Februar hat das Europäische Parlament die Pläne für diesen Ausbau des

nicht – wie die D-Mark – allein von der Bundesbank kontrolliert wird.

– Sodann sollen alle EWS-Staaten sich uneingeschränkt dem EWS anschließen. Damit ist Großbritannien gemeint, aber auch die neuen EG-Mitglieder Griechenland, Portugal und Spanien. Während der Beitritt Großbritanniens die Interventionsmöglichkeiten der EWS-Zentralbanken gegenüber Dollar und Yen bedeutend steigern würde, hätte der EWS-Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals deren Unterwerfung unter künftige "Sanierungsauflagen" der großen Gläubigermächte im EWS, also Großbritanniens, Frankreichs und der BRD, zur Folge.

– Drittens soll die Verwendung des ECU weiter ausgedehnt werden. Im einzelnen schlägt das Parlament vor, Darlehen der EG an Staaten der Dritten Welt künftig weitgehend in ECU zu vergeben. Das soll ein einheitliches Vorgehen aller EG-Staaten gegenüber den Empfängern solcher Kredite sichern und so die Abhängigkeit z.B. der AKP-Staaten von der EG steigern.

– Weiter will das Parlament, "daß

Den Haag verlangt, den "Gebrauch und die Rolle des privaten ECU" in den EG-Ländern zu fördern. Dazu sollen die Zwangsmittel, die das Europäische Währungssystem gegen jede "stabilitätsgefährdende" Gegenwehr der Lohnabhängigen schon enthält, weiter ausgedehnt werden, indem Kredite der EG-Notenbanken untereinander, aber auch der EG oder einzelner EG-Einrichtungen an einzelne EG-Länder noch stärker mit wirtschaftspolitischen Auflagen verbunden werden. Es gelte, "die Konvergenz (Angleichung, d. Red.) der Wirtschaftspolitiken dadurch zu fördern, daß man bei Finanzierungen in größerem Ausmaß auf das Prinzip der Konditionalität zurückgreift". (6)

Streitpunkt: ECU als Devise oder nicht?

Weiterhin strittig bleibt bei diesem Ausbau der währungspolitischen Zusammenarbeit im EWS der Ausbau des "Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit" (EWFZ) zu einer quasi-Zentralbank und die Anerkennung der ECU als Devise durch die Bundesbank. Beides lehnt die Bundesbank ab. Ihre Begründung, vorgetragen durch den Präsidenten der Landeszentralbank Baden-Württemberg, Prof. Kloten: "Den kleineren Ländern im EWS wachsen über europäische Kollegialorgane Mitspracherechte zu, die mehr Einflußmöglichkeiten auf das monetäre Geschehen in Europa umgreifen als bei nationaler währungspolitischer Souveränität. Die großen Partner werden eher an Einfluß verlieren, vor allem die Bundesrepublik als die – währungspolitisch gesehen – bisherige économie dominante" (dominierende Wirtschaft, d. Red.). (7)

Auch die Forderung nach Anerkennung der ECU als Devise – in den anderen EWS-Ländern schon vollzogen – ist, zumal in Verbindung mit der gewünschten Aufwertung des EWFZ, für die Bundesbank eine Gefahr für die "Stabilität" der europäischen Einiung. Wieder Prof. Kloten: "Was bisher vorgeschlagen wurde, gewährleistet weder eine unabhängige Notenbank, noch läßt es das Maß an Geldwertstabilität erwarten, das vor allem aus deutscher Sicht unabdingbar ist ... Geld verträgt weder Experimente noch faule Kompromisse."

BRD: Kein "Kompromiß" bei Staat und Geld!

Die Stabilität der D-Mark garantiert im Zweifelsfall der westdeutsche Gewaltapparat, indem er Steuern eintriebt, Polizei und Armee rüstet und, wo nötig, auch seinen Gewaltapparat einsetzt, um die Lohnabhängigen an die Arbeit zu zwingen, Streiks zu bekämpfen und überhaupt alles abzuwehren, was die "Stabilität" der Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie und damit auch die Stabilität ihrer



Große, langfristige Rohstoffgeschäfte der westeuropäischen Konzerne will das Europäische Parlament künftig in ECU abgerechnet haben, um den Druck der EG auf die Lieferländer zu steigern. Bild: Abtransport von Holz aus Zaire für den Export in die EG.

EWS in einem Bericht zusammengefaßt. Seine Forderungen im einzelnen:

– die gemeinsamen Zentralbankreserven im EWS sollen von jetzt 50 Mrd. ECU auf 70 bis 80 Mrd. ECU (ca. 171 Mrd. DM) angehoben werden. Zusätzlich sollen die Gold- und Dollarreserven der EWS-Zentralbanken, die dem "Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit" (EWFZ) bisher leihweise übertragen sind, diesem endgültig übergeben werden. Diese Forderung erheben insbesondere die kleinen EWS-Staaten, aber auch Frankreich, um so mit dem ECU und einem gestärkten EWFZ eine stabile, gegen Devisenspekulationen geschützte Währung für ihre internationalen Geschäfte zu gewinnen, die

eine koordinierte Aktion auf Gemeinschaftsebene zur allgemeinen Verwendung der ECU beim Abschluß und bei der Bezahlung großer Lieferungen von Energiressourcen, Rohstoffen und Nahrungsmitteln (besonders bei mittel- und langfristigen Verträgen) durchgeführt wird." (5) Das soll helfen, den Dollar als weltweites Zahlungsmittel durch den ECU zu verdrängen, um allen westeuropäischen Monopolen mehr Kurssicherheit für ihre Geschäfte zu verschaffen und so deren Expansion auf dem Weltmarkt zusätzlich zu fördern.

Auch die "Europäische Volkspartei", der Zusammenschluß westeuropäischer christdemokratischer Parteien, hat auf ihrer Tagung im April in

Währung gefährden könnte. Wer aber garantiert im Zweifel die "Stabilität" des ECU? Nur Staatsorgane, die EG-weit einschreiten können und für "Stabilität" und "Ordnung" sorgen, antwortet die Bundesbank. Und weil ihr diese EG-weite Staatsgewalt noch nicht genügend stark und von ihr noch nicht genügend kontrolliert ist, darum erkennt sie auch den ECU nur in Teilbereichen, nämlich für den Haushalt der EG und ihrer Organe, in den anderen EG-Staaten, im Verkehr zwischen den EG-Zentralbanken und bei internationalen Bankgeschäften, nicht aber als eine in der BRD ungehindert für Kredite aller Art zu verwendende Devise an.

Die Vormachtstellung der BRD in Westeuropa auszubauen und eine europaweit für Ordnung und "Stabilität" von Wirtschaft und Währung sorgende Staatsmacht zu stärken, das ist auch das Ziel der Vorschläge, die die Bundesbank den Forderungen nach sofortiger und vollständiger Anerkennung der ECU entgegenstellt.

So müsse die EG vor allem für einen "Durchbruch bei der Integration der Finanzmärkte" sorgen. Gemeint ist der EWS-Beitritt Großbritanniens, wodurch die Kräfte der "Ordnung", die den ECU-Kurs sichern, gestärkt werden sollen. Weiter der EWS-Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals. Drittens die Beseitigung noch bestehender Schranken für Kapitalexporte. Wo immer sich eine Anlagentmöglichkeit auftut, wollen die BRD-Imperialisten zugreifen können, nicht behindert von fremden Staatsorganen, sondern von diesen unterstützt. Auf diese Weise könne man auch "größere Konvergenz (Angleichung, d. Red.) in der Geld- und Finanzpolitik der einzelnen Länder" erreichen und die "politische Kooperation auf allen Ebenen" vorantreiben, damit "die Bedingungen für weiterreichende Lösungen erfüllt" (8) werden. Quellenhinweis: (1) Ch. Frank, Der unaufhaltsame Aufstieg einer Kunswährung, in: EG-Magazin 4/1986, S. 9f; (2) Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, 22.5. 1986; (3) Finanzminister Matthöfer in: EWS-Informationsbroschüre des Finanzministeriums, 1979; (4) Duisenberg, Präsident der Niederländischen Zentralbank, am 14.5.1986 vor dem Internationalen Zentrum für monetäre und Bankstudien, Basel, zit. nach Presseauszüge der Bundesbank, 21.5. 1986, S. 3; (5) Dok. A2-196/85 des EP, 20.2.1986; (6) zit. nach: Arbeit und Wirtschaft, Resolution des EVP-Kongress, 10. bis 12.4.1986, Den Haag; (7) Prof. Norbert Kloten, Die ECU: Perspektiven der monetären Integration in Europa, in: Europa-Archiv 15/1985, S. 451f.; (8) Prof. Kloten, Die monetäre Integration: Was steht ihr im Wege?, Vortrag vor der List-Gesellschaft, zit. nach Presseauszüge der Bundesbank, 9.5.1986 - (rül)

Kontinuität großdeutscher Europapolitik: Die IG Farben über "europäische Währungsunion"

Das folgende Dokument ist dem Buch "Europastrategien des deutschen Kapitals" von Reinhard Opitz entnommen. Es dokumentiert die für manche vielleicht verblüffende Kontinuität zwischen den Plänen einer "Neuordnung Europas", wie sie das deutsche Monopolkapital mittels seiner faschistischen Gewaltmaschinerie im zweiten Weltkrieg zu erreichen suchte, mit den heute vom westdeutschen Imperialismus verfolgten Konzepten. Das komplette Dokument stammt von 1944, also aus einer Zeit, als das deutsche Monopolkapital danach strebte, seine gewaltsam erreichte Position durch den Appell an "europäische Gemeinsamkeiten" aller Ausbeuter in Europa gegen den antifaschistischen Befreiungskampf und den Angriff der Anti-Hitler-Koalition unter Führung der Sowjetunion zu verteidigen. Wir geben hier nur die wichtigsten Auszüge zur Währungspolitik wider.

"Die Errichtung einer Europäischen Clearingstelle und Creditanstalt – Europabank

Die Abwicklung des Austausches von Waren und Leistungen, der sich zwischen den Mitgliedern des Wirtschaftsbündnisses Europäischer Staaten abspielen soll, macht die Errichtung einer Clearingstelle erforderlich, die den Ausgleich der daraus entspringenden Forderungen und Verpflichtungen besorgt, gleichzeitig aber die Aufgabe hätte, die mit dem Clearing zusammenhängenden Kreditoperationen durchzuführen ... Sie soll im folgenden Europabank genannt werden ...

Ihrer Aufgabe entsprechend hätte die Europabank ausschließlich mit den Centralbanken der Bündnisstaaten oder mit den ähnlichen Funktionen versetzen Regierungsstellen ... zu verkehren ...

Die Europabank könnte, wenn man will, als ein Aktienunternehmen aufgebaut werden, dessen auf Namen lautende Aktien von den Centralbanken der einzelnen Bündnisstaaten ... zu übernehmen wären ...

... würde es sich vielleicht empfehlen, die Europabank auf Grund eines völkerrechtlichen Vertrages als ein zwischenstaatliches Rechtssubjekt sui generis ins Leben zu rufen ...

Die Leitung der Europabank müßte in den Händen eines von den Regierungen der Mitgliedstaaten zu ernennenden Direktoriums liegen, das aus mindestens 8 und höchstens 12 Mitgliedern zu bestehen hätte ...

Die Kapitalbeschaffung der Europabank hätte sich derart zu vollziehen, daß ihr jeder Bündnisstaat oder seine Zentralbank in der betreffenden Landeswährung einen Kredit in Höhe seines durchschnittlichen Außenhandelsvolumens in den drei Jahren 1936, 1937 und 1938 eingeräumt und dafür in deren Büchern als Inhaber eines Grundguthabens gleicher Höhe geführt wird ...

Das gegenseitige Wertverhältnis der nationalen Währungen aller dem Wirtschaftsbündnisse angehörenden Staaten wäre spätestens gleichzeitig mit der Errichtung der Europabank durch eine besondere Vereinbarung ihrer Regierungen auf Grund eines Vorschlags festzustellen, den die Präsidenten der Notenbanken zu erstatten hätten ...

Um die Durchführung des Clearings und die gegenseitige Verrechnung zwischen den dem Bündnis angehörenden Staaten zu erleichtern, hätte die Europabank auf Grund des von den Regierungen vereinbarten gegenseitigen Wertverhältnisses der verschiedenen Landeswährungen ein neues Girogeld zu schaffen, das etwa den Namen Europagulden erhalten könnte. Das Wertverhältnis des Europaguldens (EFL) zu den Landeswährungen der einzelnen Bündnisstaaten wäre auf Grund des von den Regierungen vereinbarten gegenseitigen Wertverhältnisses ihrer Landeswährungen festzusetzen.

Die Konten der einzelnen Mitgliedsstaaten bei der Europabank wären nach dieser Relation auf Europagulden umzurechnen und weiterhin in Europagulden zu führen.

Die auf diese Weise ermittelte Relation der einzelnen Landeswährungen zum Europagulden würde ihren Anfangswert bilden. Der Anfangswert könnte von den beteiligten Regierungen nur unter Beachtung der in diesem Vertrage oder im Statut der Europabank getroffenen Bestimmungen geändert werden.

Der innere Wert des Europaguldens würde darauf basiert sein, daß jeder Bündnisstaat verpflichtet wäre, den Ausgleich seiner Forderungen und Verpflichtungen gegenüber anderen Bündnisstaaten durch Vermittlung der Europabank zu bewirken ... Den gleichen Standpunkt nimmt übrigens auch Keynes ein. Er scheint zu fühlen, daß selbst England sich zu diesem Prinzip bekennen muß, wenn es dem Würgegriff der amerikanischen Shylocks entrinnen will ..."

Quelle: Richard Riedl, "Weg zu Europa. Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis Europäischer Staaten", zit. nach R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945, S. 990f.

Zur Diskussion: Was ist die ECU?

Das 1979 eingerichtete Europäische Währungssystem EWS soll dafür sorgen, daß die Währungen in der EG zueinander in einem relativ stabilen Verhältnis bleiben und kurzfristig nur wenig (2,25%, die Lira 6%) schwanken. Um größere Schwankungen durch Interventionskäufe aufzufangen zu können, hinterlegen die EWS-Mitgliedsländer vierteljährlich 20% ihrer Dollar- und Goldreserven in einem zentralen Fond. Zweimal täglich stimmen die Devisenmarkt-Manager der Notenbanken die Marktlage ab und dirigieren dabei auch den Einsatz von Fondsmitteln. Wenn z.B. Banken große Summen Belgische Franc verkaufen und in Dollar, DM oder Yen umtauschen und als Folge der Kurs des Franc sinkt, kann die belgische Notenbank sich aus dem Fond Geld leihen, um Franc zu kaufen und den Kurs zu stützen.

Das System kann nur kurzfristige Ausschläge auffangen. Die unterschiedliche Entwicklung der kapitalistischen Produktion in den Mitgliedsländern führt immer wieder (bisher achtmal) zur Notwendigkeit, die Wechselkursrelationen zu ändern, d.h. die Marktkurse haben sich zu weit vom EWS-Kurs entfernt. Diese Konferenzen sind politischer Ausdruck von Konkurrenzschlachten: Der Grad von Abwertung oder Aufwertung einer Währung ist Ausdruck der Konkurrenzfähigkeit.

Die offizielle ECU (European Currency Unit, Europ. Währungseinheit) ist die Recheneinheit, mit der die Notenbanken ihre gegenseitigen Forderungen aus diesen Interventionen ausgleichen. Die ECU wird gewichtet aus den nationalen Währungen, die Faktoren sind Bruttonsozialprodukt, Außenhandel und Geldmenge. Zur Zeit besteht eine ECU aus 0,719 DM plus 1,31 Franz. Franc, 0,0878 Brit. Pfund, 140 Lire, 0,256 Gulden, 3,71 Belg. Franc, 0,219 Dän. Kronen, 1,15 Drachmen, 0,0871 Irischen Pfund und 0,14 Luxemb. Franc. Täglich um 14.30h wird der Preis dieser Beträge in Dollar festgestellt und addiert, das ergibt den Tageskurs der ECU in Dollar. Der Vergleich des ECU-Kurses in Dollar und des DM-Kurses in Dollar ergibt dann den ECU/DM-Kurs.

D.h. die DM geht zur Zeit mit 32% in die ECU ein, der Franz. Franc mit 19% usw.

Die Recheneinheit ECU dient auch der EG-Kommission bei der Haushaltsumstellung, wobei sowohl Beiträge wie Leistungen in den jeweiligen nationalen Währungen gezahlt werden.

"Für das Funktionieren des EWS

spielt die ECU weder in ihrer Eigenschaft als Recheneinheit für die Wertbestimmung von Interventionssalden noch als Zahlungsmittel für deren Regulierung eine entscheidende Rolle", stellte Leonhard Gleske, Direktionsmitglied der Bundesbank, fest (Handelsblatt, 25.4.1985). "In ihrer Funktion als Zahlungsmittel unter Notenbanken hat die ECU keinen dauerhaften Charakter, sie steht gewissermaßen nur stellvertretend für die eingebrachten Dollar- und Goldbestände." Praktisch gebe es keine Netto-ECU-Bestände bei den Notenbanken. "Jede Notenbank hat also nur die gegen eigene Dollar- und Goldübertragung geschaffenen ECU im Bestand."

Der offizielle ECU ist vergleichbar mit den Sonderziehungsrechten (Special Drawing Rights), die SDR sind ebenfalls ein gewichteter Währungskorb (zur Zeit Dollar 42%, DM 19%, Yen 15%, Franc 12% und Pfund 12%), mit den Notenbanken international ihre Bilanzen ausgleichen, in denen aber auch IWF-Kredite vergeben werden. EWS-Forderungen der Notenbanken werden nur zu 50% in ECU abgerechnet, der Rest in SDR und Dollar. Die politische Funktion des ECU besteht auch darin, den Charakter des EWS als DM-Block zu verdecken.

Daneben gibt es private ECU. Seit 1981 gibt es in ECU aufgelegte Anleihen, Banken geben ECU-Kredite usw. Tatsächlich ist eine Anleihe in ECU nichts anderes als eine Anleihe in zehn verschiedenen Währungen. "Die ECU (erspart) als Währungcocktail sowohl dem Schuldner wie auch dem Zeichner die groben Schwankungen einer Einzelwährung", sagte Commerzbank-Chef Seipp. "Sie überträgt also das Grundprinzip eines Investmentanteils vom Wertpapier auf den Devisenmarkt: Ohne einen originären Wert zu verkörpern, hat die ECU einen rechnerisch gewogenen Mittelwert der einbezogenen Währungen, entsprechend diesem Durchschnittswert wirft die ECU auch eine mittlere Rendite ab" (am 4.2.85 in Frankfurt). D.h.: Verschuldet sich ein italienischer Konzern mit 100 Mio. ECU, hat er sich tatsächlich mit 23 Mio. DM, 25 Mio. Franc usw. verschuldet.

Die EG-Kommission erklärt, der ECU sei inzwischen die "viertwichtigste Währung" am Euromarkt. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich beschrieb im Februar 1985, wie sich die gewaltig klingende Summe von 23,6 Milliarden Dollar in umlaufenden ECU-Forderungen plus fünf Milliarden Dollar in ECU-Anleihen zusammensetzt (FAZ, 19.2.1985). Nach Angaben der BIZ entfallen 15,7 Mrd. Dollar der Mittelherkunft und 15,4 Mil-

liarden der Verwendung auf Positionen zwischen Banken. "Nimmt man die Doppelzählungen heraus, bleibt per Ende September 1984 ein ECU-Markt von etwas mehr als acht Milliarden Dollar." Von diesen acht Milliarden Dollar seien 4,9 Milliarden in nationalen Währungen ausgezahlt worden, heißt es weiter. "Nur zwei Länder hatten an diesen ECU-Krediten einen wesentlichen Anteil: Italien mit 3,6 Milliarden Dollar und Frankreich mit 1,4 Milliarden Dollar . . ."

Das Interesse italienischer und französischer Kapitalisten an auf ECU lautenden Darlehen stammt vor allem daher, daß in beiden Ländern scharfe Devisenkontrollbestimmungen in Kraft sind, die für ECU-Anleihen teilweise gelockert wurden. Es ist leichter, sich über die ECU in DM (Pfund, Franc usw.) zu verschulden als direkt in diesen Währungen. Außerdem ergibt die Verspätung, mit die die EWS-Wechselkurse angepaßte werden, in der Regel einen kleinen Zinsvorteil für sie.

Frankreich und Italien fordern, den ECU zu einer "Europawährung" zu machen, um Einflußnahme gegen die Allmacht der Bundesrepublik in der Währungspolitik zu gewinnen und gleichzeitig ihre eigenen Devisenkontrollen beibehalten zu können. Dagegen Commerzbank-Chef Seipp: "Wer die ECU heute zur Europawährung hochstilisiert, muß . . . auch eine Zentralbank installieren, die die ECU emittiert." Ohne Parallelschaltung der Wirtschafts- und Geldpolitik in den Mitgliedsländern keine einheitliche Währung, erklärt Seipp. "Von einem solchen Zustand trennen uns noch viele, viele Jahre". Er fordert, wie Bundesbankpräsident Pöhl, die Abschaffung aller Vorschriften in EG-Ländern, die Kapitalbewegungen hemmen.

Die ECU dient als Verrechnungseinheit und soll dabei den Einfluß von Dollar und SDR in dieser Hinsicht schwächen. Die "private" ECU-Nutzung wird mit der beabsichtigten "Niederreibung" (Pöhl) von Devisenbeschränkungen, vor allem in Italien und Frankreich, eher an Bedeutung verlieren. Der Schlachtruf der westdeutschen Banken und Konzerne ist jedenfalls nicht "Freizügigkeit für die ECU", sondern "Freizügigkeit für die DM". In Währungsfragen hat die Bundesrepublik kein Stück staatlicher Hoheitsrechte an die EG abgegeben. Es erscheint unwahrscheinlich, daß die ECU die Keimform einer "europäischen Währung" ist, wenn es die überhaupt je geben wird. Zur weiteren Klärung der Frage planen wir Untersuchungen über die Rolle der Währungen bei der Entstehung von Großwirtschaftsräumen. – (hef)



EG-Gipfel

Soll Europa Raketen bauen und/oder Raumstationen? Was wird mit dem Bau von Langstreckenflugzeugen? Wie kann der Rückstand in der Nachrichtentechnik und Datenverarbeitung gegenüber den USA und Japan in einen Vorsprung verwandelt werden? Welche neuen Programme sollen in "Eureka" aufgenommen werden?

Gleich auf zwei Konferenzen werden Vertreter der westeuropäischen Regierungen diese Fragen in den nächsten Tagen behandeln: auf dem EG-Gipfel in Den Haag und auf der "Eureka"-Konferenz in London. Die industrielle und die militärische Rüstung der europäischen Imperialisten sollen gleichermaßen beschleunigt werden. Welche Angriffe kommen damit auf die Lohnabhängigen zu?

Klassenverhältnisse in Peru und der Kampf der PCdEP

Die Kommunistische Partei Perus, PCdEP ("Leuchtender Pfad"), 1967 gegründet, führt seit 1980 den bewaffneten Kampf mit seiner Basis im Andenhochland. Die peruanischen Großgrundbesitzer, Kapitalisten und das Militär unterdrücken mit brutalsten Mitteln die Guerilla und die sie unterstützenden Kräfte, indianische Bauern, Arbeiter und Intellektuelle. Mit dem Antritt des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten García verschärfen die Militärs den Terror, wie jüngst das Massaker unter politischen Gefangenen. Wie führt die PCdEP den Guerillakampf und für welches Programm kämpft sie? Wie entwickeln sich die Kräfteverhältnisse im Land?



Bunkerbau in München

Im Dezember 1985 setzten SPD und GRÜNE im Münchener Stadtrat den Baustopp für Schutzzräume bei städtischen Projekten durch. Verschiedene Bunkerpläne liegen seither auf Eis. Eine Woche nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl reagierte die Münchner CSU. Sie will die Gunst der Stunde nutzen und legte dem Stadtrat

einen Dringlichkeitsantrag vor: Der Bau von Bunkern mit öffentlichen Geldern soll in München wieder angekurbelt werden. Man sei "vor zivilen Katastrophen nicht mehr sicher". Wie reagiert die politische Opposition? Steht die SPD zu ihrem damals gefassten Beschuß? Welche Forderungen werden von der Friedensbewegung und den antimilitaristischen Kräften erhoben?

Bundesrat: Kohl hat jetzt freie Bahn für seine Gesetze

Nach dem Erfolg in Niedersachsen ist dem Regierungslager die Mehrheit im Bundesrat bis 1988 sicher. Diese für die Lohnabhängigen höchst unerfreuliche Tatsache wird vermutlich schon in den nächsten Monaten deutlich spürbar werden, wenn das Regierungslager im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Bundesrat wie bisher frei schalten und walten kann. Die Lockerung des Ladenschlußgesetzes etwa soll nun zügig in Kraft treten, Wallmann kann seine Pläne zur Zentralisierung von Notstandsvollmachten vorlegen usw. Welche Gesetze will das Regierungslager in nächster Zeit durch den Bundesrat bringen, was kommt auf die Lohnabhängigen zu?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM (13 bzw. 26mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Porto- pauschale von 1,- DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Porto- pauschale mal Anzahl der Lieferungen. Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-

Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/
Bremen

Großen Döbelnstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-
Württemberg

M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Politische Berichte und Lokalberichte bitte im jeweiligen Bundesland bestellen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmar Eligehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.